Warum ich demonstriere, Seite 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 14 – 6. April 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Opposition wächst: Demonstration der Frauengruppe „120 Dezibel“ im Februar in Berlin

Bild: action press

Das Brodeln wird lauter

»Erklärung 2018« erreicht die Massen: Übliche Verdammungsformeln verpuffen

Die aggressiven Reaktionen auf bürgerlichen Protest stehen im scharfen Kontrast zur Schonung, die Linksextremisten erfahren.

Mit Befriedigung haben die großen Fernsehsender vermerkt, dass die Menge der Ostermarschierer auch in diesem Jahr wieder leicht zugenommen habe. Zwar bleibe die Zahl weit hinter denen der 60er oder 80er Jahre zurück – aber sie wachse, immerhin.

Was gänzlich fehlte in der ausgesprochen wohlwollenden Berichterstattung über die Ostermärsche war ein Hinweis auf die Teilnahme von ausgewiesenen Extremisten. Dabei konnte deren Präsenz nicht einmal dem aufmerksamen Fernsehzuschauer verborgen bleiben – präsentierten sich (wie jedes Jahr) doch auch 2018 extremistische Gruppen mit ihren Fahnen und Transparenten ohne Scheu zwischen den insgesamt mehreren 10 000 Ostermarschierern.

Dass dies in den tonangebenden Medien komplett ignoriert wurde, hat einen Grund: Es waren Extremisten von links.

In scharfem Kontrast zu dieser Blindheit gegen Links steht der Feuereifer, mit welchem ganze Demonstrationen bürgerlicher Oppositionsgruppen angeschwärzt werden, sobald sich auch nur einzelne Personen vom (wirklichen oder vorgeblichen) rechten Rand unter die Bürger mischen. So drohte der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes Teilnehmern der dort seit Wochen abgehaltenen Kundgebungen gegen Kanzlerin Merkel: „Jeder, der dort mitmarschiert, muss wissen, dass er mit Extremisten gemeinsame Sache macht.“ Warum? Weil der Verfassungsschutz auf der Demo einzelne „Reichsbürger“ gesichtet haben will. Das reicht schon.

> Zehntausende Unterstützer in nur wenigen Tagen

Der Verfassungsschutz-Chef ist ein Sprachrohr der politischen Führungsklasse des Landes. Deren Nervosität spricht aus seinen wütenden Worten. Die Nervosität wird noch gesteigert durch den erdrutschartigen Erfolg der von der *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld initiierten „Erklärung 2018“.

Die Erklärung äußert Befremden darüber, dass Deutschland durch die wachsende illegale Einwanderung beschädigt werde und solidarisiert sich mit den friedlichen Demonstranten, die dagegen auf die Straße gehen. Zunächst durften nur herausragende Persönlichkeiten unterzeichnen. Als sich von diesen schon am 29. März die symbolische Zahl von 2018 Menschen der Erklärung angeschlossen hatte, wurde sie für jedermann geöffnet. Eine Lawine brach los: Bis Anfang dieser Woche kamen bereits mehr als 50 000 Unterstützer zusammen.

Die Reaktionen im linken Lager schwanken zwischen Wut und Irritation, da die üblichen Verdammungsparolen (Abgehängte, Pack, „Nazis“) schon an der Qualität der Erst- und Frühunterzeichner scheitern. Die Erklärung als Aufschrei eines kleinen isolierten Zirkels rechter Intellektueller abzutun, zerschellt nun am rasanten Aufwuchs der Unterstützerschar aus allen Schichten. Es ist nicht zu überhören: Das Brodeln wird lauter.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Staat langt zu

Alles wird teurer. Und demnächst werden auch in vielen Bereichen die kommunalen Gebühren kräftig steigen. Denn viele öffentliche Unternehmen wie Wasser- und Elektrizitätswerke, Stadtreinigung, Friedhofsbetriebe und sogar der öffentliche-rechtliche Rundfunk werden umsatzsteuerpflichtig. Zu verdanken haben wir das der EU. Genauer: der von ihr erlassenen Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie.

Die zu deren Umsetzung erforderlichen Gesetzesänderungen auf Bundesebene sind zwar schon 2015 erfolgt, doch der Bund hat den Unternehmen eine Übergangsfrist bis 2020 eingeräumt. Weil sie die Sache erst einmal ausgesessen haben, kommen sie jetzt in Wallung. Wollen Sie nicht umsatzsteuerpflichtig werden, müssen sie nämlich nachweisen, nicht mit privaten Unternehmen im Wettbewerb zu stehen. Eine Stadtreinigung beispielsweise, die per Gesetz für die Hausmüllabfuhr zuständig und damit konkurrenzlos ist, bliebe in diesem Bereich steuerbefreit. Bei der Abfuhr von Altpapier oder Wertstoffen steht sie hingegen im Wettbewerb und müsste für diesen wirtschaftlichen Bereich Umsatzsteuer abführen. Dass die Unternehmen die ihnen so entstehenden Mehrkosten in Form von Preis- und Gebührenerhöhungen an die Bürger weitergeben werden, liegt auf der Hand. Der Staat langt also kräftig zu.

Die Schuld daran trifft indes nicht allein die EU, sondern auch die Länder und Kommunen. Diese haben zahlreiche Bereiche der staatlichen Daseinsvorsorge und Dienstleistungen aus ihren Behördenstrukturen ausgegliedert und in Landes- und Kommunalbetriebe umgewandelt. So können sie Schattenhaushalte bilden und das Ausmaß ihrer Schulden verschleiern. Und zahlen müssen wie immer die Bürger.

Millionenbeute in Russland

Bundesregierung besteht auf Rückführung geraubter Kulturgüter

Auf dem Gebiet der russischen Föderation werden etwa eine Million kriegsbedingt verbrachter Kunst- und Kulturgüter aus ehemals deutschem Besitz, darunter etwa 200 000 von besonderer musealer Bedeutung, rund 3,6 Millionen Bücher aus öffentlichen Einrichtungen und Privatsammlungen sowie Archivgut in einem Umfang von drei Regalkilometern vermutet. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion mit.

Bei den Angaben handelt es sich indes nur um eine grobe Schätzung. Aufgrund der Zerstörungen und Wirren während und nach Ende des Zweiten Weltkriegs sei es nicht möglich, die Verlagerungen und Verluste deutscher Kulturgüter vollständig zu erfassen, begründet die Bundesregierung ihre eher vagen Angaben.

Sie hält nach eigener Aussage unter Berufung auf das Völkerrecht grundsätzlich an der Rückführung aller Kulturgüter, die am Ende des Zweiten Weltkriegs unter Verletzung des Völkerrechts in die Sowjetunion abtransportiert wurden und sich heute auf dem Staatsgebiet Russlands befinden, fest. Die Frage der Rückführung sei regelmäßig Gegenstand der deutsch-russischen Regierungskoalitionen, die aber seit dem Beginn der Krim-Krise im Jahr 2014 ausgesetzt seien. Die Verhandlungen mit Russland über die Rückführung von Kulturgütern würden durch das aus deutscher Sicht völkerrechtswidrige russische „Beutekunstgesetz“ von 1998, das kriegsbedingt verbrachte Kulturgüter zu russischem Staatseigentum erkläre, erschwert, teilte die Bundesregierung weiter mit.

Im November 2006 ist nach Angaben der Bundesregierung die letzte Rückgabe von Kulturgütern durch Russland erfolgt. Dabei handelte sich um die letzten sechs noch fehlenden Fensterbilder aus der Marienkirche in Frankfurt (Oder). *J. Heitmann*

BER: Definitiv kein Abriss

Flughafengesellschaft und Bund rechnen mit pünktlicher Fertigstellung

Für „Unsinn“ und weder ökonomisch noch technisch zielführend hält der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB), Engelbert Lütke Daldrup, die Ideen, den noch weit von seiner Fertigstellung entfernten Hauptstadtflughafen BER abzureißen und dann neu zu bauen. Dafür gebe es weder bei der FBB noch bei den Gesellschaftern Unterstützung. Ebenso gebe es keine Pläne für eine Privatisierung des Flughafens.

Der Flughafen werde wie geplant im Oktober 2020 eröffnet, ist Lutke Daldrup überzeugt. Bei diesem Termin gebe es ausreichend Sicherheit, mit dem ein weiteres Scheitern verhindert werden könne. Auf der Baustelle seien die baulichen Maßnahmen weitestgehend abgeschlossen. Seit knapp einem Jahr laufe die Phase der Prüfung der technischen Anlagen. Dieser Prüfprozess werde noch ein weiteres Jahr andauern. Während dieser Zeit würden weiterhin Mängel behoben.

Von einer planmäßigen Eröffnung gehe auch der Bund als Gesellschafter des BER aus, bestätigte Steffen Bilger (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Auch für den Bund stünden weder ein Abriss noch eine Privatisierung zur Debatte.

Lütke Daldrup rechnet am Ende mit Baukosten in einer Höhe von fünf Milliarden Euro. Allein drei Milliarden Euro werde dann der Bau der Hauptterminals, der sich immer wieder als Schwachstelle erwiesen hat, gekostet haben. Die immer wieder genannte höhere Zahl von sieben Milliarden Euro als Gesamtkosten ergebe sich laut Lütke Daldrup zuzüglich der Fremdfinanzierungskosten. Den zuletzt bekanntgewordenen zusätzlichen Finanzierungsbedarf in Höhe von 770 Millionen Euro begründete der FBB-Geschäftsführer mit zusätzlichen Baukosten, einem Sicherheitspuffer und entgangenen Einnahmen aus dem Betrieb des Flughafens. *J.H.*

MELDUNGEN

25 000 Waffen verschwunden

Berlin – In Deutschland sind fast 25 000 Schusswaffen als gestohlen oder als abhandengekommen gemeldet. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Danach waren 5249 Schusswaffen als gestohlen und 19 282 Schusswaffen als abhandengekommen gemeldet. Damit sind deutlich mehr Schusswaffen als nicht mehr im Besitz des Berechtigten registriert als zum Vorjahreszeitpunkt. Den Angaben der Bundesregierung zufolge waren 2017 noch 4476 Waffen als gestohlen und 16 226 Waffen als abhandengekommen gemeldet. *J.H.*

Staat hat weniger Bedienstete

Berlin – Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist von Mitte des Jahres 2000 bis Mitte 2016 von gut 4,82 Millionen auf knapp 4,69 Millionen gesunken. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Danach stieg die Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes (Bundes-, Landes- und kommunaler Bereich sowie Sozialversicherung) „im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost“ von fast 3,94 Millionen im Jahr 2000 auf knapp 4,0 Millionen Mitte 2016, während sie „in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost“ in diesem Zeitraum von knapp 890 000 auf gut 690 000 zurückging. Im Bundesbereich sank die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt von 584 700 Mitte des Jahres 2000 auf 489 500 Mitte 2016. Dabei ging sie „im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost“ von 513 200 auf 424 200 zurück und „in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost“ von 750 000 auf 653 000. *J.H.*

DHM bekommt Handschriften

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM) neun Handschriften übergeben, die sich in der Staatsbibliothek zu Berlin befanden. Die militärhistorischen Werke gehörten bis zur Auflösung des Zeughauses in die Zeughaus-Bibliothek und waren in der DDR auf unterschiedlichen Wegen in die heutige Staatsbibliothek zu Berlin gelangt. Dort wurden sie verzeichnet und erschlossen. Die Bibliothek des Staatlichen Zeughauses war ehemals eine der größten militärischen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum. Nur ein Viertel des Bestandes, rund 5000 Werke, überstand den Krieg im Gebäude des Zeughauses Unter den Linden unbeschadet. Die meisten der Bände gelten bis heute als verschollen. Von der einstigen Handschriftensammlung der Zeughaus-Bibliothek mit knapp 400 Signaturen sind noch gut 120 Stükke im DHM erhalten. Nach der Auflösung des Zeughauses in der Nachkriegszeit wurde der Restbestand zunächst auf andere Bibliotheken in der DDR verteilt. Als 1953 das Museum für Deutsche Geschichte, die Vorgängerinstitution des DHM, gegründet wurde, wurde entschieden, die Bibliothek dort wieder zusammenzuführen. Nicht in allen Fällen kam es dann aber tatsächlich zur Rückgabe. Bei seinen Recherchen zum Verbleib der Zeughaus-Bibliothek war der Leiter der DHM-Bibliothek, Matthias Miller, auf den nun übergebenen Bestand gestoßen. *J.H.*

Absturz eines Hoffnungsträgers

Macron in Not: Beliebtheitswerte brechen ein, Streiks und Demonstrationen gegen seine Reformpolitik

Seit US-Präsident Barack Obama hat kaum ein ausländischer Politiker in Deutschland so viel mediales Wohlwollen genossen wie der aktuelle französische Staatschef Emmanuel Macron. Doch in seinem eigenen Land hat der Politiker viel Ärger.

So haben vergangenen Monat landesweite Streiks erhebliche Störungen im Flug- und Bahnverkehr verursacht. Der Generalsekretär des mit etwa 800 000 Mitgliedern größten Gewerkschaftsbundes Frankreichs, der CFDT, Laurent Berger, sagte dem Radiosender RTL, die Arbeitsniederlegungen seien eine Warnung an die Regierung von Präsident Macron. Sieben Gewerkschaften riefen zum Streik auf, unter anderem Schul- und Krankenhauspersonal sowie Beamte und Fluglotsen. Mehr als 140 Demonstrationen wurden in ganz Frankreich organsiert. Der Höhepunkt war eine Kundgebung auf der Place de la Bastille im elften Arrondissement von Paris, an der nach Gewerkschaftsangaben mehr als 25 000 Demonstranten teilnahmen. Und dies ist erst der Anfang einer gigantischen Streikwelle, die das öffentliche Leben in Frankreich erheblich beeinträchtigen könnte.

Für die Zeit zwischen dem 3. April und dem 28. Juni haben die Gewerkschaften der Eisenbahner für zwei Fünftel der Tage zum Streik aufgerufen – als Zermürbungsmaßnahme gegen die Regierung. Der Präsident hatte angekündigt, die staatliche Eisenbahngesellschaft Frankreichs SNCF im Eilverfahren zu sanieren. Sie ist mit 50 Milliarden Euro hoch verschuldet. Gleichzeitig will die EU eine Marktöffnung ab Ende 2019 im Bereich des nationalen und regionalen Schienenverkehrs durchführen. Experten sagen, dass die französische Bahn darauf nicht vorbereitet sei. Konkret hatte Macron angekündigt, 120 000 Stellen in Frankreichs öffentlichem Dienst – umgerechnet auf die Bevölkerung, der größte Europas – abzubauen und eine leistungsbezogene Entlohnung einzuführen. Bei der SNCF will er für neue Beschäftigte das bisherige Statut der Eisenbahner abschaffen, das Privilegien wie eine Pensionierung mit Mitte 50 sichert. Macron sagte, dies sei unvermeidlich, um die Bahn auf den EU-weiten Wettbewerb vorzubereiten.

In Caen skandierten Demonstranten unter anderem „Macron, du bist erledigt, die Faulenzer sind auf den Straßen“. Das war eine Anspielung darauf, dass der Präsident die Gegner seiner Reformpolitik kürzlich als „Faulenzer“ bezeichnet hatte. In Paris hielten Demonstranten Schilder mit Aufschriften wie „Faulenzer aller Länder, vereinigt euch“ oder „Faulenzerin im Ruhestand“ hoch.

Der Reformstau in Frankreich ist ein ebenso großes Problem wie die Jugendarbeitslosigkeit und die Kriminalität. Macrons Bürgerbewegung „En Marche“ wurde auch deshalb gewählt, weil der damals 39-Jährige angetreten war, verkrustete Strukturen zu aufzubrechen. Doch nach noch nicht einmal einem Jahr im Amt, stürzt seine Popularität schon in den Keller. In einer kürzlich veröffentlichten Befragung des Instituts „Yougov“ für die US-amerikanische Onlinezeitung „The Huffington Post“ und den Sender „Cnews“ äußerten sich nur 30 Prozent zufrieden mit seinem Handeln als Staatschef. Das sind elf Prozentpunkte weniger als Ende Januar – der größte Einbruch in der monatlichen Yougov-Umfrage seit Macrons Amtsantritt im Mai 2017. 58 Prozent der Befragten werteten Macrons bisherige Bilanz negativ. Zum Jahreswechsel waren in Frankreich eine Reihe von Steuer- und Abgabenreformen in Kraft getreten, deren Auswirkungen vor allem bei Rentnern nicht gut ankamen.

Macron hatte im vergangenen Jahr die Präsidentschaftswahlen souverän gegen Marine Le Pen vom Front National gewonnen. Sein Wahlkampf, der von weiten Teilen des EU-Establishments unterstützt wurde, stürzte den FN ebenso in eine Sinnkrise wie die bis dato regierenden Sozialisten, die Macron zuvor im Streit verlassen hatte. Während die Sozialisten sich in der Opposition erholen, versucht der FN mit einem neuen Namen einen Neustart.

Seit dem Vorjahr hat der FN über die Hälfte seiner Mitglieder verloren, die Verbliebenen sind vielfach verzagt. Auf die Frage nach den Gründen wird gemeinhin auf das TV-Duell mit Macron im Mai verwiesen. In den Augen vieler wirkte die FN-Chefin damals erschreckend inkompetent und aggressiv. Seitdem befindet sich Le Pen in der Defensive.



Insbesondere sie haben bei einer Liberalisierung viel zu verlieren: Frankreichs privilegierte Staatsbedienstete Bild: ddp images

Mit den Namen Nationale Sammlung (Rassemblement National) soll die FN weniger martialisch erscheinen. Im aktuellen Streit um Macrons Reformen schlug sich die Vorsitzende der von Richtungskämpfen gebeutelten Partei auf die Seite der Demonstranten. Das Herz der Patrioten schlage mit ihnen. Macron sei ein Attentäter auf das französische Volk. *Albert Pathen*

Gleich drei Reformen plant Heil noch für 2018

Die Erwerbsminderungs-, die Mütter- und die Mindestrente sollen großzügiger ausfallen

Drei Reformvorhaben will der neue Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (SPD), möglichst noch in diesem Jahr in Angriff nehmen. Die Kassenlage der Rentenversicherung ist gut. Erst zu Jahresbeginn sank der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,1 Punkte auf jetzt 18,6 Prozent. Die prall gefüllten Rücklagen werden vermutlich in Kürze eine weitere Beitragssenkung zulassen. Die Immigranten sind nicht das Problem der gesetzlichen Rentenversicherung. Eine Rente erhält nämlich grundsätzlich nur derjenige, der zuvor auch Beiträge eingezahlt hat. Die zahllosen Immigranten, die nach Bundeskanzlerin Angela Merkels Grenzöffnung kamen, belasten die Kassen, die Transferleistungen auszahlen. Dazu zählt die gesetzliche Rente jedoch nicht. Die Einnahmen aller Rentenversicherungsträger stiegen von 206,6 Milliarden Euro im Jahre 2015 auf 224,3 Milliarden im vergangenen Jahr.

Zunächst sollen die Renten wegen Erwerbsminderung verbessert werden. Wie das aussehen soll, ist aber noch ungewiss. Konkret hingegen sind die Verbesserungen der Rentenleistungen für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, eine CSU-Forderung. Weiterhin soll es eine irgendwie geartete Mindestrente, eine SPD-Forderung, geben.

Das geplante Gesetz zur Verbesserung der Leistungen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und zur Änderung anderer Gesetze (EM-Leistungsverbesserungsgesetz) sollte ursprünglich eine günstigere Rentenberechnung für Rentenzugänge ab 2018 bringen. Da die Verbesserung schrittweise erfolgen und erst 2045 einen Umfang von 3,2 Milliarden Eurp jährlich erreichen soll, handelt es sich hier bestenfalls um eine kosmetische Verbesserung, die den Rentnern kaum eine spürbare Entlastung zuteilwerden lässt.



Arbeits- und Sozialminister der Groko: Hubertus Heil Bild: Imago

Mit der hochtrabend als Mütterente bezeichneten Einführung eines dritten Erziehungsjahres für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird mit jahrzehntelanger Verzögerung lediglich eine Gleichstellung von Kindern, die vor und nach 1992 geboren wurden, erreicht. Die damit verbundenen bürokratischen Schwierigkeiten sind erheblich. Denn die erhöhte Versichertenrente führt dann wieder zu einer Verringerung einer möglicherweise gezahlten Hinterbliebenenrente wegen Einkommensanrechnung und weiterer unschöner Post vom Bundesfinanzminister, denn Renten unterliegen der Steuerpflicht. Das Ganze soll auf sanften Druck der CSU bis zur bayerischen Landtagswahl unter Dach und Fach und möglichst auch auf den Bankkonten der Rentner gutgeschrieben sein. Dass die personell schlecht ausgestatteten Versicherungsträger bis September diese umfangreichen Arbeiten abgeschlossen haben, dürfte zweifelhaft sein, zumal die Mitarbeiter wissen, dass sie möglicherweise Überstunden ableisten sollen, um der CSU ein gutes Wahlergebnis zu bescheren. Die konkrete Ausgestaltung des dritten Reformvorhabens ist nebulös. Bereits jetzt gibt es eine gewisse „Mindestrente“, wenn der Versicherte eine besonders hohe Anzahl von Beitragsjahren vorweisen kann. Möglicherweise will Heil dort an einigen Stellschrauben drehen.

Die sogenannte Flexi-Rente erweist sich bislang als bürokratisches Monstrum mit geringem Nutzen für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen. Mit ihrer Einführung durch die inzwischen andernorts tätige damalige Bundesarbeits- und -sozialministerin Andrea Nahles wurden Einkommensanrechnungen „flexibilisiert“. Bislang gab es statische Grenzen. Diese sind nun fließend. Sprichwörtlich kann jeder zusätzliche erarbeitete Euro eine Neuberechnung der entsprechenden Renten zur Folge haben mit dem entsprechenden Verwaltungsaufwand. *F. Bücker*

»Hartz IV bedeutet nicht Armut«

Die Worte von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn haben eine heftige Kontroverse ausgelöst

»Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut« hatte vergangenen Monat der damals noch designierte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gesagt und mit Hartz IV hätte „jeder das, was er zum Leben braucht“. Viele Feinde, Erzfeinde und Parteifreunde, nutzten seitdem die Gelegenheit, sich an der Gallionsfigur des rechten Flügels der CDU abzuarbeiten.

Die Reaktionen auf Spahns Äußerungen in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe ließen nicht lange auf sich warten, und sie fielen in der Regel heftig aus. In den sozialen Netzwerken wurde der 37-Jährige binnen Stunden zum Hassobjekt Nummer Eins. Daran änderte seine wenig später erfolgte Relativierung nur wenig. „Natürlich ist es schwierig, mit so einem kleinen Einkommen umgehen zu müssen, wie es Hartz IV bedeutet. Das deckt die Grundbedürfnisse ab und nicht mehr, da gibt es auch nichts zu diskutieren, und das habe ich auch nicht infrage gestellt“, sagte Spahn dem Fernsehsender N-TV wenige Tage später. „Ich finde es nur trotzdem wichtig zu sehen, dass unser Sozialsystem tatsächlich für jeden ein Dach über dem Kopf vorsieht und für jeden das Nötige, wenn es ums Essen geht“, sagte Spahn weiter. Der CDU-Politiker wies des Weiteren darauf hin, dass eine Verkäuferin im Einzelhandel weniger habe, um ihre Familie zu versorgen, als jemand, der den Hartz-IV-Satz bekommt. Das müsse auch einmal gesehen werden.

Experten teilen diese Einschätzung Spahns. Immer wieder klagen Unternehmen, dass sie kaum Personal im Niedriglohnsektor fänden. Es sei dann attraktiver, „Stütze“ zu beziehen als arbeiten zu gehen. Die Möglichkeit, den Hartz-IV-Satz mit Ein-Euro-Jobs aufzustocken und so Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, habe sich in der Praxis als wenig sinnvoll erwiesen.

Doch was nützt Spahn die Zustimmung von Experten, wenn er unter seinen Kollegen, den Politikern, mit seinen Einlassungen ziemlich allein auf weiter Flur steht. Vielen in der Union, die zum Umfeld Angela Merkels gehören, ist der forsche Ton des 37-Jährigen zuwider. Niemand aus der CDU-Führung sprang Spahn zur Seite. Der frühere Arbeitsminister Norbert Blüm vom linken Arbeitnehmerflügel der Union warf seinem jungen Parteifreund sogar fehlende Empathie vor. Wörtlich sagte er bei „Stern TV“: „Sie sind herzlos, und Sie sind ohne Empathie mit denjenigen, die Hartz IV empfangen müssen. Was ich am meisten bedaure, ist, dass sich viele Hartz-IV-Empfänger durch solche sozialbürokratischen, eiskalten Bemerkungen diskriminiert fühlen.“

Die Einschätzung Spahns, dass Hartz IV die Antwort auf Armut sei, wies Blüm vehement zurück: „Armut beginnt nicht, wenn du kein Dach über dem Kopf und nichts zu essen hast. Das Problem ist, wenn du ausgeschlossen wirst oder keine Chancen hast. Und viele dieser Hartz-IV-Empfänger fühlen sich ausgeschlossen.“ Wenn denjenigen, die sich anstrengten, auch noch vorgeworfen werde, sie seien faul oder arbeitsunwillig, „dann fügen wir dem materiellen Mangel auch noch die öffentliche Verachtung hinzu“, warnte Blüm.

Wie groß die Empörung ist, zeigte sich dann auch daran, dass sich schließlich auch der Bundespräsident in die Debatte einschaltete. „Unser Ziel muss höher gesteckt sein, als dass die Menschen von Hartz IV oder anderen Transferleistungen leben“, sagte Frank-Walter Steinmeier der „Rheinischen Post“. Das Zentrale sei, dass die Menschen von ihrem Einkommen aus Arbeit leben könnten.

Steinmeier, Sozialdemokrat mit während seiner Präsidentschaft ruhender Parteimitgliedschaft, sprach damit wohl der Mehrzahl seiner Parteifreunde aus dem Herzen. Die waren jedoch auffallend um Deeskalation bemüht. Moderat kommentierte der kommissarische SPD-Chef Olaf Scholz die Äußerungen seines heutigen Kabinettskollegen in den ARD-„Tagesthemen“: „Wir haben andere Vorstellungen und das weiß auch jeder.“ Er glaube, „Herr Spahn bedauert ein wenig, was er gesagt hat“. Parteilinke wie Ralf Stegner nahmen die Debatte zwar zum Anlass, eine generelle Neuregelung der Sozialgesetze anzuregen. Aber die designierte Parteivorsitzende Andrea Nahles sagte: „Spahns Äußerungen sind sicher daneben, aber auch der Tatsache geschuldet, dass er neu im Amt ist.“ Man müsse nicht jede Äußerung höher hängen, als sie sei.

Ganz im Sinne von Scholz’ Vermutung war Spahn selbst zuletzt um Deeskalation bemüht, kündigte Treffen mit Vertretern von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden an. Währenddessen lehnt sich das CDU-Establishment um die Parteivorsitzende Merkel bequem zurück, schweigt und genießt. Wie so häufig lässt sie die Debatte laufen und beobachtet mit stiller Genugtuung, wie ein Kontrahent ins Kreuzfeuer der Kritik gerät. „Er ist erst mal mit sich selbst beschäftigt“, zitiert das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ein Mitglied der CDU-Spitze

. *Peter Entinger*



Brachten manchen Kritiker auf die Straße: Jens Spahns Äußerungen zu Hartz IV

Bild: action press

MELDUNGEN

Straftaten gegen Christen

Berlin – Im Jahr 2017 wurden in Deutschland nach vorläufigen Erhebungen 18 Straftaten mit einer christenfeindlichen Motivation verübt. Darunter sei ein Tötungsdelikt gewesen, außerdem habe es zwölf Fälle von Körperverletzung und drei im Bereich Nötigung/Bedrohung gegeben, berichtet die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Politisch motivierte Straftaten gegen Christen werden erst seit dem 1. Januar 2017 gesondert erfasst. Davor wurden sie „als Teil der Hasskriminalität mit dem Unterthema Religion“ gemeldet. *J.H.*



AfD-Mann rausgeworfen

Hamburg – Ein Referatsleiter der Hamburger Kulturbehörde, des Landeskultusministeriums also, hat Alexander Wolf, AfD-Abgeordneter des hamburgischen Landesparlaments, von der Sitzung des „Runden Tisches zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes“ ausgeschlossen. Das Gremium war auf Einladung der Kulturbehörde ins Leben gerufen worden, um „unter Beteiligung der Zivilgesellschaft“ ein „postkoloniales Erinnerungskonzept“ für Hamburg auszuarbeiten. An dessen zweiter Sitzung nahmen neben Wolf, der ständiger Vertreter im Kulturausschuss ist, rund 100 Personen teil. Ohne dass Wolf sich überhaupt zu Wort gemeldet hatte, forderten mehrere Teilnehmer ihn lautstark und unter Beifall vieler Anwesender zum Gehen auf, da er Vertreter einer „offen rassistischen Partei“ und ein „Nazi“ sei, mit dem man nicht diskutieren wolle. Daraufhin verwies Thomas Overdick, Vertreter der gastgebenden Kulturbehörde, Wolf des Saales. Nach Darstellung der Kulturbehörde bestand aufgrund der aufgeheizten Stimmung nur die Möglichkeit, die gesamte Sitzung abzubrechen oder eben Wolf rauszuwerfen. *J.H.*

»Die Stimme Deutschlands muss die der Vernunft sein«

Ex-Außenminister Sigmar Gabriel kritisierte bei 25. Deutsch-Russischem Dialog in Berlin die EU-Sanktionspolitik

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland deutlich abkühlen lassen. Deshalb hat der in Berlin feierlich begangene 25. Jahrestag des Deutsch-Russischen Forums geradezu symbolischen Wert. Seit 1993 ermöglicht diese Organisation die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen und unterstützt den kulturellen und gesellschaftlichen Dialog. Nicht immer sind die Teilnehmer einer Meinung, weshalb es in der Vergangenheit bereits zu stürmischen Diskussionen kam. Dennoch ist jeder überzeugt, dass partnerschaftliche Beziehungen und ein ständiger Dialog zwischen Deutschland und Russland notwendig seien. Das Forum beschäftigt sich mit verschiedenen Bereichen wie Politik und Wirtschaft, Kultur und Nachwuchsförderung.

Die Jubiläumsveranstaltung fand auf Einladung des russischen Botschafters im Hotel Adlon am Brandenburger Tor statt,. Etwa 500 Gäste waren der Einladung gefolgt. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, trug das Grußwort seines Außenministers Sergej Lawrow vor: „Seit einem Vierteljahrhundert hat sich das Forum als unveräußerlicher Bestandteil des deutsch-russischen zivilgesellschaftlichen Dialogs, als angesehene Dialogplattform und gefragter Impulsgeber bewährt ... Heute, da die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland nicht die einfachsten Zeiten erleben, verdienen die vom Deutsch-Russischen Forum unternommenen konsequenten Anstrengungen zum Wiederaufbau einer hohen Qualität unserer Partnerschaft, zur Vertrauensbildung und Verständigung zwischen beiden Völkern einen tiefempfundenen Respekt und Unterstützung.“ Ein Grußwort hatte auch der Staatssekretär des deutschen Außenministeriums Walter Lindner geschickt.



Mahnende Worte: Sigmar Gabriel im Adlon Bild: J.T.

Sigmar Gabriel, dessen Amtszeit als deutscher Außenminister einen Tag vor dem Jubiläum geendet hatte, scherzte während seiner Rede zunächst: „Als a.D. musst du ja dankbar sein, wenn du noch wohin darfst.“ In seiner langen und emotionalen Ansprache hob er die Bedeutung der Arbeit hervor, die das Deutsch-Russische Forum im Rahmen der Aufrechterhaltung und des Aufbaus eines bilateralen Dialogs leistet. Neben lobenden Worten an die Jubilare teilte Gabriel seine Vision für die künftige Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen mit. Da er seinen Außenministerposten niedergelegt hatte, konnte er offener reden als während seiner Amtszeit: „Es ist unsinnig, dass man wartet, bis die ganze Minsker Erklärung umgesetzt ist.“ Er erklärte auch, dass es ein großer Fortschritt wäre, wenn die Blauhelm-Mission ihre Arbeit im Donbass aufnähme. In diesem Zusammenhang könne man die Sanktionen schrittweise aufheben. Gabriel nahm auch zur Situation um die Vergiftung des Ex-Agenten in Großbritannien Stellung: „Ich rate uns aber, als Deutsche oder Europäer, uns nicht hineintreiben zu lassen in eine immer schriller werdende Diskussion. Jemand ist so lange unschuldig, bis jemand das Gegenteil bewiesen hat.“ Derzeit fühle man sich an ganz schlechte James-Bond-Filme erinnert, wo beide Seiten sich in „skurrilsten Verdächtigungen“ ergingen und den eigenen Verschwörungstheorien nachgingen. „Wir müssen eine Haltung einnehmen, dass wir nie naiv sind, aber auch nicht zu ängstlich, dem Partner auf der anderen Seite immer wieder Dialog, Rüstungskontrolle, Abrüstungsbereitschaft anzubieten. Die Stimme Deutschlands muss immer die Stimme der Vernunft sein.“

Der offizielle Teil des Programms endete mit der Verleihung des Friedrich-Joseph-Haass-Preises, der in diesem Jahr an den Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für internationale kulturelle Zusammenarbeit, den ehemaligen Kulturminister Michail Schwydkoj, ging. Als Zeichen der Dankbarkeit wandte er sich an das Publikum mit einer emotionalen Rede, in der er an seine lange und gute Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen erinnerte. Seinen Preis spendet er der Stiftung des russischen Schauspielers Konstantin Kabenskij, welche die Behandlung von Hirntumoren bei Kindern unterstützt. Der Friedrich-Joseph-Haass-Preis wurde 1994 vom Deutsch-Russischen Forum ausgehoben und wird seitdem jährlich an Personen verliehen, die einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den beiden Ländern geleistet haben. Frühere Preisträger waren Michael Gorbatschow, Danil Granin und Wladimir Wojnowitsch sowie der deutsche Astronaut Sigmund Jähn.

Jurij Tschernyschew

Wer war Friedrich Joseph Haass?

Friedrich Joseph Haass war Chefarzt der Moskauer Gefängnisse. In Preußen geboren, zog er 1806 nach Russland. Auf seine Initiative wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Russland erstmals gut ausgestattete Gefängniskrankenhäuser eröffnet, ebenso wie Schulen für die Kinder der Insassen. Er gewährte armen Patienten unentgeltliche Hilfe, gab seine persönlichen Ersparnisse für wohltätige Zwecke aus, versuchte, die Haftbedingungen der Gefängnisinsassen zu verbessern und genoss die unermessliche Liebe der gewöhnlichen Moskauer.

Im Jahr 2011 hat die römisch-katholische Kirche den Prozess der Heiligsprechung von Haass in Gang gesetzt, und in der Erzdiözese Köln hatte 1998 das Seligsprechungsverfahren begonnen. Haass’ Tätigkeit ist ein Beispiel von vielen dafür, wie eng die Geschichte der beiden Länder miteinander verwoben ist. Es zeigt auch, welchen positiven Effekt der deutsche Auswanderer auf das kulturelle und soziale Leben Russlands im 19. Jahrhundert hatte. *J.T.*

Zeitzeugen


Bild: Imago

Christian Lindner – Der FDP-Vorsitzende gilt als Vertreter einer streng liberalen, marktwirtschaftlichen Linie. Er sieht in der wirtschaftspolitischen Diskussion auch eine Chance für eine Erneuerung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Es sei „ein großes Versäumnis, dass die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr nicht die erste Priorität der deutschen Außenpolitik bestimmt“ hätten, sagte Lindner. Unter anderem mit Blick auf die angekündigten Schutzzölle beklagte er „einen Fadenriss im Gespräch mit dem Weißen Haus und der Administration von Herrn Trump“.

Peter Altmaier – Der ledige CDU-Politiker gilt als Merkels Mann für alle Fälle. Der studierte Jurist war bereits Kanzleramtschef und interimsmäßig Finanzminister. Er gilt als Vertreter einer ausgleichenden Politik und setzt im Verhältnis zu den USA auf Verhandeln statt auf Eskalation.


Bild: World Economic Forum Annual Meeting Davos 2010

Gary Cohn – Der wichtigste Wirtschaftsberater des US-Präsidenten trat vor wenigen Tagen zurück – im Streit um die neuen Zölle. Der 57-Jährige arbeitete für rund ein Jahr im Weißen Haus. Er war vorher Chef der Investment-Bank Goldman Sachs und einer der wenigen Mitglieder der Demokratischen Partei in Trumps Umfeld.

Axel Eggert – Der Generalsekretär des Wirtschaftsverbands der europäischen Eisen- und Stahlindustrie „Eurofer“ erklärte die Begründung der Zölle mit der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten und die Verbindung mit Verteidigungsausgaben innerhalb der Nato sei „eine Absurdität“. Trumps Politik könne in Europa Hunderttausende Arbeitsplätze kosten.


Bild: US-Departement of Commerce

Wilbur Ross: Altmaiers US-Kollege gilt als Kopf der Trumpschen Strategie. Er hat seinem Präsidenten drei Modelle vorgeschlagen, um die US-Stahlindustrie gegen Billigimporte aufgrund weltweiter Stahlüberkapazitäten zu schützen. Eine davon waren die Schutzzölle aus Sorge um die nationale Sicherheit. Der Ex-Banker war zuvor ein enger Berater von Trumps Firmenimperium. Der Insolvenzspezialist hat in den USA den Spitznamen „König der Bankrotteure“.

Zielführend und rechtmäßig?

»Amercia First« bedeutet für Trump in der Wirtschaftspolitik Protektionismus

Als Donald Trump ins Weiße Haus einzog, da gab er die Maxime „Amercia First“ (Amerika zuerst) aus. Daran versucht sich der US-Präsident vor allem in Wirtschaftsfragen zu halten, auch wenn er mit seiner Schutzzollpolitik die halbe Welt gegen sich aufbringt.

Und auch intern sind seine Maßnahmen nicht unumstritten. 45 amerikanische Wirtschaftsverbände haben in einem Brief an den US-Präsidenten vor der Verhängung von Zöllen gegen China gewarnt. Diese würden „besonders schädliche“ Folgen für die US-Wirtschaft und -Verbraucher haben. Trump erwägt nach Medienberichten Zölle in einem Volumen von bis zu 60 Milliarden US-Dollar auf chinesische Waren. Er will damit nach Angaben aus dem Präsidialamt auf den Diebstahl intellektuellen Eigentums reagieren, den er China vorwirft.

Zuvor hatte Trump bereits die Einführung von Schutzzöllen angekündigt, die auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland betreffen könnten. So wollen die USA in Kürze weltweite Einfuhrzölle auf Stahl in Höhe von 25 Prozent und auf Aluminium in Höhe von zehn Prozent verhängen. Auf unbestimmte Zeit nicht betroffen von der Regelung sollen die NAFTA-Partner Kanada und Mexiko sein. Zuvor hatte es noch geheißen, auch „andere Länder“ wie etwa Australien müssten möglicherweise keine Strafzölle zahlen. Offenbar gibt es aber die Möglichkeit zu Nachverhandlungen. Eine Klausel soll es allen Ländern ermöglichen, auf der Grundlage von Einzelfall-Verhandlungen Erleichterungen zu erreichen.

Möglicherweise bietet sich hier eine Chance für die Bundesregierung, die nach Aussage des neuen Wirtschaftsministers Peter Altmaier (CDU) die Interessen der einheimischen Stahlindustrie vertreten will. Bilaterale Gespräche ergaben, dass die Zölle vorrübergehend ausgesetzt werden. Zuvor und vielleicht auch voreilig hatte Deutschland die Entscheidung Trumps als „rechtswidrig“ bezeichnet. „Ich fürchte, die rechtliche Situation ist mehr als komplex“, sagte dagegen Gabriel Felbermayr, Direktor am Center for International Economics am Münchner Ifo-Institut, der Tageszeitung „Die Welt“. Für „voreilig“ hält der Handelsexperte das Urteil aus Berlin, denn: „Wir befinden uns hier auf handelspolitischem Neuland.“

Trump hatte die Regelung zum Schutz der einheimischen Stahlproduktion mit den Interessen der Rüstungsindustrie begründet. Auf Grund des harten internationalen Wettbewerbs seien US-amerikanischen Konzerne kaum noch konkurrenzfähig und somit entstünde ein Vakuum für die nationale Sicherheit. Experten halten diese Behauptung allerdings für gewagt.

Im aktuellen Fall gibt es nämlich „einen sehr unklaren Begründungszusammenhang“, erklärte Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gegenüber der „Welt“: „Würde man die Zölle über Antidumping begründen, so wäre dies jedenfalls vom Ansatz her vermittelbar“, sagt Hüther. „Im Grunde ist der ganze Sektor in den USA nur begrenzt wettbewerbsfähig.“

Sicher scheint, dass die Regelung kurzfristige Effekte erzielen kann. Fraglich scheint aber, ob diese von Dauer sein können. Die US-Produzenten „werden in der Lage sein, höhere Preise auf dem heimischen Markt durchzusetzen, weil günstigere Konkurrenz aus dem Ausland etwas eingedämmt wird. Das bedeutet aber auch, dass es attraktiver wird, das Auto nicht mehr in den USA zu bauen, sondern woanders“, erklärt Oliver Holtemöller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Er mahnt alle Beteiligten zur Vernunft. Sollte Trumps Beispiel Schule machen, entstünde am Ende ein völlig neuer Wirtschaftskreislauf. *Peter Entinger*


Bild: pa

Versuchte bei seinem Antrittsbesuch in den USA, Strafzölle von der EU abzuwenden: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

Was Protektionismus ist ...

Unter Protektionismus versteht man, wenn ein Staat versucht, die Warenproduzenten im eigenen Land vor der Konkurrenz durch eingeführte Waren zu schützen und die Konsumenten im eigenen Staat zu zwingen, überteuerte oder qualitativ minderwertige Ware zu kaufen.

Es gibt verschiedene Gründe unterschiedlicher Legitimität für den Protektionismus. Da gibt es zum einen den Erziehungszoll. Er soll analog zu einem Gewächshaus einer jungen Branche im eigenen Land erst einmal die Chance geben, ungestört groß zu werden, bevor sie der harten Konkurrenz des internationalen Marktes ausgesetzt wird.

Dann gibt es die Klientelpolitik. Eine Branche möchte den nationalen Markt für sich reserviert haben, und die Politik ermöglicht es ihr gegen entsprechende Gegenleistungen. So kann man den Einfluss und die Wertschätzung einer Branche in einem politischen System nicht selten daran erkennen, inwieweit der Staat sich zu ihrem Büttel macht und sie vor ausländischer Konkurrenz schützt.

... und warum es ihn gibt

Und dann gibt es den Versuch, eine ins Ungleichgewicht geratenene Handelsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen, denn an einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz müssen alle interessiert sein. Schließlich gibt es noch das Motiv, dass Staaten mit hohen Zolleinnahmen den Staatssäckel füllen wollen.

Neben den Zöllen gibt es noch die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse. Auf sie weichen protektionistische Staaten gerne aus, um internationale Abkommen und Verträge, die Schutzzölle, also tarifäre Handelshemmnisse verbieten, zu umgehen. Derartige nichttarifären Handelshemmnisse können beispielsweise militärisch oder kulturell begründete Importverbote sein oder solche, die mit dem gesundheitlichen oder sittlichen Schutz der Bevölkerung legitimiert werden. Daneben gibt es noch Boykotte und Embargos, die meist offen als Strafmaßnahmen gegen andere Staaten verhängt werden. *P.E./PAZ*

Verlogene Kritik

Die EU betreibt selbst eine protektionistische Politik

Der ehemalige Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Hans Werner Sinn hat Vertretern der EU Heuchelei im Umgang mit den USA vorgeworfen. Die EU, so der Wirtschaftswissenschaftler, schotte sich seit Jahren mit verbraucherfeindlichen Schutzzöllen ab, um jeweils eine ganz bestimmte ökonomische Lobby zu privilegieren. Das gehe zu Lasten der Verbraucher, der Bürger. Und zwar nicht nur in den USA und der EU, sondern auch und insbesondere in den Ländern der Dritten Welt. Vor allem gelte das für die EU-Agrarpreise. Aufgrund der von der EU erhobenen massiven Zölle lägen diese EU-Preise im Mittel etwa ein Fünftel über den Weltmarktpreisen.

Bei einem Auftritt in der ZDF-Diskussionssendung von Markus Lanz erklärte Sinn, dass sich die EU darin gefalle, sich als Opfer darzustellen. Dabei stünde es zahlreichen Kommentatoren besser zu Gesicht, vor der eigenen Türe zu kehren. „US-amerikanische Autos werden innerhalb der EU mit zehn Prozent besteuert, unsere Autos in den USA aber nur mit 2,5 Prozent“, stellte der Ökonom klar.

Und es gebe weitere Beispiele. Rindfleisch werde zum Beispiel, wenn es importiert wird, mit 69 Prozent Steuern belastet, Schweinefleisch mit 26 Prozent Steuern. In den USA seien die Nahrungsmittelpreise dramatisch niedriger.

Die EU sei mittlerweile „extrem protektionistisch unterwegs“. Und davon hätten die US-Amerikaner nun endgültig genug. Genau deswegen würde Trump sagen: „Wenn Ihr jetzt nicht mal endlich damit aufhört, dann werden wir auch eure Autos höher besteuern. Es sind die europäischen Bauern, die über ihre Lobby die EU in Brüssel dazu bringen, sie über hohe Zollgebühren zu schützen.“ Dies gehe natürlich zu Lasten der Verbraucher, die entsprechend mehr bezahlen müssten für Lebensmittel.

Der Ökonom Heiner Flassbeck teilt die Aufregung wegen Trumps Pläne ebenfalls nicht. Gegenüber dem ZDF verwies er auf die seines Erachtens nicht nur hohen, sondern auch unfairen Handelsüberschüsse insbesondere Deutschlands. „Es geht hier nicht um freien Handel, es geht um ineffizienten Handel. Wenn Donald Trump sagt, der Handel sei unfair, dann hat er Recht in diesem Punkt und ist damit kein böser Protektionist.“ *P.E.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Nun also doch

Gegen »Rechts«: Linke korrigieren ihre kritische Haltung zu bundesdeutschen Geheimdiensten



Ruf nach dem Verfassungsschutz hat in Brandenburg plötzlich Konjunktur: Linke Parteien freunden sich mit staatlicher Überwachung an

Bild: pa

Im linksgrünen Spektrum gehörte die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes lange Zeit zum politischen Standardprogramm. Inzwischen ist aber immer öfter auch der Ruf zu hören, der Verfassungsschutz solle noch aktiver werden.

Erst vor Kurzem hat sich die Fraktion der Grünen im Potsdamer Landtag für eine Verfassungsschutz-Beobachtung des Vereins „Zukunft Heimat“ ausgesprochen, der in Cottbus mehrfach Demonstrationen organisiert hatte, die auf viel Resonanz in der Bevölkerung gestoßen sind. Die Grünen bezogen sich dabei auf eine Kleine Anfrage, die sie an die Landesregierung gestellt hatten. Brandenburgs SPD-geführtes Innenministerium hatte in einer Antwort von Zweifeln gesprochen, dass der Verein sich hinreichend gegenüber „rechtsextremistischen Ansichten und Bestrebungen“ abgrenze.

Ursula Nonnemacher, innenpolitische Sprecherin der Grünen, folgerte: „Wenn bezüglich eines Vereins solche Zweifel bestehen, handelt es sich um einen klassischen ‚Verdachtsfall‘ für den Verfassungsschutz.“ Der Ruf nach dem Geheimdienst hat nicht nur in Brandenburg derzeit Konjunktur. Unter anderen hatte sich Volker Kauder (CDU), Chef der Bundestagsfraktion der Union, für eine Beobachtung einzelner AfD-Mitglieder ausgesprochen. Auch Heiko Maas (SPD) sprach noch in seiner Zeit als amtierender Justizminister davon, Teile der AfD seien längst auf dem Weg, „ein Fall für den Verfassungsschutz zu werden“.

Speziell mit Blick auf die Geschichte des Bundeslandes Brandenburg ist der Ruf nach dem Verfassungsschutz bemerkenswert. Als der Dienst 1991 seine Arbeit aufnahm, waren ihm enge Fesseln angelegt worden und wurde die Arbeit des Nachrichtendienstes sehr kritisch gesehen.

Bis zum Jahr 1993 verbot ein Vorschaltegesetz beispielsweise in Brandenburg kategorisch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel wie etwa die Zusammenarbeit mit V-Leuten. Der Verzicht auf ein eigenes Landesamt für Verfassungsschutz und die Ansiedlung als Abteilung V im Innenministerium sollte zudem die Möglichkeit für eine enge politische Aufsicht schaffen.

Erst mit dem im April 1993 in Kraft getretenen Verfassungsschutzgesetz durfte Brandenburgs Nachrichtendienst, die Abteilung V des Innenministeriums, auf Mittel zurückgreifen, die auch anderen Verfassungsschutzbehörden in Deutschland zur Verfügung stehen.

Diese Beschränkungen in der Anfangsphase waren zum einen durch die noch frischen Erfahrungen mit der DDR-Staatssicherheit geprägt, politisch sprach sich die in einer Ampelkoalition mitregierende Partei Bündnis 90/Die Grünen gegen nachrichtendienstliche Mittel wie den Einsatz von V-Leuten aus. Brandenburgs Grüne Jugend forderte sogar noch im Jahr 2014 die Abschaffung des Verfassungsschutzes.

Ähnlich die Linkspartei, die auf ihrem Bundesparteitag in Hannover im Juni 2017 die Forderung nach Abschaffung aller Geheimdienste zu einem Punkt in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl machte: „Durch ihre Intransparenz und Vorrang des Schutzes von Informantinnen und Informanten behindern sie polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung“, so das Wahlprogramm der Linkspartei. Fragen, wie weit der Verfassungsschutz bei der Arbeit mit Informanten und V-Leuten gehen kann, soll der NSU-Untersuchungsausschuss des Brandenburgischen Landtages klären.

Gegen echte und gegen vorgebliche Extremisten

Zentrale Figur ist dabei der Umgang mit Carsten Sz., der nach offizieller Darstellung ab Sommer 1994 unter dem Decknamen „Piatto“ Informant der Abteilung V des Brandenburgischen Innenministeriums gewesen sein soll. Bundesweit beachtet wurde „Piatto“ vor allem durch seine Hinweise zum untergetauchten NSU-Trio.

Bereits im Herbst 1998, also wenige Monate nach ihrem Abtauchen in die Illegalität, soll „Piatto“ Informationen über das Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe geliefert haben. Verdichtet haben sich inzwischen die Hinweise, das „Piatto“ damals auch ganz konkret den Hinweis lieferte, das Trio verstecke sich in Chemnitz.

Vor Kurzem waren mehrere Zeugen vor den Untersuchungsausschuss geladen, die als Nachrichtendienstler mit der Quelle „Piatto“ zu tun gehabt hatten. Angehört wurde etwa ein damaliger Verfassungsschutzmitarbeiter, der im Jahr 1994 die ersten Gespräche mit Carsten Sz. geführt haben soll.

„Manfred Maslow“, so der damalige Arbeitsname des Zeugen, berichtete, dass Carsten Sz. bereits bei seinem zweiten Treffen umfangreiches Material übergeben habe, welches dem Dienst neue Einblicke in die Neonazi-Szene bot. Dazu gehörten Informationen über Versuche, hierzulande Ableger des US-amerikanischen Ku-Klux-Klan zu etablieren.

Ebenso habe der Informant Hinweise über Verbindungen der Szene zur Russenmafia geliefert. Ein anderer Verfassungsschützer sagte aus, die Quelle „Piatto“ habe später mitgeholfen, Straftaten zu vereiteln oder Gruppierungen wie die „Kameradschaft Oberhavel“ verbieten zu können.

Deutlich wurden jedoch auch die Grenzen der Arbeit mit V-Leuten: Im Jahr 2000 stieg die Quelle „Piatto“ bis in den NPD-Landesvorstand Berlin-Brandenburg auf. Ein Verbotsverfahren gegen die NPD scheiterte im Jahr 2003, weil auch in der Führungshierarchie der Partei diverse V-Leute wie etwa „Piatto“ aktiv waren.

Hermann Müller

Mein Freund Wassiljew

Von Theo Maass

Wassiljew ist eigentlich Deutscher. Er kam in den 90er Jahren nach Deutschland und blieb in Berlin hängen. Seine Eltern tauften ihn Wilhelm, aber vom Land seiner Vorfahren ist er enttäuscht. Er schimpft: Kohl ging ja noch, aber Merkel jetzt sei ganz schlimm. Wassiljew fühlt sich heimatlos. Deswegen hat er auch umgangssprachlich wieder seinen russischen Namen angenommen, obwohl er in Sibirien von den Russen meist nur Ablehnung und Demütigungen erfahren hat.

Zunächst hatte er Arbeit – nix dolles, aber immerhin, Frau, Kinder und Wohnung. Also eine richtige Familie. Seine Ehe scheiterte, seine Arbeit verlor er genauso wie seine Wohnung, und nun lebt er auf der Straße. Trotzdem versucht er, nicht zu verwahrlosen.

Neulich traf ich ihn wieder. Er berichtete mir von einem Problem. Kurzfristig war es wieder sehr kalt geworden. Wassiljews Geheimtipp war die Filiale der Commerzbank in Berlin-Zehlendorf am Teltower Damm. Wenn die letzten Angestellten Feierabend machten, war trotzdem immer noch was los. Kontoauszugsdrucker und Geldautomaten werden bis in die mitternächtlichen Stunden genutzt. Wenn keiner mehr kam, kam er. Erst jetzt machte es sich Wassiljew im Vorraum der Filiale gemütlich und gönnte sich seine Nachtruhe in warmer Umgebung.

Seit einigen Wochen geht das aber nicht mehr. Die Zerstörungswut von Randalierern hat die Commerzbank veranlasst, ihre Filialen ab 23 Uhr zu verschließen. Erst um 6 Uhr kann man dort wieder an den Geldautomaten. Wassiljew steht in der Kälte und hat Mühe, einen Schlafplatz zu finden. Aus seinem Zorn wurde Wut. Ja, fast kann man schon von Hass auf die Kanzlerin sprechen. Seine Phantasien sind wirklich nicht zitierfähig. Er will sich nun trotz aller bürokratischen Hemmnisse wieder „Papiere“ besorgen, um nächstens wieder wählen zu können. Irgendwer müsse doch was gegen Merkel unternehmen, findet er.

Anklagend weist Wassiljew auf den Zigeuner, der nicht weit von der Bankfiliale steht und die Obdachlosenzeitung verkauft, und irgendwelche ausländischen Bettler, die erfolgreich die Porsche fahrende Hausfrau anbetteln. Die gebe gern, um ihr eigenes Gewissen zu beruhigen, weil es ihr so gut gehe. Putin würde so etwas in Russland nicht dulden. Aber dorthin will er nicht zurück. Er ist ja Deutscher. In den nächsten Wochen soll es wärmer werden, dann zieht er wieder auf seine angestammte Parkbank um. Ich stecke ihm zehn Euro zu – Wassiljew strahlt.

Rüffel wegen Verwendung von Steuergeldern

Brandenburgs Parlamentsdienst rügt: Staatliche Mittel flossen in Wahlkampfaktionen gegen die AfD

In einem Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Brandenburger Landtags wird die staatliche Förderung von Kampagnen zur Bundestagswahl 2017 kritisiert. Anlass war eine Broschüre mit dem Titel „Die neue Partei am rechten Rand – Programme und Positionen der Alternative für Deutschland (AfD)“. Herausgeben hatte die Broschüre das „Aktionsbündnis Brandenburg“.

Das Bündnis, in dem Dutzende lokale Organisationen, Gewerkschaften und die Kirchen zusammenarbeiten, erhält aus dem Landeshaushalt jährlich 240 000 Euro an staatlichen Geldern. Laut dem Gutachten wird in dem 30-seitigen Heft „gezielt gegen die AfD und die von ihr vertretenen Positionen und Ziele argumentiert“. Vorbehalte gegen die AfD seien teilweise in „abwertendem Unterton“ verfasst.

Zudem ging es um ein Plakat, das von den Jugendverbänden der SPD, der CDU, der Linkspartei, der Grünen und der FDP vor der Bundestagswahl 2017 in Brandenburg verwendet wurde. Auf dem Plakat waren die Worte „Bunt statt Grauland“ und „Schöner Leben ohne Nazis“ zu lesen. Bei der abgebildeten Person – ein älterer Mann, gekleidet in einen Anzug aus grobgewebtem Wollstoff – war zwar per Fotomontage das Gesicht durch einen Blumenstrauß verdeckt, in der Öffentlichkeit wurde das Plakat aber allgemein als Anspielung auf Alexander Gauland, den damaligen Chef der Brandenburger AfD, gesehen.

Auch bei dieser Plakatkampagne spielten Steuergelder eine Rolle. So hatte das mit Landesmitteln geförderte „Aktionsbündnis Brandenburg“ das Plakat vorgestellt und auf seiner Internetseite auch beworben. Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Thomas Jung, sagte gegenüber der *PAZ*: „Hier hat eine klare Verleumdung des damaligen brandenburgischen AfD-Chefs Alexander Gauland stattgefunden. Eine mit ihm kaum verwechselbare Person wurde als Nazi tituliert. Diese Infamie wurde mit Steuergeld finanziert.“ Jung regt an, die Landesregierung solle die monatlichen Zuwendungen von 14 000 Euro für das „Aktionsbündnis Brandenburg“ lieber für Kitas und Bildung oder in die Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut investieren.

»Geld sollte lieber für Kitas ausgegeben werden«

Aus Sicht der Gutachter des Parlamentarischen Beratungsdienstes ist eine staatliche Förderung für das „Aktionsbündnis“ nicht verfassungswidrig und auch nicht generell zu beanstanden. Allerdings wird das Land aufgefordert, künftig besser darauf zu achten, wofür die Empfänger die Fördergelder verwenden. Deutlich wird in dem Gutachten nämlich, dass das Plakat wie auch die Broschüre als eine Verletzung der staatlichen Neutralitätspflicht und als Verstoß gegen die Chancengleichheit zu werten gewesen wären, wenn sie vom Land selbst veröffentlicht worden wären.

Nach Einschätzung der Prüfer kann das Land nicht damit argumentieren, es habe nicht unmittelbar selbst gehandelt. Die „Auslagerung der Einflussnahme auf private Dritte“ enthebe das Land nicht der Verantwortung, Neutralität zu wahren. Die AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, die das Gutachten beim Parlamentarischen Beratungsdienst in Auftrag gegeben hatte, fühlt sich damit bestätigt. Ob die AfD-Landtagsfraktion in der Angelegenheit weitere Schritte unternimmt, bleibt abzuwarten.

Trotz der deutlichen Bewertung der beiden Kampagnen sehen die Experten des Beratungsdienstes nämlich keine Notwendigkeit für juristische Konsequenzen oder für eine Rückforderung der Mittel. Für das Land sei „nicht vorhersehbar“ gewesen, dass mit den Fördergeldern in parteiischer Weise umgegangen werde. Auch sei dem Land nicht zuzurechnen, wie die Gelder bisher verwendet wurden, denn das „Aktionsbündnis“ habe in der Vergangenheit eher allgemein gehaltene Druckerzeugnisse veröffentlicht. Auch die Verwendung von Steuergeldern für die Plakate habe das Land nicht voraussehen können.

Die Juristen des Parlamentarischen Beratungsdienstes empfehlen dem Land allerdings, in Zukunft Fördermittelbescheide durch Nebenbestimmungen zu ergänzen, „etwa mit einem Verbot eines zugunsten oder zulasten politischer Parteien erfolgenden Mitteleinsatzes“. *Norman Hanert*

Gefährliche Diplomaten

Angehörige des Diplomatischen Corps in Berlin waren 2017 in 74 Verkehrsunfälle – darunter 26 mit Personenschaden – verwickelt, 14 mehr als im Jahr zuvor. Erstmals war auch ein Todesopfer zu beklagen. Ein saudiarabischer Diplomat hatte mit seinem Porsche im Halteverbot gestanden und seine Tür geöffnet, in die ein Radfahrer hineinfuhr, stürzte und starb. „Diplomatische Immunität schließt jede inländische Strafverfolgung aus“, heißt es von Senatsseite. Saudi-Arabien entschädigte trotzdem die Hinterbliebenen und ist im Vergleich zu früher auch insgesamt weniger verkehrsauffällig. Spitzenreiter in der Verkehrssünderstatistik der Diplomaten ist nun Botswana, gefolgt von Pakistan und dem Jemen. Für nicht gezahlte Bußgelder und Strafgelder entgingen der Verkehrsverwaltung 375 000 Euro. Nicht einmal Unfallflucht und Alkoholfahrten werden geahndet. Ein Diplomat darf – sofern er sich ausweist – sogar einen Alkoholtest ablehnen. *F.B.*

MELDUNGEN

MH17-Zeuge ausgeschaltet?

Kiew/Nikolajew – Der 29-jährige ukrainische Kampfpilot Wladislaw Woloschin hat sich in seiner Wohnung in Nikolajew, wo er kommissarischer Flughafenleiter war, erschossen. Am Tag der MH17-Katastrophe war er Hauptmann der ukrainischen Luftwaffe. Laut Jewgenij Agapow, eines zu den Russen übergelaufenen damaligen Technikers der ukrainischen Luftwaffe, war Woloschin an diesem Tag mit einer SU-25 mit Luft-Luft-Raketen an Bord gestartet und ohne Munition zurückgekehrt. Woloschin habe gesagt, er sei „zur falschen Zeit am falschen Ort“ gewesen. Kiew bestreitet dies. Offiziell litt Woloschin an Depressionen, Moskau glaubt jedoch, dass ein Zeuge ausgeschaltet wurde. *MRK*

Odebrecht-Beben in Südamerika

Lima – Der peruanische Präsident Pedro Pablo Kuczynski (79) hat infolge seiner Verwicklungen in den Odebrecht-Skandal seinen Rücktritt erklärt, um einer Amtsenthebung durch das Parlament zuvorzukommen. Damit ist er der sechste südamerikanische Präsident, der infolge dieses Mega-Skandals, der immer weitere Kreise zieht, zum Rücktritt gezwungen wurde. Kuczynski wird beschuldigt, in seiner Zeit als Minister zwischen 2006 und 2011 etwa fünf Millionen Dollar Bestechungsgelder vom Bauriesen Odebrecht angenommen zu haben. In Peru hatte Odebrecht die erste Autobahntrasse quer zur Pan Americana durch Südamerika von Brasilien aus gebaut. Auch Kolumbiens aktueller Präsident Manuel Santos soll seinen Wahlkampf 2014 mit Odebrecht-Geldern finanziert haben. Der Vizepräsident Ecuadors, Jorge Glas, und viele Minister und Parlamentarier Brasiliens wurden bereits der Korruption in diesem Skandal überführt. Mittlerweile erschüttert der Odebrecht-Skandal ganz Südamerika. *B.B.*

Kim Jong-uns aufstrebende Schwester

Schafft Nordkoreas Diktator es, sie zu seinem Vize aufzubauen, ist die Machtkonzentration perfekt

Bescheiden steht sie stets im Hintergrund, höflich und charmant konnte sie bei den Olympischen Spielen manches südkoreanische Herz für sich gewinnen. Nicht die Ehefrau des Diktators, sondern sie, Kim Jong-uns jüngere Schwester Kim Yo-jong, ist heute die mächtigste und einflussreichste Frau im Nordteil Koreas.

Bei den diesjährigen Olympischen Spielen in Südkorea wurde die nordkoreanische Delegation offiziell geleitet von Kim Yong-nam, dem Vorsitzenden des nordkoreanischen Parlaments und damit formal der ranghöchsten Person der Demokratischen Volksrepublik Korea, sowie von Kim Yong-chol, dem früheren Spionagechef des Regimes. Das politisch wichtigste Delegationsmitglied war indes Kim Jong-uns jüngere Schwester. Nicht umsonst war sie es, die dem südkoreanischen Präsidenten die Einladung ihres Bruders nach Pjöngjang übermittelte.

Geboren wurde Kim Yo-jong in Nordkoreas Hauptstadt am 1. September 1988. Nachdem schon ihr Bruder bis 1998 unter dem Decknamen „Pak chol“ als angeblicher Sohn des dortigen Botschaftschauffeurs in Gümlingen bei Bern in der Schweiz zur Schule gegangen war, erhielt sie ihre Schulausbildung von 1999 bis 2007 in Hessgut im Bereich der schweizerischen Gemeinde Köniz.

Ende 2011 tauchte die Schwester wieder in Pjöngjang auf, wo sie mithilfe des Bruders trotz mangelnder Erfahrungen in diesem Bereich sehr bald in leitender Stellung in der Öffentlichkeitsabteilung der Staatspartei arbeitete, um primär die Veranstaltungen ihres Bruders vorzubereiten. Dieser veranlasste 2014 ihre Aufstellung als Kandidatin zu den Wahlen zur Obersten Volksversammlung. Zwei Minuten nach dem Ende der Wahl wurde sie im Staatsfernsehen als Siegerin genannt. Doch auf der zwei Tage später veröffentlichten Liste jener angeblichen Volksvertreter fehlte ihr Name. Erstmals war Kim auf Widerstand gestoßen und hatte eine Niederlage erlitten. Wahrscheinlich wollten die älteren Militärführer den Einfluss der erst 26-Jährigen bremsen.

Nach üblicher Art in Nordkorea verschwand ihr Name für lange Zeit aus den Medien und der politischen Öffentlichkeit, während sie in aller Stille Direktorin im Ministerium für Propaganda und Agitation blieb.

Erst Ende September 2017 hatte Kim Jong-un durch etliche Säuberungen gerade in der Armee seine Macht so sehr verstärkt, dass seine Schwester als „alternatives Mitglied“ des Politbüros wieder auftauchte. Keinen Monat später war sie zum Vollmitglied der Führungsspitze der Staatspartei aufgerückt und gehörte nunmehr auch offiziell zum persönlichen Stab des Diktators. Dessen Leiter, Choe Ryong-hae, ist nach Kim Jong-un der wichtigste Mann das Regimes und zugleich Leiter der Personalzentrale. Auf der Parteikonferenz kurz vor Weihnachten nahm er dann auch den Platz neben Kim Jong-un ein. In der ersten Reihe saß auch Kim Yo-jong, gleich neben den vier großmächtigen Vize-Parteichefs. Es war sicherlich Absicht, dass sie ihre Macht zeigte, indem sie als Einzige nicht wie sämtliche Anwesende die Worte ihres Bruders fleißig mitschrieb. Es dürfte kaum das Ende der Karriere des einstigen Schulmädchens aus dem kleinen Ort Köniz bedeuten.

Mit Sicherheit wird man sie beim Treffen ihres Bruders mit dem US-Präsidenten sehen können. Es wäre keine Überraschung, wenn sie eines vielleicht sogar baldigen Tages Stabschef Choe ablösen und dessen Position einnehmen würde. Dann haben die beiden Kims wirklich die vollständige Macht in den Händen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Auf Augenhöhe mit Südkoreas Präsident: Kim Jong-uns attraktive Schwester Kim Yo-jong im Gespräch mit Moon Jae-in während der diesjährigen Olympischen Winterspiele

Bild: pa

Schlappe für die Regierung

Schwaches Abschneiden der Koalitionsparteien bei Holland-Wahl

In der niederländischen Politik werden die Karten neu gemischt. Auch im rechten Spektrum. Platzhirsch Geert Wilders legte bei den Kommunalwahlen vom 21. März zwar zu, hat aber plötzlich Konkurrenz im eigenen Lager. Wilders' Partei für die Freiheit war in 30 Gemeinden mit Kandidaten angetreten und konnte in allen Mandate erringen. Die Partei verlor allerdings in zwei Gemeinden an Zustimmung, in denen sie schon vor vier Jahren angetreten war: in Den Haag und in Almere. In Rotterdam schnitt die Partei schlechter ab als von der Führung erhofft. Dort wurde die Liste Leefbaar Rotterdam stärkste Partei. Die Partei, die sich als Erbin des 2002 ermordeten Islamkritikers Pim Fortuyn begreift, hatte dort schon in den vergangenen Jahren mitregiert.

Unterstützt wurde sie vor Ort vom Europa- und Einwanderungskritiker Thierry Baudet. Der 35-Jährige gilt als neuer Senkrechtstarter der europäischen Rechten. Bei den Kommunalwahlen hatte er sich allerdings zurückgehalten. In Rotterdam unterstützte er „Leefbaar“, nur in Amsterdam trat seine Partei „Forum für Demokratie“ selbst an und holte drei der 45 Sitze. Baudet hatte im Jahr 2017 auf Anhieb mit zwei Mandaten den Sprung ins nationale Parlament geschafft.

Baudet, der Medienberichten zufolge im Parlament schon mal auf Latein referiert, erinnert an eine Mischung aus Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz und dem früheren FPÖ-Chef Jörg Haider. Der 35-jährige Jurist kokettiert gern mit seiner elitären Ausbildung. In kürzester Zeit stellte Baudet eine beeindruckende Bewegung auf die Beine mit inzwischen rund 23 000 Mitgliedern. Sein Forum für Demokratie propagiert starke Nationalstaaten und den Erhalt der „niederländischen Werte“, es kämpft gegen Immigration und das „Kartell“ der etablierten Parteien. Im Tonfall ist Baudet allerdings gemäßigter als Wilders und könnte so im Gegensatz zu diesem mittelfristig koalitionsfähig werden.



Premier Mark Rutte Bild: Imago

Wilders selbst, der mit seiner Partei im vergangenen Jahr bei der Parlamentswahl noch zweitstärkste Kraft wurde, zeigte sich allerdings unbeeindruckt. „Unser wichtigstes Ziel, uns schnell auszubreiten, haben wir erreicht. Wir sind nicht mehr nur in zwei, sondern jetzt in 30 Gemeinderäten vertreten und damit in etwa jeder zehnten niederländischen Kommune. Darauf bin ich stolz.“

Schnell ausbreiten könnte sich auch die türkische Immigrantenpartei „Denk“. Sie war als Reaktion auf Wilders gegründet worden und erzielte mit radikalen Tönen vor allem in den Einwandererviertteln Traumergebnisse. Parteichef Tunahan Kuzu erklärte prompt, die von ihm vertretenen Immigranten wollten nun mitregieren: „Wir wollen nicht nur eine Partei sein, die an der Seitenlinie steht, sondern auch Verantwortung übernehmen – und zwar in den Städten, in denen wir angetreten sind.“

Die Kommunalwahlen galten als wichtiger Stimmungstest für die christlich-liberale Regierung von Premierminister Mark Rutte. Die eher schwachen Ergebnisse für die Koalitionsparteien führte Rutte auf „regionale Besonderheiten“ zurück. Doch auch er weiß: Das Regieren dürfte künftig noch schwieriger werden. *P.E.*

Damaskus unter Beschuss

Kampf um Rebellenprovinz Ghouta erreichte Syriens Hauptstadt

Der Syrienkrieg tobte in Städten wie Deraa, Hama, Homs oder Aleppo, aber die Hauptstadt hatte er in sieben Jahren kaum erreicht. Nur in manchen Vororten von Damaskus wurde 2012 und 2013 zeitweilig gekämpft. Das hat sich jetzt beim Kampf um die östlich von Damaskus gelegenen Provinz Ghouta schlagartig geändert.

Die Ghouta ist bekannt für ihre Felder, Obst- und Olivenhaine, sie ist die grüne Lunge der Hauptstadt Damaskus. Schätzungsweise bis zu 400 000 Menschen leben dort. Die dichtbesiedelte Vorortregion bei Damaskus unterliegt seit fünf Jahren einer Blockade durch das Regime. Hatten zunächst dort Soldaten der Freien syrischen Armee die Macht übernommen, wurden diese mit der Zeit von islamistischen Dschihadistengruppen verdrängt. Die östliche Ghouta trennt das Zentrum von Damaskus von dem Schiitenviertel Sidna Zeyynab, wo sich das Grab des schiitischen Märtyrers Hussain befindet, das als Wallfahrtsort vor allem bei Iranern große Verehrung genießt.

Am 20. Februar hat das Regime von Machthaber Baschar al Assad den letzten Kontrollpunkt zum Rebellengebiet geschlossen, den einzig verbliebenen Schmugglertunnel dichtgemacht und mit der Rückeroberung dieser Region, eine der letzten des Landes in Rebellenhand, begonnen. Mehr als 1000 Menschen sollen seitdem den Angriffen der syrischen und russischen Armee zum Opfer gefallen sein, obwohl die Ghouta zu den Deeskalationsregionen des Astana-Abkommens gehörte. Etwa drei Viertel des einstigen Aufständischen-Gebiets sind von den Regierungstruppen zurückerobert.

Mit dem Kampf um die Ghouta ist der Krieg nun aber erstmals auch in die Hauptstadt gekommen. Mörsergranaten haben seit einigen Wochen auch das Zentrum von Damaskus und das Christenviertel Jaramana getroffen, sind dort auf Schulen und christliche Kirchen niedergegangen. Die Dschihadisten wissen, dass die Christen in Syrien ihr Zentrum in Damaskus haben, allein drei Patriarchen haben hier ihren Sitz, und die Christen gehören zu den treuesten Anhängern Assads.

Granateneinschläge im Stadtzentrum und im Christenviertel

Die letzten islamistischen Kämpfer der Ghouta werden jetzt mit Bussen, wie alle vor ihnen vertriebene Rebellengruppen ins nordsyrische Idleb-Gebiet verfrachtet.

Die Provinz Idleb grenzt an die Türkei und an das kurdische Afrin-Gebiet, das von türkischen Truppen von „kurdischen Terroristen“ befreit wurde, die vorher mit den Amerikanern den IS aus Rakka vertrieben hatten. In Idleb werden die aus der Ghouta eingesammelten Kämpfer jetzt von den Türken „recycelt“, um mit gewendeten IS-Kämpfern sowie al-Kaida-Dschihadisten unter der Regie des türkischen Präsidenten Erdogan weiter ihren Terror im Namen Allahs auszuüben.

Unter den mit den türkischen Soldaten in Afrin eingerückten Dschihadisten wurden von den Kurden bereits IS-Angehörige aus Rakka erkannt. Diese hatten bis vor wenigen Wochen noch Ungläubige und Alkoholtrinker, darunter auch westliche Geiseln, auf das Grausamste ermordet, jetzt dürfen sie an der Seite von NATO-Soldaten ihr Werk allerdings nicht mehr ganz so grausam gegen Kurden und Jesiden in Afrin weiter fortsetzen. Erdogan braucht die Gotteskrieger, um an seiner Südgrenze eine ihm ergebene Bevölkerung anzusiedeln, die er beliebig auch gegen die „ungläubigen“ Kurden als Schutzwall einsetzen kann. *Bodo Bost*

Kontrapunkt zum US-Protektionismus

Freihandelsabkommen zwischen der EU und südamerikanischer Mercosur vor der Unterzeichnung

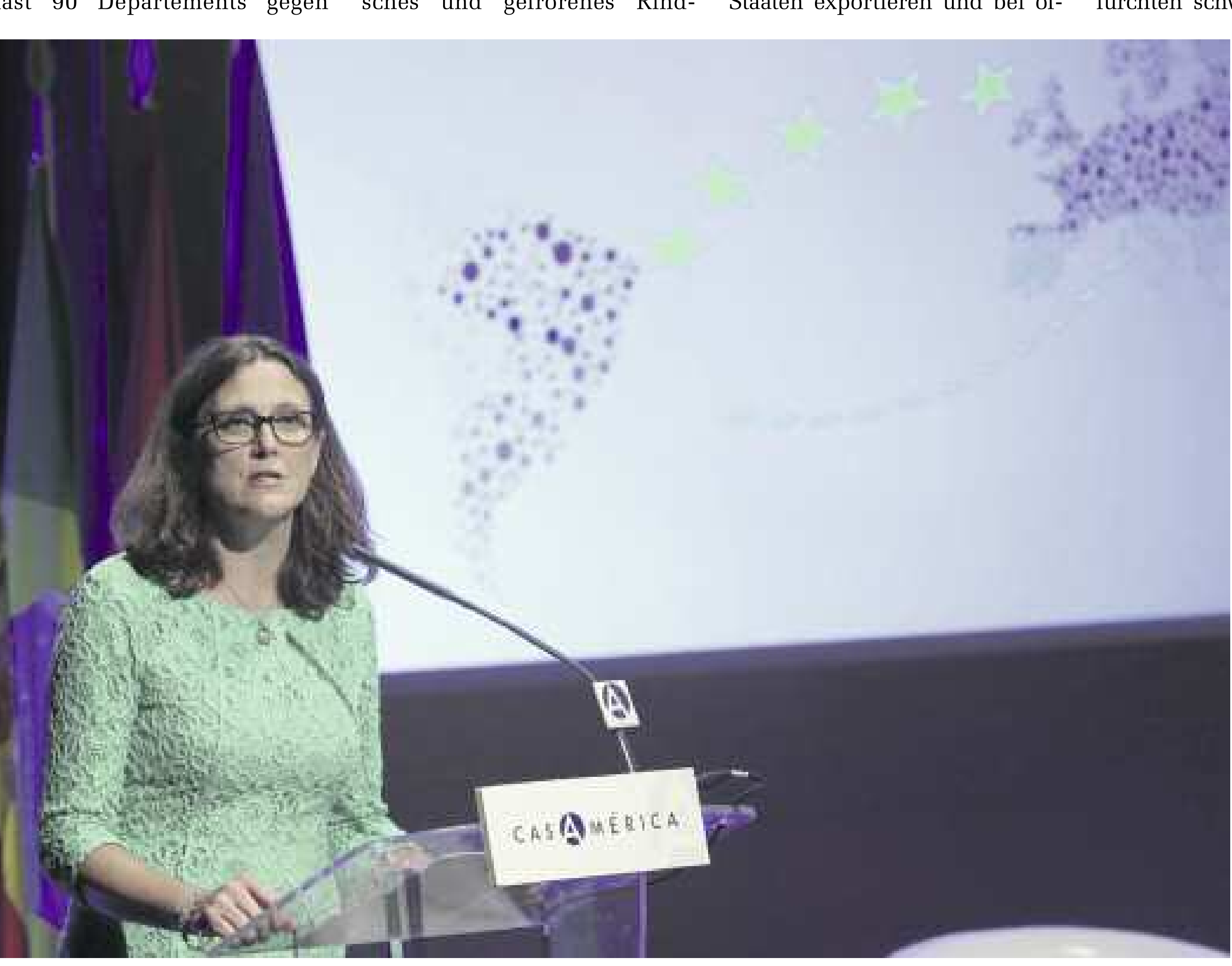
Im Windschatten der allgemeinen Aufregung über Präsident Donald Trumps Ankündigung von neuen US-Zöllen hat die Europäische Union hinter verschlossenen Türen ihre nächsten fünf Freihandelsabkommen voran getrieben.

Die entsprechenden Verträge mit Singapur, Vietnam und Japan sind fast unterschriftsreif, desgleichen ein aktualisiertes Freihandelsabkommen mit Mexiko. Das Freihandelsabkommen mit den Ländern des „Gemeinsamen Marktes des Südens" (Mercosur) Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay steht kurz vor dem Abschluss, wie bei einem informellen Treffen der europäischen Außenhandelsminister in Sofia am 27. Februar mitgeteilt wurde. Eigentlich hätte das Abkommen schon letzten Dezember unterzeichnet werden sollen.

Bereits seit 1999 besteht zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ein Assoziationsabkommen als Vorstufe für ein späteres Freihandelsabkommen. Seit 2010 wird wieder verhandelt. Das EU-Mercosur-Abkommen betrifft nicht nur Importquoten und Zölle, sondern auch nichttarifäre Handelshemmnisse wie Umweltstandards oder Verbraucher- und Arbeiterrechte. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström stilisiert das Abkommen zum „Brückenschlag" und Kontrapunkt zum protektionistischen Wirtschaftskurs der Trump-Regierung. Mit der angestrebten Öffnung der Märkte des Mercosur wollen die Europäer erklärtermaßen den Chinesen zuvor kommen.

In allen Mitgliedstaaten des Mercosur bestimmen seit 2016 neoliberal orientierte Regierungen die Handelspolitik. Diese Situation könnte sich im Wahljahr 2018 ändern, daher dringen beide Seiten zur Eile. Derzeit findet die womöglich letzte Verhandlungsrunde statt.

Auf beiden Seiten des Atlantiks hat sich heftiger Widerstand zusammengebraut, seit Ende vergangenen Jahres Auszüge des geheim gehaltenen Vertragswerks durchgesickert sind. Der Agrarlobby in Polen, Irland, Frankreich, Österreich und der Bundesrepublik war schon länger alarmiert. Ende Februar protestierten in Frankreich bei einem landesweiten Aktionstag mehr als 20000 Landwirte in fast 90 Départements gegen Mercosur und über den Automobilsektor. Inzwischen wurde deutlich, dass die Lobbyarbeit der Bauernverbände erfolglos geblieben ist. Auf Druck der Mercosur-Länder boten Malmström und ihr für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige Kollege Phil Hogan ein zollfreies Einfuhrkontingent von 99000 Tonnen frisches und gefrorenes Rindfleisch an und damit 29000 mehr als vor einem halben Jahr. Die Südamerikaner hatten 200000 Tonnen verlangt. „Wenn die EU tatsächlich den Mercosur-Staaten eine Quote von 100000 Tonnen pro Jahr einräumt, ist dies der Todesstoß für den europäischen Sektor, weil wir heute schon bei den Produktionskosten über dem Verkaufspreis liegen, den wir am Markt erzielen", erklärte der Vizepräsident des belgischen Bauernverbandes, Falys Hugues. Bereits jetzt importiert die EU 240000 Tonnen Rindfleisch aus dem Mercosur, was 75 Prozent der gesamten Importmenge in die EU entspricht. Dafür, dass die EU-Staaten im Gegenzug mehr Autos, Chemikalien und Maschinen in die Mercosur-Staaten exportieren und bei öffentlichen Ausschreibungen mitbieten dürfen, verzichtete Malmström auf verschärfte Kontrollen gegen Hormon- und Gammelfleisch. Völlig inakzeptabel angesichts der Korruption in Brasilien, werfen Verbraucherschützer den EU-Verhandlungsführern vor. Handelskritiker und Umweltschützer verurteilen die Abmachungen, weil damit noch mehr Gen-Soja und mit Pestiziden hoch belastete Rohstoffe sowie Agro-Treibstoffe in die EU-Staaten kämen als jetzt schon. Für zusätzliche Weiden und den Anbau von Soja-Monokulturen würden in den Mercosur-Staaten Kleinbauern ihrer Felder beraubt, Wälder und Savannen zerstört.



Spricht von einem „Brückenschlag", hier dargestellt durch fünf goldene Sterne, zwischen Europa und Südamerika: Die EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström

Bild: Imago

Besorgt sind auch die Gewerkschaften des Mercosur. Sie befürchten schwere Verwerfungen im Mercosur. Sie sind aufgebracht wegen der immer größeren Konkurrenz durch günstiges Fleisch aus Übersee. Indessen drängt die europäische Industrie, allen voran die Auto- und Maschinenbaubranche, massiv darauf, den Handelspakt endlich zu besiegeln.

Bis zum Schluss bestand noch Uneinigkeit über die Importquoten für Rindfleisch aus dem Mercosur, aufgrund des unterschiedlichen technologischen Niveaus in der Industrieproduktion beider Staatenbündnisse. Die Gewerkschaftsbewegungen des Mercosur und der EU haben ein gemeinsames Schreiben an die Verhandlungsführer beider Blöcke übergeben, worin sie erläutern, warum sie das Freihandelsabkommen nicht akzeptieren werden. *D. Jestrzemski*

MELDUNGEN

Medikamente immer teurer

Berlin – Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung für Medikamente haben sich zwischen 2007 und 2016 bis auf eine Ausnahme jedes Jahr zum Teil deutlich erhöht, insgesamt um rund 33,7 Prozent. Lagen die Kosten 2007 noch bei rund 27,1 Milliarden Euro, sind sie auf rund 36,3 Milliarden Euro im Jahr 2016 gestiegen. Die jährlichen Ausgabensteigerungen lagen dabei zwischen 0,6 (2010) und 10,1 (2014) Prozent. Nur im Jahr 2011 gingen die Arzneimittelausgaben im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent zurück. Der Durchschnittspreis für patentgeschützte Medikamente erhöhte sich von rund 981 Euro 2008 auf rund 4457 Euro im Jahre 2017. *J.H.*

Schläge gegen Schwarzarbeit

Bonn – Im vergangenen Jahr sind über 52000 Arbeitgeber von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit geprüft worden. Insgesamt wurden 2500 Ermittlungsverfahren wegen Nichtgewährung des gesetzlichen Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz eingeleitet, 2100 wegen Nichtgewährung branchenspezifischer Mindestlöhne und 116 wegen Verstoßes gegen die Lohnuntergrenze. Insgesamt wurden Geldbußen in Höhe von 64,4 Millionen Euro festgesetzt. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.964.425.588.477 €

Vorwoche: 1.972.328.494.369 €

Verschuldung pro Kopf:
23.725 €

Vorwoche: 23.820 €

(Dienstag, 6. April 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Rückfluss nach Russland

Warum viele Oligarchen ihr Geld aus dem Ausland zurückholen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion floss das Geld der in Russland neu entstehenden Unternehmensimperien der Oligarchen vor allem ins Ausland. Seit Kurzem ändert sich dies jedoch. Hatten sich die Rückflüsse russischer Vermögen bereits im vergangenen Jahr fast verdoppelt, intensivieren sie sich seit dem Jahreswechsel nochmals erheblich. Laut Angaben der halbstaatlichen Sberbank erhöhten sich die Rückführungsbeträge im Januar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um das Dreifache, bei der Alfa-Bank gar um das Vierfache, wobei die ausführenden Bankinstitute vor allem in der Schweiz, Österreich und Großbritannien beheimatet sind.

Den Grund für diesen Wandel bildet das neuerliche Ausufern der Sanktionen des Westens. Im Januar musste US-Präsident Donald Trump auf Druck des Kongresses eine Aktivität gegen Moskau vorweisen. Der gewiefte Politiker ließ eine Liste von über 200 weiteren Politikern und Unternehmern erstellen, die künftig mit Sanktionen belegt werden könnten. Allerdings handelt es sich bei den so Inkriminierten um Russen, die laut der „Reichstenliste" von „Forbes" mehr als eine Milliarde US-Dollar besitzen, was die Aufstellung als konkretes Instrument gegen die russische Regierung ziemlich unbrauchbar macht.

Dennoch geht unter den russischen Anlegern die Angst um,



Bild: Kremlin.ru/CF

Umwirbt seine Oligarchen: Präsident Wladimir Putin

der Westen könnte sich ihre Vermögen unter den Nagel reißen, wie dies mit Staatsgeldern missliebiger Länder seit Langem regelmäßig geschieht. Dabei sehen sich gerade Schweizer Banken unter politischem Druck, russische Gelder genauestens zu „überprüfen", um nicht erneut ins Fadenkreuz der einnahmefreudigen US-Behörden zu geraten. Da andererseits die russische Wirtschaft in weiten Teilen durchaus zulegt und dies selbst die US-amerikanischen Ratingagenturen unlängst in Form klarer Anlageempfehlungen einräumten, erscheint ein Rückführung imns Ausland verbrachter Gelder manchem russischen Unternehmer inzwischen durchaus angeraten.

Diesen Trend massiv verstärken dürfte jetzt ein ab Anfang März für ein Jahr geltendes Amnestiegesetz, das einen vollständigen Verzicht auf eine nachträgliche Besteuerung solcher Gelder einschließt. Für die rechtskräftig wegen diverser Delikte in ihrer Heimat verurteilten russischen Exilanten im Vereinigten Königreich deutet sich neben den besagten Gesetz noch ein weiteres Motiv an. Ihr Präsident Wladimir Putin schickte seinen Sondergesandten für Wirtschaftsangelegenheit, Boris Titow, zu den in westlichen Gazetten bisher als „Demokraten" und „Oppositionelle" gelobten Oligarchen an die Themse, um mit ihnen über eine mögliche Rückkehr zu verhandeln. *Thomas W. Wyrwoll*

Kein Ende in Sicht

Internetgiganten werden wohl auch zukünftig kaum Steuern zahlen

Dass Internetgiganten wie Facebook, Google oder Amazon kaum Steuern bezahlen, ist seit Jahren ein Ärgernis. Die EU will das nun erklärtermaßen ändern. Doch die Widerstände sind beträchtlich.

Die EU-Kommission in Brüssel präsentierte in der vergangenen Woche einen Zweistufenplan, der ein zentrales Ziel verfolgt: Google und Co. sollen ihre Steuern künftig vor allem dort abliefern, wo ihre Kunden sitzen und die Online-Erträge entstehen – auch wenn die Konzerne ihren Sitz ganz woanders haben. Bisher sehen die internationalen Steuerregeln das nicht vor. Das hat nach Angaben von EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici zur Folge, dass die effektiven Steuersätze für digitale Unternehmen zurzeit mit neun Prozent nicht einmal halb so hoch sind wie die von herkömmlichen Unternehmen. Langfristig will die EU die Gewinnbesteuerung so umstellen, dass die Digitalkonzerne einen ähnlich großen Teil ihrer Profite versteuern müssen wie Daimler, Siemens und andere traditionelle Industrieunternehmen. Es sei nicht hinnehmbar, in welcher Größenordnung derzeit Gewinne unversteuert blieben, sagte der seit November 2014 als Kommissar für den Euro und den sozialen Dialog zuständige lettische Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis, der „Frankfurter Rundschau". Dringend müsse man die Steuerregeln ins 21. Jahrhundert überführen.

Die EU-Kommission spricht dabei von einem „ständig wachsenden schwarzen Loch", in dem die Steuerbasis der EU-Länder verschwinde. In zwei Stufen solle Europa nun nach dem Kommissionsvorschlag reagieren: Zunächst sollen für eine Übergangsphase alle

EU-Mitgliedstaaten und den USA nützt der Status quo

Unternehmen mit einem weltweiten Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro und einem Onlineumsatz von 50 Millionen Euro innerhalb der EU drei Prozent Steuern auf ihre Erträge zahlen. Dabei sollen endlich auch die Einnahmen aus dem Verkauf von Online-Werbeflächen, aus Vermittlungsgeschäften oder dem Verkauf von Daten erfasst werden.

Der Widerstände gibt es jedoch biele. So warnte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vor „Kollateralschäden für Unternehmen". Das Anliegen sei zwar politisch nachvollziehbar, wirke sich aber auch auf die Industrie aus, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang. Denn auch diese Unternehmen setzen zunehmend auf digitale Geschäftsmodelle: „Während sie ihre Produkte und Prozesse digitalisieren, sind sie von zusätzlichen Steuerlasten betroffen."

Aber auch Steueroasen innerhalb der EU wie Irland und Luxemburg, welche die großen Digitalkonzerne in der Vergangenheit mit niedrigen Steuern angelockt haben, haben massiven Widerstand angemeldet. Deren Widerstand droht umso erfolgreicher zu sein, als die EU in Steuerfragen nur einstimmig Entscheidungen treffen kann. Mehrere Mitgliedsländer fordern nun, auf eine Einigung der G 20-Staaten zu warten. Die ist aufgrund des zu erwartenden Widerstands der USA nicht in Sicht, profitieren diese doch vom Status quo, da viele der betreffenden Unternehmen ihren Sitz dort haben – wie beispielsweise auch Google. Finanzkommissar Pierre Moscovici beeilte sich festzustellen, dass das beabsichtigte Gesetz keine gegen die USA gerichtete „Lex Google" sei. Ein weiterer Streitpunkt mit den USA soll tunlichst vermieden werden. *Peter Entinger*

Helden non gratae

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Kiew tut sich schwer mit seinen als Helden gefeierten Politikern. Immer, wenn es für Präsident Petro Poroschenko eng werden könnte und ein Gegner ihn der Korruption beschuldigt, gehen die Behörden mit aller Härte gegen die Kritiker vor. Im Februar wurde der Ex-Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, des Landes verwiesen, jetzt wurde die als Heldin gefeierte Kampfpilotin Nadija Sawtschenko eingesperrt, weil sie einen Sturz der Regierung vorbereitet haben soll.

Beiden Ex-Helden gemeinsam ist, dass sie öffentlichkeitswirksame Auftritte lieben und extreme politische Positionen einnehmen. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie das Kernproblem der Ukraine in der Person Poroschenkos sehen, der, selbst Oligarch, nichts unternehme, um der weit verbreiteten Korruption in der Ukraine Einhalt zu gebieten. Sawtschenko ging noch einen Schritt weiter, indem sie Gespräche mit Kämpfern im Donbass führte und von Kiew die Bereitschaft zum Dialog einforderte, um den Bruderkrieg in der Ukraine zu beenden.

In der Tat deutet nichts darauf hin, dass Kiew an einer Deeskalation gelegen ist. Solange der Krieg anhält, ist dem Land die Unterstützung des Westens sicher. Eine tatsächliche Eindämmung der Korruption würde der „Elite“ die Lebensgrundlage entziehen. Aufmüpfige Helden stören in diesem System nur.

Ursachen sind hier zu finden

Von Hermann Paul Winter

Deutschland hat mehr „Geflüchtete“ aufgenommen als jedes andere europäische Land. Der Hintergrund: Die Immigranten werden mit einer Vielfalt von Anreizen in unser Land gelockt und mehr als anderswo großzügig versorgt. Die Asylleistungen den europäischen Standards anzugleichen, scheint der Kanzlerin ebenso wenig in den Sinn zu kommen wie eine Korrektur der rechtlichen Klagewege, mit der Asylbewerber ihre Abschiebung hinauszögern oder verhindern können.

Nach der Regierungsbildung wiederholte Angela Merkel ihre hochmütige Forderung, Fluchtursachen müssten in den Herkunftsländern bekämpft werden. Eine aussichtslose Phantasterei, mit der sie den Bürgern Sand in die Augen streut und ihre Fehlentscheidungen von 2015 überspielen will.

Statt immer aufs Neue auf die „Fluchtursachen“ im Ausland zu verweisen, wäre es an der Zeit, dass Merkel die selbstverursachten, hier bei uns existenten Ursachen für den Massenzustrom ins „Paradies Deutschland“ beseitigt. Dass die Rundumversorgung den Massenzustrom wesentlich fördert, ignoriert sie jedoch stoisch. Die Kanzlerin beharrt auf ihrer „bunten“ Willkommenskultur, mit der sie jährlich Hunderttausende in unser Land schleust. Beängstigend, denn eine weitere Phase der Millionen-Immigration aus Afrika hat längst begonnen.

Asylsuchende erhalten über die Leistungen für Ernährung, Unterkunft und Gebrauchsgüter hinaus Leistungen für den „persönlichen Bedarf“. Dazu kommen Erstattungen diverser Aufwendungen, die medizinische Vollversorgung sowie verschiedene „Leistungen in besonderen Fällen“. Anerkannte Asylbewerber und „Flüchtlinge“ erhalten Hartz-IV-Leistungen wie arbeitslose Deutsche, die jahrzehntelang Sozialabgaben entrichtet haben. 2017 war bereits jeder sechste Hartz-IV-Empfänger ein Zuwanderer.

Im Rahmen von Anschlussunterbringungen wird Merkels Gästen zunehmend hochwertiger, von Steuergeldern finanzierter Wohnraum erstellt. Dies dürfte auch in den Herkunftsländern bekannt sein und den Aufbruch nach Deutschland befeuern.

Überdies dürfte sich in den Heimatländern der Asylsucher herumgesprochen haben, dass in Deutschland so gut wie keine Rückführungen vorgenommen werden. Nicht zuletzt weil einige – auch von öffentlicher Hand geförderte – „weltoffene“ Vereine die Abschiebung abgelehnter Bewerber regelmäßig verhindern. Der Verein „Sächsischer Flüchtlingsrat“ etwa hat das „Bleiberecht für alle“ propagiert und geplante Abschiebetermine torpediert.

Bereits im Oktober 2016 hatte Merkel angekündigt, Rückführungen in einer „nationalen Kraftanstrengung“ vorzunehmen. Ein leeres Versprechen! Neuerdings bringt sie mit Geldgeschenken zu erwirkende Rückführungen und „Starthilfen im Heimatland“ ins Spiel. Dass auch dies die Einreise nach Deutschland attraktiv macht, scheint über Merkels Vorstellungsvermögen hinauszugehen.



Darauf müssen viele deutsche Familien lange warten: Eine afghanische Familie bekommt eine Wohnung – picobello und selbstverständlich auf Kosten des Steuerzahlers

Bild: Imago

Moralischer Verfall

Von Eberhard Hamer

Die EU hat Polen und Ungarn wegen deren Weigerung, Armutsimmigranten aufzunehmen und wegen deren Justizorganisation im Visier, droht sogar mit Strafe und maßt sich damit Herrschaftsrechte über diese Länder an. Die gleiche EU umschmust dagegen einen Diktator, der 160 000 Menschen wegen vermuteter Opposition eingesperrt hat, der Pressezensur und Propagandadiktatur eingeführt hat, der 2015 Millionen Armutsflüchtlinge auf den Weg nach Deutschland geschickt und sich dann Prämienzahlungen von Kanzlerin Angela Merkel erschwindelt hat – und der nun sogar mit von Deutschland gelieferten Waffen Krieg führt und Menschen tötet.

Kein Wort der Kritik gegen den Kriegstreiber Recep Tayyip Erdogan, vielmehr „NATO-Freundschaft“ und „EU-Solidarität“. Offenbar geht es den EU-Funktionären nur um ihre Machterhaltung und um Machterweiterung, nicht aber um Grundsätze, nicht einmal um Krieg oder Frieden.

Die EU misst mit zweierlei Maß und mischt sich bei Mitgliedsländern ein, wenn die „political correctness“ nicht eingehalten wird, mischt sich aber nicht ein, wenn ein von ihr umworbener, mit Beitrittsvorbereitungen belohnter und jährlich mit Milliarden Euro-Mitteln bezahlter Diktator Menschenmassen einsperrt, verfolgt und Nachbarländer mit Krieg überzieht – sogar mit deutschen Panzern.

Der moralische Verfall der EU könnte nicht stärker dokumentiert werden.

Frei gedacht



Babyboom dokumentiert Umvolkung

Von Eva Herman

Es ist eigentlich alles ganz einfach: Die Total-Auflösung Deutschlands – und Europas –, hat definitiv begonnen. Der Zerfall schreitet unaufhaltsam voran. Eine Jahrtausende alte Kultur wird ausgelöscht. Mit Wissen der politischen Akteure. Historische Zeiten. Ich verstehe die Beiträge meiner systemkritischen Kollegen und auch meine eigenen heute als zeitgeschichtliche Dokumente. Wir versuchen, relevante Fakten für die Nachwelt aufzubewahren, da unsere Geschichtsbücher, wie es schon immer der Fall war, einst nur bedingt als Quelle dienlich sein werden.

Also: Nach über 60 Jahren politisch gesteuertem Feminismus, mit dem ein dramatischer Geburtenrückgang in Deutschland einherging, titelte Spiegel-Online am 28. März 2018: „Höchste Geburtenziffer seit 1973 – Babyboom in Deutschland!“ Ein großes Foto zeigt eine gutgelaunte Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit mehreren Frauen und drei hellhäutigen, blonden Babys. Alle schauen ganz glücklich, bis auf die Säuglinge, deren Blick skeptisch ist. Zu Recht, wie der folgende Bericht zeigt. Schon wenige Sätze weiter unten heißt es wörtlich: „Der Geburtenanstieg in Deutschland setzt sich fort. Im Jahr 2016 wurden 792 131 Kinder geboren. Das waren 54 556 Babys oder sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Damit stieg die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder das fünfte Jahr in Folge und erreichte wieder das Niveau von 1996.“

Das ist ja fantastisch, möchte man sofort heraus schmettern, endlich! Alice Schwarzer & Co zum Trotze: Wir schaffen es anscheinend doch! Aber es geht bei dieser Erfolgsmeldung natürlich nicht um die Einheimischen, die Ureinwohner Deutschlands, die plötzlich das Familienleben als Lebensidylle wieder ausgegraben und den anstrengenden Karriere-Feminismus an den Nagel gehängt haben. Das zeigt schnell die Aufschlüsselung der neuen Statistik, die sich übrigens mit dem Jahr 2016 beschäftigt, und nicht etwa mit dem vergangenen 2017. Da dürften die Zahlen dann noch eindeutiger ausfallen, da im Jahr 2015 die Geburtenziffer noch 1,5 Kinder je Frau betrug, während die Geburtenziffer 2016 bereits bei 1,59 Kindern je Frau lag. Das ist der höchste seit 1973 gemessene Wert.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Spiegel-Online über die Herkunft der Mütter: „Die Mütter von 607 500 neugeborenen Kindern haben die deutsche Staatsbürgerschaft, das waren drei Prozent mehr als im Vorjahr. Die Mütter von 184 660 im Jahr 2016 geborenen Kindern haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, was einem Anstieg von 25 Prozent entspricht.“ Worüber der „Spiegel“ und auch so ziemlich alle anderen Mainstreammedien nicht schreiben, ist die Zahl der „eingedeutschten“ Mütter, also jener Frauen, die entweder eine doppelte Staatsbürgerschaft haben oder generell einen Immigrationshintergrund. Man kann in Wahrheit wohl davon ausgehen, dass von diesen angeblich 607500 neugeborenen Kindern mit deutscher Staatsbürgerschaft mit Glück etwa die Hälfte tatsächlich deutscher Herkunft sein mag, da der Umvolkungsprozess ja bereits seit Jahrzehnten läuft.

So schreibt der Theologe David Berger in seinem Blog: „Falls sich der erkennbare Trend ungebremst fortsetzen sollte, werden die nichtdeutschen schon ab 2020 die der deutschen Geburten übersteigen.“ Das wäre in genau zwei Jahren! David Berger, der bereits seit 2010 die Geburtenentwicklung in Deutschland beobachtet, bringt folgende Daten in Zusammenhang: „Der Prozentsatz der deutschen Geburten ging von 83 Prozent in 2010 auf 73 Prozent in 2016 zurück. Eine negative Veränderung für die Deutschen um zwölf Prozent. Der Prozentsatz der nichtdeutschen Geburten stieg von 113 480 (17 Prozent) in 2010 auf 220 570 (27 Prozent). Eine positive Veränderung für die Nichtdeutschen um 91 Prozent, in lediglich sechs Jahren.“

Vor zwei Jahren führte ich an dieser Stelle einige wichtige Informationen auf, die ich heute wiederhole, da sie von den Systemmedien ums Verrecken nicht aufgegriffen werden. Sie erklären die wahrlich historischen Entwicklungen. Die Masseneinwanderung, die uns 2015 kalt erwischte und die bis heute nicht beendet ist, basiert mitnichten auf einem Zufall. Eher umgekehrt, es scheint eine ganz klare Strategie. Das zeigen folgende Vorgänge:

In einem Vortrag vor der École polytechnique im französischen Palaiseau sagte am 17. Dezember 2008 der damalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy wörtlich zu Europas Zukunft beziehungsweise zu den Plänen einer neuen Weltordnung: „Was ist also das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung verschiedener Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders. Wir riskieren sonst die Konfrontation mit sehr großen Problemen. Wir werden uns wandeln müssen, und wir werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierungen, Bildung, politische Parteien. Und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten! Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche, zwingende Maßnahmen anwenden.“ Weitere Fakten: Der Rat für Nachhaltige Entwicklung, dessen Sitz bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist, hat ein mehr als 200-seitiges Papier herausgegeben mit dem Titel „Dialoge Zukunft, Vision 2050“. Hierin wird die Zukunftsaussicht geschildert, die man bei der GIZ – die übrigens die Bundesregierung regelmäßig unterstützt bei der Verwirklichung ihrer Ziele der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung – in wenigen Jahrzehnten für Deutschland in einer Art „Neuer Weltordnung“ prognostiziert: Alles wird gleich sein. Menschen, Länder, Hautfarben. In der Rubrik Verbarium wird ein fiktives Wörterbuch für ausgestorbene Begriffe im Jahr 2050 dargestellt. Unter der Bezeichnung Menschen mit Migrationshintergrund heißt es: „Nicht mehr benötigt, da Menschen so ‚gemischt‘ sind, dass jeder einen Migrationshintergrund hat.“ Auch Ausländer soll es 2050 nicht mehr geben: „Wegen der Gründung des Europäischen Staates. Es spielt keine Rolle mehr, wo jemand herkommt.“ Heißt es in dem Papier.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Und dann wäre da noch der US-amerikanische Militärstratege und ehemalige Regierungsberater, Thomas P.M. Barnett, durchsetzungsfreudig und einflussreich bis in die höchsten Ämter der US-Regierung. Dieser offenbart in seinen Büchern, wie wir uns eine globalisierte Welt unter US-Dominanz vorzustellen haben. Die Buchtitel: "The Pentagon's New Map" und "Blueprint for Action". Der unabhängige Autor Thomas Mehner berichtet, dass Barnett die Globalisierung als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten beschreibe, „was dazu führt, dass Nationen und die in ihnen stattfindenden wirtschaftlichen Prozesse wie auch der einzelne Mensch nicht mehr selbstbestimmt agieren, sondern nur noch durch Einflüsse von außen gesteuert werden, und sich, was die Nationalstaaten angeht, letztlich auflösen müssen“. Barnett wörtlich: „Das Endziel ist die Gleichschaltung aller Länder der Erde. Sie soll durch die Vermischung der Rassen herbeigeführt werden. Mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse in Europa. Hierfür sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der dritten Welt aufgenommen werden. Das Ergebnis ist eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen IQ von 90, zu dumm, um zu begreifen, aber intelligent genug, um zu arbeiten.“

Königin der Belle Epoque

Kaiser Wilhelm II. war einer ihrer Bewunderer – Die Sizilianerin Franca Florio und ihr berühmtes Porträt

Als Kulturhauptstadt Italiens präsentiert Palermo 2018 über 800 zusätzliche Kulturereignisse, darunter bis 20. Mai eine Ausstellung von Giovanni Boldinis berühmtem Porträt der Franca Florio.

Die Sizilianer nannten sie „Königin von Sizilien“, Kaiser Wilhelm II. „Stern von Italien“ und der Schriftsteller Gabriele D'Annunzio „l' Unica“, was vielleicht am besten mit die Einzigartige zu übersetzen ist. Die Rede ist von Franca Florio, geboren am 27. Dezember 1873 in Palermo als Francesca Paola Jacona della Motta dei Baroni di San Giuliano.

Donna Franca, wie sie allgemein genannt wurde, entstammte einer verarmten, aber prestigeträchtigen Familie des sizilianischen Hochadels. Mit 19 Jahren heiratete sie Ignazio Florio jun., den reichsten Mann Siziliens und einen der wohlhabendsten Unternehmer und Reeder seiner Zeit. An seiner Seite wurde Franca Florio zu einer Ikone der Belle Epoque. Mit ihren stattlichen 1,73 Metern, den grünen Augen und dem bernsteinfarbenen Teint war sie für die damalige Zeit von faszinierender Schönheit und Eleganz, der auch der deutsche Kaiser schwärmerisch verfiel. Zusammen mit Augusta Victoria besuchte er die Florios mehrmals in ihrem Palast in Palermo.

Franca Florio war nicht nur schön, sie war auch intelligent, sprach fließend vier Sprachen und galt damit als Stütze des Familienimperiums. Nach dem Erdbeben von 1783 war die Familie Florio von Bagnara Calabra in Kalabrien nach Sizilien gezogen, wo Paolo Florio (1772–1807) kurz nach 1800 einen bald sehr erfolgreichen Gewürzhandel gründete, aus dem die nächsten drei Generationen ein internationales Wirtschaftsimperium machten.

Schon Paolos Sohn Vincenzo (1799–1868) baute die unternehmerischen Tätigkeiten erfolgreich aus, gründete unter anderem ein Kreditinstitut, eine Versicherungsgesellschaft, konzentrierte sich auf die Produktion von Marsala-Weinen sowie die Verarbeitung von Schwefel und kaufte sich eine Schiffsflotte zusammen, die unter seinem Sohn Ignazio Florio sen. (1869–1891) nach der Fusion mit der Genueser Reederei Rubattino zur damals größten Reederei Italiens werden sollte.

Auch auf anderen Gebieten gelang es Ignazio, das von seinem Vater ausgebaute Unternehmen nochmals mit viel Geschick zu vergrößern. Unter anderem kaufte er 1874 die Inseln Favignia und Formica, erwarb die Fischereirechte und gründete eine Fischfabrik von immensen Ausmaßen, in der er als Erster Thunfisch nicht mehr in Salz, sondern in Öl konservierte. Die Tonnara Florio auf Favignia ist heute ein sehenswertes Beispiel der Industriearchäologie samt kleinem Museum.

Nach dem Tod seines Vaters übernahm Ignazio Florio jun. (1869–1957) traditionsgemäß das Familienunternehmen und konnte das Familienvermögen noch einmal verdoppeln. Damit besaß er genügend Mittel, um zusammen mit Ehefrau Franca als großzügiger Mäzen aufzutreten. Dabei unterstützten die Florios den Bau von Palermos Teatro Massimo, das am 16. Mai 1897 seine Türen öffnete und zu diesem Zeitpunkt nach der Pariser Oper Europas zweitgrößtes Theater war. Nach einem Brand wurde das Theater 1974 „vorübergehend“ geschlossen und erst 22 Jahre später wieder eröffnet.

Ignazios jüngerer Bruder Vincenzo Florio jun. (1883–1959) hatte zwei Leidenschaften: Luxusjachten und Automobile. Nachdem er selber Autorennen gefahren war, rief er 1906 die Targa Florio ins Leben, ein anspruchsvolles Sportwagenrennen, das seitdem zu Sizilien gehört. Nur ist die Targa Florio heute kein Wettrennen mehr, sondern eine beliebte Oldtimer-Rallye, die dieses Jahr vom 4. bis 7. Oktober Freunde alter Autos nach Palermo lockt.


Bild: Villa Zito

Impressionistisches Meisterwerk: Boldinis Porträt „Franca Florio“

1925 brach das Familienunternehmen zusammen. Nicht nur Möbel und Schmuck kamen unter den Hammer, auch Giovanni Boldinis berühmtes Porträt der Franca Florio wechselte den Besitzer. Als Erster erwarb es Baron Maurice de Rothschild 1927/28. Nach zwei Auktionen bei Christie's 1995 und Sotheby's 2005 hing das Gemälde ab 2006 im Grand Hotel Villa Igiea, der ehemaligen Residenz der Florios in Palermo, die später ein Luxushotel wurde.

Am 30. April des vergangenen Jahres wurde es erneut versteigert und für knapp 1,5 Million Euro vom Marquis Berlingieri erworben. Bis zum 20. Mai ist Donna Francas Porträt in der Villa Zito ausgestellt. Die auffallend lange Halskette auf dem Gemälde zählt 365 Perlen, eine für jeden Tag des Jahres. Sie soll ein Geschenk des Ehemanns gewesen sein als Entschuldigung für seine vielen geschäftlichen Aktivitäten.

Boldinis meisterhaftes Porträt hatte immer wieder Rätsel aufgegeben. Lange glaubte man, dass der Maler Franca Florio in verschiedenen Kleider-Versionen in drei Bildern porträtiert hatte. Jüngste Untersuchungen ergaben, dass es nur eine Leinwand gibt, die immer wieder übermalt wurde. Die erste Version entstand 1901, die zweite zwischen 1910 und 1918 und die jetzige ist auf 1924 datiert. *Helga Schnehagen*

„Franca Florio“ in der Villa Zito, Via della Libertà 52, Palermo. Höhepunkte im Jahresprogramm der Kulturhauptstadt: Manifesta 12, europäische Biennale für zeitgenössische Kunst, 16. Juni bis 4. November; Sonderausstellung Antonello da Messina (um 1430–1479), Palazzo Abatellis, Via Alloro 4, Palermo, ab Ende Oktober.

»Kleiner Prinz« wird 75 Jahre alt

Der große Erfolg von Antoine de Saint-Exupérys märchenhafter Erzählung „Der kleine Prinz“ war in den ersten Monaten nach dem Erscheinen des Buches vor 75 Jahren, am 6. April 1943, in New York zunächst nicht absehbar. Erst Jahre später wurde dessen universelle philosophische Botschaft verstanden. Es ist die tief empfundene Sehnsucht eines innerlich gereiften Menschen nach Frieden und Mitmenschlichkeit. „Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar“, diese Lebensweisheit wurde zum geflügelten Wort und das anrührende, vom Autor selbst illustrierte Werk zum Klassiker.

„Der kleine Prinz“ ist in 140 Sprachen übersetzt worden und zählt zu den 20 meistgelesenen Büchern aller Zeiten. Der Prinz ist eine unvoreingenommene, fast unschuldige Person. Den literarischen Typ würde man heute wohl als Heldenreise bezeichnen. Diese durchlebt der Prinz stellvertretend für den Ich-Erzähler, einen in der Wüste notgelandeten Flieger. Heldenreise steht in der Psychotherapie als Metapher für die Bereitschaft, all das aufzudecken, was uns selbst und im Allgemeinen wirklich wichtig ist. Erzählmuster dieser Art finden sich weltweit in uralten Mythen und spirituellen Konzepten.

Es schien, als habe Saint-Exupéry seinen baldigen Tod vorausgeahnt, da er so viel von sich selbst in sein letztes vollendetes Werk gelegt hat. Im Mai 1943 wurde er als Luftwaffenpilot in Algier eingesetzt. Vom Flughafen Borgo auf Korsika startete er am 31. Juli 1944 zu einem Aufklärungsflug, von dem er nicht zurückkehrte. Im Jahr 2000 wurde das Wrack seiner Maschine auf dem Grund des Mittelmeers bei Marseille geortet. 2004 wurde es gehoben und als das des Autors identifiziert. *D. Jestrzemski*

Fehlgeleiteter Märtyrer

ARD-Film über Konvertiten, der für den IS in den Krieg zieht

Es gibt eine Szene, in der die Brüder Jakob und David durch den Regen laufen, miteinander witzeln und sich kameradschaftlich balgen. Zwei auf gleichem Weg. Ein Trugbild. Denn wohin Jakob abdriftet, ist nicht abzusehen.

Der Film „Macht euch keine Sorgen“ (11. April um 20.15 Uhr, ARD) trifft mitten hinein in ein Land, das durch Hunderttausende von Immigranten aus dem arabischen Raum verstört ist, ein Land, das mit fanatischen Glaubenskriegern konfrontiert wird, und in dem viele junge Menschen dem Lockruf des Islamischen Staates erliegen. 940 Männer und Frauen sind bisher nach Syrien oder in den Irak ausgereist, um sich dem IS anzuschließen, so das Bundesamt für Verfassungsschutz in einer Meldung vom September 2017. Ein Drittel ist mittlerweile nach Deutschland zurückgekehrt, 145 sind im Kampfgebiet ums Leben gekommen.

Und Jakob Schenk, der zum Islam konvertiert ist, aber in einer christlichen Familie aufwächst? Die Eltern wähnen ihn im Urlaub in Spanien, als plötzlich Beamte des Landeskriminalamtes vor der Tür stehen und den Eltern eröffnen, der Schüler sei nach Syrien gereist, um sich dort zum IS-Kämpfer ausbilden zu lassen. Was nun folgt, ist die verzweifelte Suche nach dem verlorenen Sohn. Der Vater und Jakobs Bruder David reisen auf eigene Faust bis ins syrische Grenzgebiet, recherchieren, zahlen Bestechungsgelder. Wie durch ein Wunder stoßen sie tatsächlich auf den verloren Geglaubten und holen ihn zurück. Er habe Heimweh gehabt, beteuert Jakob, und wird von nun an doch ein Fremder bleiben.

Das Vertrauen, das eine Familie zusammenhalten soll, bröckelt, die Liebe auch. Wie ein Spaltpilz breitet sich Misstrauen aus, genährt von argwöhnischen Nachbarn, Lehrern und Kollegen. Das LKA behält den in sich gekehrten jungen Mann weiter im Visier. Ist Jakob nur zurückgekehrt, um als Schläfer einen Anschlag vorzubereiten? „Können wir in seinen Kopf sehen?“, fragt der Beamte den Vater und gibt sich gleich die Antwort: „Ich kann es nicht – und Sie auch nicht.“

Dass ein Jugendlicher dem Lockruf eines martialischen Männerbundes folgt, um dann geläutert in sein friedliches Umfeld zurückzukehren – kann das sein? Langsam und unaufgeregt führt der Film in ein Spannungsfeld, in dem zwei Welten aufeinanderprallen – die wohlbehütete, gut bekannte. Und die andere. Wie Jörg Schüttauf den Vater spielt, der zwischen Hilflosigkeit und Sorge schwankt, wie Ulrike C. Tscharre als Mutter den fremd gewordenen Sohn halten will und still an seinem Bett sitzt so wie früher, als er klein war – das beeindruckt. Der liebevoll gedeckte Geburtstagstisch mit den brennenden Kerzen für den Bruder David, der von Jakob ignoriert wird – ein Symbol dafür, dass nichts mehr zählt, wenn erst das Gift der Verblendung wirkt. Ein Film, der die Verwerfungen im Deutschland von 2018 aufgreift. Ein wichtiger Film. *Anne Martin*


Bild: WDR/zeroonefilm/Michael Kotschi

Ein Selfie zum Abschied: Falk (Tilman Pörzgen) und Jakob (Leonard Carow, r.) ziehen als IS-Kämpfer in den Dschihad

Schweige-Queens

Stummheit siegt – Der Film »A Quiet Place«

Das Horrorgenre hat eine ganz besondere Gattung Schauspieler hervorgebracht: Die „Schreikönigin“. Als „Scream Queen“ wurde etwa Jamie Lee Curtis 1978 in „Halloween – Die Nacht des Grauens“ auf einen Schlag berühmt, als sie vor Todesangst mit ihrem Hohen C die Trommelfelle der Zuschauer strapazierte. Später machte der Film „Scream – Schrei!“ das akustische Entsetzen zum Programm.


Bild: 2018 Paramount Pictures

Psst, die Aliens kommen: Evelyn (E. Blunt) mahnt zur Stille

Jetzt kommt mit „A Quiet Place“, zu Deutsch: ein stiller Ort, am 12. April ein Horrorthriller in unsere Kinos, der auf das genaue Gegenteil setzt: Schweigen. Die Ausgangslage hier ist, dass blinde, dafür aber höchst geräuschempfindliche Alien-Monster die Erde erobert haben und nun Jagd auf die restlichen verbliebenen Erdenbewohner machen. Um nicht aufzufallen, verhält sich eine im Mittleren Westen lebende Farmerfamilie äußerst geräuscharm. Die Bedrohung durch die Ungeheuer wirkt durch die Stille umso intensiver.

Wer dialoglastige Filme unerträglich findet, kann beruhigt sein: Hier wird nicht viel geredet. Im gesamten Film fallen gerade einmal vier oder fünf Sätze. Wäre nicht das Rauschen eines Wasserfalls oder der Krach eines Feuerwerks, könnte man den Streifen als Stummfilm bezeichnen. Regisseur und Hauptdarsteller John Krasinski hat seinen Film auch als Reminiszenz an die Stummfilmzeit gedreht. Mit ruhiger Kamera gedreht, verstößt er gegen ein weiteres Prinzip neuerer Horror- und Psychothriller, welche seit Filmen wie „The Blair Witch Project“ die Flucht vor dem unvermeidlichen Übel mit den wackeligen Bildern von Handkameras dokumentieren.

Krasinskis Ästhetik des Horrors funktioniert tatsächlich, auch weil sie logische Mängel überdeckt. Keiner fragt danach, warum die Monster zwar kleinste Geräusche aus weiter Ferne hören, Herz- oder Atemtöne in nächster Nähe dagegen nicht. Wer Subtexte mag, kann in der Invasion des Fremden auch einen Kommentar zur Einwanderungspolitik und in der Dominanz zweier „Quiet Queens“ die Frauenquote bestätigt sehen. Am Ende sind es die Mutter (Krasinskis Ehefrau Emily Blunt) und deren gehörlose Tochter, welche die Aliens überlisten. *H. Tews*

MELDUNGEN

Wolfskinder in Thüringen

Erfurt – Anlässlich des 100. Jahrestags der Unabhängigkeit Litauens ist im Thüringer Landtag vom 12. April bis 20. Mai die Ausstellung „Wolfskinder: Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945–1948“ zu sehen. Neben originalen Textdokumenten enthält die Schau auch – auf Deutsch untertitelte – gefilmte Zeitzeugenberichte. Der Landtag hat über einen Freundeskreis eine intensive Beziehung zu Litauen. *tws*

Literaturtage an der Neiße

Görlitz – Den unterschiedlichen Facetten von Grenzen und Grenzräumen widmen sich die Literaturtage an der Neiße, die vom 11. bis 15. April in Görlitz und dem jenseits der Neiße liegenden ehemaligen Ostteil der Stadt stattfinden. Offiziell eröffnet werden die unter dem englischen Motto „Crossing Borderlands“ laufenden Literaturtage am 12. April in der Görlitzer Synagoge mit einer Podiumsdiskussion zur Frage „Wie viele Grenzen verträgt Europa?“, an der auch Willy Brandts Redenschreiber Uwe-Karsten Heye teilnimmt. Den Abschluss bildet eine Filmpremiere über den Görlitzer Mystiker Jakob Böhme. Das vollständige Programm und Karten im Internet unter: www.literaturtage.eu *tws*

Ausstellung für eine preußische Eigenschaft

Das Deutsche Historische Museum zeigt bis zum 26. August »Sparen – Geschichte einer deutschen Tugend«

Sparen, so scheint es, versteht sich in Deutschland von selbst. Die Bürger, der Staat ebenso wie die Unternehmen sparen in Deutschland in einem großen Umfang und nahezu unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen. Erstmals ist dieses Phänomen nun Gegenstand einer Ausstellung. Unter dem Titel „Sparen – Geschichte einer deutschen Tugend“ geht das Deutsche Historische Museum den Wurzeln dieser Sparneigung nach.

Vor einem Jahrzehnt, auf dem Höhepunkt der Bankenkrise, ließ Kanzlerin Angela Merkel zusammen mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück vor laufenden Kameras die Bürger wissen: „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind.“ Dahinter stand der Versuch, eine Panik unter den Sparern zu verhindern. Vor einem Jahrhundert, am Ende des Ersten Weltkrieges und ein halbes Jahrzehnt vor der Einführung der Rentenmark, vermittelte ein Sparkassen-Plakat genau die gleiche Botschaft: „Sparer, seid beruhigt.“ Gleich am Eingang des Ausstellungsraumes wird man auf diese Dopplung in der Geschichte hingewiesen.

Das Bedürfnis der Deutschen, sich mithilfe von Ersparnissen vor Krisen zu beschützen, ist bereits Hunderte Jahre alt. „Spare in der Zeit, so hast du in der Not!“ – unzählige Generationen deutscher Kinder sind mit dieser erzieherischen Mahnung aufgewachsen. Sparsamkeit versteht sich in Deutschland fast von selbst, sowohl auf öffentlicher als auch auf privater Ebene. Die Schau in Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse, die am 15. Juni 1818 vom Magistrat von Berlin als erste Sparkasse Preußens und als eine der ersten Sparkassen in Deutschland errichtet wurde, versucht mit einem Exkurs in die Geschichte des Sparens der Frage nachzugehen, wie es kam, dass die deutsche Bevölkerung sich trotz Krieg, Inflation und Bankenkrisen nie vom Sparverhalten abhalten ließ.

Es beginnt in einer Art Zeittunnel. Zu Füßen der Besucher befindet sich in einem beleuchteten Hohlraum ein Münzfund, der die Blicke magisch anzieht. Robert Muschalla, Kurator der Ausstellung erklärt, dass man vor der Erfindung von Sparinstitutionen sein Kleinvermögen in unruhigen Zeiten lieber vergraben hat. So ist es häufig geschehen, und das nicht nur während des Dreißigjährigen Krieges. Auch der ausgestellte Schatz teilte dieses Schicksal. Sein Besitzer ist womöglich in den Wirren des Krieges ums Leben gekommen und konnte seine Ersparnisse nicht mehr nutzen.



... 1967–1914, 1914–1918, 1918–1933, 1933–1945 ...: In chronologischer Reihenfolge durchwandert der Besucher die Jahrhunderte

Bild: DHM/Siesing

Über weite Teile werden dem Besucher in Schaukästen verschiedene Sparbehältnisse vorgestellt. Das älteste stammt aus dem Römischen Reich, ein einfaches Tongefäß mit Schlitz. In allen Formen und Größen sind Spardosen zu bewundern. Büchsen und Kästen mit Sprüchen und Bildmotiven oder in Form einer Fliegerbombe aus dem Ersten Weltkrieg und aus Blech. Interessant der mannshohe Schulsparautomat von 1925, der bis in die 1960er Jahre hinein in Deutschland in den Schulen aufgestellt wurde. Wer emsig spart und fleißig wie die Bienen ist, werde keine Not leiden müssen, das sollten schon die Kleinsten verinnerlichen.

Über Jahrhunderte wurde den Deutschen, so der Wirtschaftshistoriker Robert Muschalla, Sparen als ideelle Tugend und sittlich überhöhte Eigenschaft beigebracht. In chronologischer Reihenfolge durchwandert der Besucher die Jahrhunderte. Generell sei es schwierig das Thema „Sparen“ in einer Ausstellung darzustellen, weil es sich um einen abstrakten Vorgang handele, lässt der Kurator wissen. So habe man die gezeigten Objekte jeweils in den historischen und kulturellen Kontext gesetzt. Sichtbare Belege für das Sparen sind zum Beispiel Sparbücher, die reichlich zu sehen sind. Aber auch erstmals ausgestellte Dokumente der Sparkassen als Institution sind ausgestellt sowie Werbung für Kriegsanleihen, ein Transportwagen für Geld der Inflationszeit und ein Modell des Kdf-Wagens der NS-Zeit, aus dem später der Volkswagen hervorging. Ein Kdf-Wagen-Brettspiel, ebenfalls hier ausgestellt, sollte zum Ansparen auf den Wagen animieren. Neben einem Modell des Kreuzfahrtschiffes „Wilhelm Gustloff“ prangt ein in Grün gehaltenes Plakat. „Kraft durch Freude. Freude durch Reisen. Reisen durch Sparen“, ist darauf zu lesen. Klare und unmissverständliche Botschaften. In kleinen Kabinetten sind passend zum jeweiligen Zeitabschnitt Dokumente, Bilder oder bemalte Schmuckkästchen mit schweren Schlüsseln aus Eisen zu bewundern.

In der Geschichte des Sparens stand lange die Vorsorge für schlechte Zeiten an erster Stelle. So organisierten sich Bergleute bereits in der frühen Neuzeit in Knappschaften, um durch regelmäßige Abgaben gemeinschaftlich Rücklagen anzusparen für den Fall, dass einer durch Unfall in eine Notlage kam.

Die erste deutsche Sparkasse wurde 1778 in Hamburg gegründet. Eigenverantwortliche Vorsorge sollte nun die Grundlage bilden, für den Notfall vorzusorgen. Den Weg dazu ebnete die Erziehung zur Sparsamkeit, zu Fleiß, zur Entsagung des Müßiggangs und zu harter Arbeit. Nach und nach entstanden in vielen Städten Spareinrichtungen. Schnell erkannten viele deutsche Kommunen, dass Sparkassen einen hohen Nutzen haben in Bezug auf Armenfürsorge und Finanzierung öffentlicher Ausgaben. Und wer materielle Werte zu verlieren hat, ist weniger anfällig für revolutionäre Ideen.

Die Ausstellung im Deutschen Historischen Museum konfrontiert den Besucher mit einer Vielzahl an Plakaten. „Bienenfleiß und Sparsamkeit helfen dir zu jeder Zeit“, ist dort zu lesen oder: „Wer sät – erntet.“ In einem Nebenraum der Schau wird der Besucher eingeladen, sich Werbefilme zum Thema Sparen anzuschauen. Sie laufen in Endlosschleife und laden mit ihren bunten Bildern wie eingängigen Texten zum Verweilen ein.

Lobenswert ist, dass die Ausstellungsmacher sehr vielen Menschen Zugang zum Thema ermöglichen wollten. An sieben Kommunikations-Stationen ist Sehen, Hören, Tasten und Begreifen erwünscht. Sehbehinderte können durch Braille-Schrift der Schau folgen. Ebenso gibt es Beschriftungen in leichter Sprache.

Silvia Friedrich

Zur Ausstellung ist das Buch „Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend“ erschienen. Das 400 Seiten mit 200 Farbabbildungen starke und für 34,95 Euro im Laden zu erstehende Werk ist jedoch kein Ausstellungsbegleitband, sondern eine Sammlung verschiedener Essays zum Thema. Nähere Informationen zu der Ausstellung sind erhältlich beim Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin, Telefon (030) 203040, E-Mail: info@dhm.de

»Monument-Pferde« für den Kaiser

Wilhelm II. brauchte wegen seiner Behinderung besondere Rösser, und Otto Lörke bildete sie heran

Als wenn der kleine Prinz es geahnt hätte, dass sein Leben kein Zuckerschlekken werden würde, und er deswegen an diesem 27. Januar 1859 in Berlin nicht auf die Welt hätte kommen wollen: Der spätere dritte Deutsche Kaiser lag falsch herum in seiner Mutter, musste erst gedreht und dann mit einiger Gewalt ins Leben gezerrt werden. Dabei wurde sein rechter Arm erheblich geschädigt.

Das wäre bei jedem Kind schlimm gewesen. Beim Prinzen Wilhelm von Preußen, dem ersten Enkel von Kaiser Wilhelm I. und der Queen Victoria von England, war es mehr. Wie sollte der behinderte Junge einmal als Deutscher Kaiser, König von Preußen und oberster Feldherr eine Armee vom Sattel aus führen? Wie sollte er dem damaligen Ideal eines Führers und Offiziersideal gerecht werden?

Die Mutter, die erst 19 Jahre alte britische Princess Royal und preußische Kronprinzessin Victoria, war am Boden zerstört. Sie fremdelte in Berlin und wurde wegen ihres Herkommens aus dem liberalen Großbritannien nicht nur von Otto von Bismarck beargwöhnt; der Vater, der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm, fühlte sich rundum hilflos. Den zuständigen Ärzten fiel zwar eine Menge ein, aber nichts, was dem Kind geholfen hätte. Stattdessen war manche der Kuren vielmehr geeignet, den kleinen Kerl noch mehr zu traumatisieren. Doch damit nicht genug. Als Siebenjähriger erhielt der sensible Junge den ebenso strengen wie freudlosen Calvinisten Georg Ernst Hinzpeter zum Erzieher. Dabei musste Victoria doch wissen, wie sehr ihr Bruder Bertie unter seinen hartherzigen Lehrern und dem Leistungsdruck gelitten hatte.

Zum Alptraum gedieh beim preußischen Prinzen der Reitunterricht. Heutzutage wird Reiten in der Therapie behinderter Kinder eingesetzt. Es kann Spastiken lösen und für Entspannung sorgen, es verbessert das Gleichgewicht und gibt den Kindern Selbstbewusstsein. Doch dazu muss man sensibel mit Ross und Reiter umgehen – und sensibel waren Hinzpeter und die von ihm ausgesuchten Reitlehrer eher weniger. Sie hielten es eher mit den Worten: Was uns nicht tötet, macht uns hart. Gelobt sei, was hart macht. Dabei verschwendete sie anscheinend keinen Gedanken daran, dass Wilhelm als Reitschüler von Anfang an im Nachteil war.

Wilhelm konnte sich nur schwer auf dem Pferderücken ausbalancieren. Die Verletzung seines Armes wirkte sich auch auf seinen Gleichgewichtssinn aus. Obendrein hatte er Angst und verkrampfte sich im Sattel. Man möchte gar nicht darüber nachdenken, wie oft der kleine Prinz vom Pferd fiel. Von Hinzpeter hatte er weder Trost noch Mitleid zu erwarten. Der kommandierte den Kleinen ungerührt wieder in den Sattel. Wilhelm lernte zwar, sich im Sattel zu halten, aber ein guter Reiter konnte er naturbedingt nicht werden.

Dementsprechend waren seine Stallmeister nicht um ihre Aufgabe zu beneiden. Sie mussten dafür sorgen, dass die Pferde, mit denen sie den Kaiser ins Manöver oder zur Parade schickten, die Gelassenheit eines buddhistischen Wandermönches mitbrachten – am besten kombiniert mit der Gutmütigkeit eines italienischen Großvaters gegenüber seinen Enkeln. Schmerz mussten sie klaglos wegstecken. Der Kaiser ließ nämlich seine Pferde mit teilweise abenteuerlichen, aber auf jeden Fall sehr scharfen Gebissen zäumen. Die führte er gezwungenermaßen nur mit der nicht wirklich feinfühligen linken Hand. So musste das Pferd es aushalten, dass sein Reiter öfter mal hart am Zügel zog. Ebenso durfte sich der Vierbeiner nicht von der Nervosität des Kaisers anstecken lassen.

Andererseits sollten die kaiserlichen Pferde aber fleißig marschieren und gut aussehen. Damals gab es nämlich im Publikum eine ganze Menge Leute, die genug von Pferden verstanden, dass sie gemerkt hätten, wenn der Kaiser auf einem kurz vor der Pensionierung stehenden, an Großstadtverkehr gewöhnten Wagenpferd angetreten wäre.



Hoch zu Ross: Kaiser Wilhelm II.

Bild: Imago

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderung wurden bei Wilhelm II. nicht nur die Pferde, sondern auch die Stallmeister öfter ausgewechselt – bis um die Jahrhundertwende herum Otto Lörke zum Einsatz kam. Der 1879 in Preußen geborene Sohn eines Offiziers verfiel der Dressurreiterei, was damals recht extravagant war. Er war in dieser Disziplin derart gut, dass er schon als relativ junger preußischer Gardeulanen-Leutnant seinen Vorgesetzten auffiel, die ihn dann an den Hof weiterempfahlen, wo er schon bald Stall- und Sattelmeister des Kaisers wurde. Seine Spezialität war die Heranbildung sogenannter Monument-Pferde, die bei der Parade unter dem Kaiser standen wie ein Monument, nicht einmal mit den Ohren zuckten, wenn Kanonen schossen oder die Militärkapellen mit klingendem Spiel aufzogen – aber sich dennoch mit Schwung bewegten.

Lörke überstand den Ersten Weltkrieg und die Abdankung seines Kaisers. Nach dem Krieg eröffnete er in Berlin einen eigenen Dressurstall, bevor er 1934 als Lehrer an die Kavallerieschule Hannover ging. Auch da bewährte er sich. Bei den Olympischen Sommerspielen im eigenen Land 1936 gewann die deutsche Mannschaft in der Dressur Gold mit dem braune Absinth und den Trakehnern Gimpel und Kronos. Und alle drei Pferde wurden von Lörke ausgebildet. Im Einzel gewann Heinz Pollay auf Kronos Gold und Friedrich Gerhard auf Absinth Silber.

Lörke überlebte auch den Zweiten Weltkrieg und konnte auch diesmal seinen Beruf, der bei ihm Berufung war, erfolgreich fortsetzen. Die Olympischen Sommerspiele 1956 in Stockholm, bei denen die deutsche Mannschaft in der Dressur immerhin nach den Gastgebern Zweiter wurde und Liselott Linsenhoff auf Adular die Bronzemedaille gewann, erlebte er noch. Im darauffolgenden Jahr starb er.

Sein Einfluss hat den deutschen Dressursport sehr geprägt und ist bis heute erhalten. Die amtierende Bundestrainerin Monica Theodorescu ist eine Schülerin ihres Vaters George, der wiederum Lörke-Schüler war. Nach wie vor trägt die jährlich an den Reiter, Ausbilder und Besitzer desjenigen, höchstens zehn Jahre alten Dressurpferdes, das dem Dressurausschuss durch besonders herausragende Erfolge in Grand-Prix-Prüfungen in Deutschland aufgefallen ist, verliehene Auszeichnung mit „Otto-Lörke-Preis“ seinen Namen.

Wilhelm II. unterdessen musste 1918 abdanken und Deutschland verlassen. Sein Marstall blieb zurück und im Exil in Huis Doorn in der Nähe von Utrecht in Holland stieg er nicht mehr aufs Pferd. Dafür aber saß er nach wie vor im Sattel. Ein solcher, auf einem Gestell angebracht, stand als Sitzgelegenheit vor seinem Schreibtisch.

Sibylle Luise Binder

Katyn – das Massaker und die Lüge

Eine »Verschwörung des Schweigens« – Die Verbündeten deckten Josef Stalins Massenmord lange

In der an Verlogenheit, Niedertracht und Brutalität reichen Geschichte des Zweiten Weltkrieges nimmt Katyn einen besonderen Platz ein. Katyn steht für Josef Stalins Absicht, die Elite Polens durch ein Massaker auszulöschen. Und für Geschichtsfälschung, Jahrzehnte über den Krieg hinaus. Daran waren nicht allein die Sowjets beteiligt. Vor 75 Jahren, am 11. April 1943, gab Berlin die Entdeckung der Massengräber von Katyn bekannt. Sie waren von der Wehrmacht bereits im Sommer 1942 geöffnet worden.

Bei dem Dorf Katyn nahe Smolensk erschoss das sowjetische Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD) 1940 zwischen April und Mai 4400 Polen, in der Mehrzahl Offiziere. Sie waren in Gefangenschaft geraten, nachdem die Rote Armee im September 1939 ohne Kriegserklärung im Osten Polens einmarschiert war. Nahezu 240000 polnische Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Die Offiziere wurden, von den Mannschaften getrennt, in drei Sonderlager gesperrt. Im Dezember verhafteten die Sowjets zudem 15000 polnische Reserveoffiziere. Sie, Polizisten und zahlreiche Intellektuelle galten als suspekt. Lawrenti Berija, Chef des NKWD, hatte in den Lagern Spitzel angeworben. Aus deren Berichten erfuhr er, was er erwartete, nämlich dass die Offiziere ein Sicherheitsrisiko seien. Die Polen seien „allesamt eingefleischte, unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht“. Berija schlug dem Politbüro vor: „Tod durch Erschießen“, ohne Anklage. Stalin und führende Mitglieder des Politbüros zeichneten den Befehl zum Massenmord ab. 22000 bis 25000 Polen fielen ihm zum Opfer. Mindestens an fünf Orten mordeten die Erschießungskommandos.

Mit dem Namen „Katyn“ verbinden Polen heute sämtliche Massaker. Güterzüge brachten die Gefangenen an den Ort der Hinrichtung, auch auf ein Erholungsgelände des NKWD bei Katyn. Dort hatten Bagger Gruben ausgehoben. Mit einem Pistolenschuss in den Hinterkopf wurden die Gefangenen hingerichtet. Nach sechs Wochen, im Juni 1940, endete das Morden, die Lager der Offiziere waren geleert. Die Mörder erhielten eine Geldprämie, sie feierten mit einem großen Besäufnis. In den leeren Lagern verbrannte man die Personalakten der ehemaligen Gefangenen.

1941 drang die Wehrmacht in das Gebiet von Katyn vor. Bewohner berichteten von Erschießungen, man fand von Wölfen ausgegrabene Menschenknochen. Soldaten entdeckten mehrere hundert Leichen in polnischen Uniformen. Die Untersuchung leitete Oberstleutnant Rudolf-Christoph von Gersdorff, der dem militärischen Widerstand angehörte. Im März 1943 scheiterte Gersdorff bei dem Versuch, Adolf Hitler durch ein Selbstmordattentat zu töten. Er blieb unentdeckt und setzte seine Arbeit in Katyn fort. Nachdem durch Briefe, Fotos und Uniformteile Sicherheit bestand, dass es sich bei den Toten um die seit 1940 vermissten polnischen Soldaten handelte, versuchte Propagandaminister Joseph Goebbels, den Fund zu nutzen. Er beorderte Gerichtsmediziner, Journalisten und Schriftsteller verschiedener Nationen sowie US-amerikanische und britische Kriegsgefangene nach Katyn. Mit der Aufdeckung des Massakers wollte er einen Keil zwischen die Kriegsgegner Deutschlands treiben. Das gelang nicht. Stalin behauptete, die Toten seien Opfer der Wehrmacht.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt glaubte seinem Verbündeten in Moskau, den er „Uncle Joe“ nannte, nur allzu gerne. Dabei war das Weiße Haus spätestens seit 1942 sehr wohl informiert über das Verschwinden polnischer Offiziere. In den USA war das kein Thema. Wenn es doch einmal erwähnt wurde, dann wurde auf „sehr zweifelhafte“ Angaben der Deutschen verwiesen. Die Vermutung einer deutschen Täterschaft wurde zur loyalen Pflicht der US-Bürger erklärt.

Ähnlich war die Reaktion in Großbritannien. Der Regierung Churchill lag ein Bericht vor, nach dem es keinen Zweifel geben konnte, dass die Sowjets die Täter von Katyn waren. Dennoch bemühte sich die Regierung, das Thema nicht hochkommen zu lassen. Winston Churchill schrieb an Stalin, er werde verhindern, dass die polnische Exilpresse antisowjetische Polemik betreibe. Er halte es für sinnlos, „sich um drei Jahre alte Gräber zu scharen“.

Nachdem die Rote Armee das Gebiet um Smolensk zurückerobert hatte, legten die Sowjets einen Bericht vor, in dem abermals die Wehrmacht der Täterschaft bezichtigt wurde. In London wurde der polnischen Exilregierung geraten, das Thema zu verschweigen.

Nach dem Ende des Krieges wurden in westliche Zeitungen Berichte lanciert, die behaupteten, es gebe Zeugen für den Massenmord der Deutschen. Zeitungen in der sowjetisch besetzten Zone berichteten über die „ungeheuerliche Bluttat der Faschisten im Wald von Katyn“. Die Sowjets setzten Katyn in die Anklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen. Zwar äußerten die westlichen Ankläger Bedenken, ließen aber die Klage zu. Be- und Entlastungszeugen machten widersprüchliche Aussagen, eine Schuld war nicht nachzuweisen. Der Versuch der Sowjets, die Geschichtsfälschung international abzusichern, scheiterte. In Nürnberg wurde nicht über Katyn geurteilt.

Bereits 1945 erschien in den USA ein Buch, dessen Autor Zweifel an der sowjetischen Version anmeldete, seine Ansicht wurde als abwegig abgetan. Das Thema kam wieder hoch, als 1949 in einem Zeitungsbericht den Behörden eine „Verschwörung des Schweigens“ zu Katyn vorgeworfen wurde. Schließlich setzte das US-Repräsentantenhaus 1951 eine Kommission ein, die aufklären sollte, was Präsident Roosevelt von den Massakern von Katyn wusste. Die nach ihrem Vorsitzenden Ray J. Madden benannte Kommission kam zu dem Schluss, dass das Weiße Haus wusste, dass das Massaker vom sowjetischen Geheimdienst verübt worden war.

In Polen überdauerte die Version der deutschen Schuld bis zum Ende des kommunistischen Regimes. Ebenso in der DDR. Erst 1990 erklärte Michail Gorbatschow, „der Stalinismus sei Urheber der Tragödie“ gewesen. Die Akten blieben allerdings unter Verschluss, bis Boris Jelzin die Herausgabe erzwang. Sie wurden gegen Protest der Kommunistischen Partei und des Militärs veröffentlicht und 1992 dem polnischen Präsidenten Lech Walesa übergeben. *Klaus J. Groth*



Im Walde von Katyn: Ein deutscher Offizier präsentiert einer Delegation europäischer Dichter und Schriftsteller Dokumente, die bei den sterblichen Überresten der Massakeropfer vorgefunden wurden Bild: pa

Warum so viele Imperien untergegangen sind

Die Eurokraten könnten aus typischen Fehlern untergegangener Großreiche manches lernen

Durch die sogenannte neolithische Revolution kam es am Ende der Jungsteinzeit zum Übergang zur Sesshaftigkeit und planvoll produzierenden Wirtschaftsformen. Dies ermöglichte die Akkumulation von Reichtum sowie die Entstehung von Stadtstaaten. Einer davon expandierte unter Sargon von Akkad (um 2300 v. Chr.) zum ersten quellenmäßig fassbaren ausgedehnten Flächenstaat der Geschichte, der über mehrere Generationen Bestand hatte. Insofern gilt das Königreich Akkad als Urtyp aller späteren Imperien von der Bronzezeit bis zur Gegenwart, als da beispielsweise wären die verschiedenen Großreiche der Babylonier und Assyrer, das Ägypten der Pharaonen sowie das persische Achämeniden-Reich, Urartu und das Großreich der Hethiter in Kleinasien, das von Alexander dem Großen geschaffene Imperium sowie die nachfolgenden hellenistischen Diadochen-Reiche, das Imperium Romanum und das Oströmische beziehungsweise Byzantinische Reich, die Reiche der Parther und Sasaniden im Iran, Mesopotamien und Zentralasien, die Imperien der verschiedenen Kaiserdynastien in China, der Maurya-Staat und das Reich der Großmoguln in Indien, die arabisch-islamischen Großreiche vom Atlantik bis zum Indischen Ozean, das von Dschingis Khan begründete Mongolische Reich, der aztekische Dreibund in Mexiko und das Reich der Osmanen, die Kolonialimperien der verschiedenen europäischen Mächte – wie das britische Empire – sowie das Reich der Zaren beziehungsweise die nachfolgende Sowjetunion.

Allen diesen Imperien war dabei gemeinsam, dass sie sämtlich über kurz oder lang kollabierten. So hörte das Reich von Akkad nach nur anderthalb Jahrhunderten auf zu existieren. Bei anderen ging der Verfall noch schneller, während das Byzantinische Reich ausnahmsweise das mythische Alter von 1000 Jahren erreichte. Bei der Suche nach Gründen für den Zusammenbruch früherer Imperien stießen Historiker auf eine Unzahl relevanter Faktoren. Im Falle des Imperium Romanum beziehungsweise Weströmischen Reiches waren das über 200, von der Ausrottung der Eliten bis zum übersteigerten Zentralismus. Bei genauerem Hinsehen finden sich darunter kontinuierlich wiederkehrende Muster.

> In »Aufstieg und Fall der großen Mächte« wies Paul Kennedy auf das Problem einer »imperialen Überdehnung« hin

Ein häufiges Problem war die überlange Regierungszeit einzelner Herrscher, die zur Stagnation und dem Einschlafen jedweden internen Wettbewerbs führte. Ebenso schädliche Folgen zeitigten Dekadenz und Werteverfall in Kombination mit großem Wohlstand sowie Heterogenität in ethnischer, kultureller und religiöser Hinsicht. Gerade letztere sorgte immer wieder für separatistische und zentrifugale Tendenzen, die zur Peripherie der Reiche hin zunahmen. Als weitere schwächende Elemente erwiesen sich innere Krisen, ökonomische Rückschläge und die Entfremdung zwischen dem arbeitenden Volk und der herrschenden Kaste. Dazu kam in den meisten Fällen die gewollte oder ungewollte Einwanderung von Fremdvölkern, welche die Reiche entweder durch ihr parasitäres Verhalten bis zum Ruin aussaugten oder selbst an die Macht drängten. Außerdem sorgte auch Druck von außen für fatale Entwicklungen. Viele Imperien zerfielen unter dem Ansturm konkurrierender Mächte, wobei das Vordringen der Osmanen und Araber besonders nachhaltige Wirkung entfaltete. Und dann war da noch ein Phänomen, das der britische Historiker und Politikwissenschaftler Paul Kennedy in seinem 1987 erschienenen Sachbuch „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ erstmals explizit als „imperiale Überdehnung“ (imperial overstretch) bezeichnete, sprich eine derart starke Expansion von Großreichen, dass sie schließlich nicht mehr über die nötigen materiellen und personellen Ressourcen verfügen, um die von ihnen beanspruchten oder zumindest als Einflussgebiet betrachteten Territorien zu kontrollieren.

Die Gefahr einer imperialen Überdehnung droht neben den Vereinigten Staaten von Amerika vor allem auch der Europäischen Union. Obwohl die EU sich bereits mit ihrer Süd- und Osterweiterung übernommen hat, richtet sie begierige Blicke in Richtung Ukraine, Weißrussland, Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan sowie nach Nordafrika – von dem ebenfalls gehegten Wunsch nach Einbindung der Türkei ganz zu schweigen.

Darüber hinaus wankt das Projekt Europa aber noch aus anderen Gründen. Der Zustrom von Einwanderern aus der islamischen Welt spaltet die Regierungen und Völker Europas in Befürworter und Gegner, was wiederum Auflösungstendenzen fördert. Zugleich sorgen die Immigranten für eine finanzielle Überlastung, aus der eine Abnahme der Verteidigungsfähigkeit resultiert. Das kann vor allem dann gravierende Folgen haben, wenn militärische Konflikte an der Peripherie entbrennen.

> In den meisten Fällen ging dem Untergang die gewollte oder ungewollte Einwanderung von Fremdvölkern voraus

In früheren Reichen haben sich in vergleichbaren Situationen häufig Heerführer mit Immigrationshintergrund gegen die Zentrale gewandt und dort die Macht übernommen, statt gemäß ihrem Auftrag das Reich zu verteidigen. Solche Usurpatoren obsiegten besonders oft, wenn die Bevölkerung in den Kernteilen des Imperiums degeneriert und daher zu keiner wirksamen Gegenwehr mehr in der Lage war. Manchmal zerfielen Reiche auch, weil es in deren ausgeplünderten Zentralen nichts Attraktives mehr zu holen gab, so dass die fremdvölkisch dominierten Schutztruppen gleichsam wie Heuschrecken weiterzogen.

Offensichtlich sind diese historischen Vorgänge den vermeintlichen Visionären in Brüssel unbekannt. Anders ist es kaum zu erklären, dass sie ihre großeuropäischen Ziele weiterverfolgen, Ziele, die auf direktem Wege in den Abgrund führen können, wie die Beispiele aus der Vergangenheit zeigen. Und das betrifft keineswegs nur die EU als Ganzes, sondern ebenso deren Teile, darunter auch die Bundesrepublik. Wenn es zu einem Zerfall der EU infolge imperialer Überdehnung käme, dürften die einzelnen Nationalstaaten kaum in der Lage sein, sich zu konsolidieren und dort weiterzumachen, wo sie vor dem EU-Abenteuer standen. Auch das zeigt die Geschichte in voller Deutlichkeit: Der nach dem Zusammenbruch eines Imperiums verbliebene Rest erhielt nur selten die Chance, unbehelligt und autonom fortzuexistieren. Meist schnappten sich Nachfolgereiche die leichte Beute. *Wolfgang Kaufmann*

Moment der Woche



Fotos: www.plagiarius.com

Der Mensch habe dreierlei Wege, klug zu handeln, befand der chinesische Philosoph Konfuzius: Klugheit durch Nachdenken sei der edelste, durch Nachahmen der einfachste, durch Erfahrung der bitterste. Konfuzius Nachfahren haben sich für den einfachsten Weg entschieden. China ist das Land der Produkt- und Markenpiraterie. Zahllos wie Reiskörner sind die Plagiate, mit denen das Land den Weltmarkt überschwemmt. Betroffen sind, laut einer Umfrage des hiesigen Maschinenbau-Verbandes VDMA, zum Beispiel 70 Prozent aller deutschen Technologie-Unternehmen. Original und fernöstliche Fälschung zeigen auch die beiden Bilder: Ursprünglich hat der mittelständische deutsche Hersteller Puky das lustige Gefährt für Kleinkinder designt und auf den Markt gebracht (kleines Foto). Das Unternehmen aus Wülfrath hat sich unter anderem auf Kinderfahrräder, Laufräder, Go-Carts und Schiebedreiräder spezialisiert. Es ist bekannt für seine Qualität und für seine soziale Unternehmenspolitik. Puky-Produkte werden vielfach in Behinderten-Werkstätten hergestellt.

China ist das Land der Produktpiraterie

Das dürfte beim dreisten Plagiat kaum der Fall sein (großes Foto). Die Firma Xingtai Kurbao aus Hebei in der Volksrepublik China hat es hergestellt. „Design und Technik wurden eins zu eins vom Original übernommen. Die billigen Materialien und die schlechte



Verarbeitung spiegeln die minderwertige Qualität wider“, urteilte die neunköpfige Experten-Jury vom Negativ-Preis Plagiarius. Die „Auszeichnung“ wird jedes Jahr auf der Frankfurter Konsumgütermesse Ambiente an besonders dreiste Produktfälschungen verliehen. Neben dem „Puky-Racer“ waren dies 2018 ein Küchen-Schneidegerät und ein aufblasbarer Wasserspielplatz für Kinder. Beide Nachahmungen stammten ebenfalls aus China. *FH*

Warum ich demonstriert habe

Ein Kommentar von Uta Ogilvie

Für mich reiht Angela Merkel als Kanzlerin Fehler an Fehler. Ich möchte mich hier auf ihre vier größten Fehlentscheidungen konzentrieren: Da ist erstens der Umgang mit der Eurokrise. Bei Licht betrachtet begann sie zwar gleich mit der Einführung 2002. Offizieller Beginn ist aber das Jahr 2010. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, lautet ein Zitat von Angela Merkel aus dieser Zeit. Dieses Drohszenario nahm sie dann als Begründung für die Einführung des Euro-Rettungsschirms. Aber natürlich scheitert Europa nicht, wenn der Euro scheitert. Es ist vom Gegenteil auszugehen – in meinen Augen ist der Euro eine echte Gefahr für den innereuropäischen Zusammenhalt.

2011 folgte die Energiewende und damit Fehlentscheidung Nummer zwei. Denn ohne Energiespeicher ist eine Energiewende, die vor allem auf Wind und Sonne beruht, nicht möglich. Bei bedecktem Himmel oder bei Windstille bleibt der Strom aus. Eine praktikable Technik, ihn bei ertragreichen Wetterlagen zu speichern, gibt es nicht, ebenso wenig Anzeichen dafür, dass bald eine erfunden wird. Also ist eine komplette Energiewende nach Stand der Dinge nicht zu schaffen. Außerdem beruht sie auf einer zweifelhaften Grundannahme: Die Aussage des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, ist nach wie vor wissenschaftlich nicht gesichert, auch wenn sie landläufig geglaubt wird. Aber selbst wenn sie stimmt, wäre das EEG, das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energie, ein falsches Instrument. Mit Laufzeiten von bis zu 20 Jahren ist dieses Finanzierungsprogramm planwirtschaftlicher als die Fünf-Jahres-Pläne der DDR. Wir alle wissen, wie die geendet ist.

Trotzdem muss Angela Merkel nach dem Einläuten der Energiewende einen echten Höhenflug

Merkels vier größte Fehlentscheidungen

gehabt haben. Anders kann ich es mir nicht erklären, warum sie 2015 die Grenzen geöffnet hat. Damit bin ich beim dritten Punkt meiner Kritik: Seit gut zweieinhalb Jahren werden unsere Landesgrenzen nicht mehr kontrolliert. Für mich eindeutig ein offener Rechtsbruch. Mittlerweile bestätigt durch Verfassungsrichter Udo di Fabio. Doch auch ohne ein solches Gutachten weiß man intuitiv: Das ist nicht richtig. Zwar ist die Eurorettung rein finanziell eine deutlich größere Bedrohung für dieses Land. Aber noch bemerkt man davon nicht viel im Alltag. Die Flüchtlinge hingegen sind physisch präsent. Sie genießen Privilegien, die der einheimischen Bevölkerung verwehrt sind. Der soziale Frieden wird so auf eine ganz andere Weise belastet als durch die bisher noch eher abstrakten Folgen der unausweichlichen Euro-Katastrophe.

Dagegen nimmt sich nun Punkt vier auf meiner Agenda nahezu harmlos aus: Die Einführung der Verkehrswende. Sie ist ebenfalls für viele noch nicht real. Doch werden die Folgen gravierend sein. Nicht nur, was die Kosten angeht, die ähnliche Dimensionen annehmen werden wie die Energiewende. Mit Blick auf die Arbeitsplätze zeigt sich: Durch die Verkehrswende werden sogar mehr Arbeitsplätze vernichtet als durch die Energiewende. Nicht zu vergessen, dass ein Dieselverbot einer Enteignung der Fahrzeughalter gleichkommt.

All dies zusammen sind für mich genug gute Gründe von meinem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen. „Merkel muss weg“, habe ich auf mein Protestschild geschrieben, denn die Kanzlerin ist eine echte Fehlbesetzung.



Fotos (2): Ogilvie

Mit Schild und „ein wenig Angst“: Selfie auf dem Jungfernstieg

»Ich bin also die Frau ...«

Ihren mutigen Protest bewunderten Millionen – Hier erzählt Uta Ogilvie ihre Geschichte

Sie tat ebenso unerhörtes wie selbstverständliches: Uta Ogilvie, die mit ihrer Familie in einem kleinen Ort bei Hamburg wohnt, wagte es gegen Angela Merkel zu protestieren. Öffentlich! Auf Hamburgs berühmtester Flaniermeile, dem Jungfernstieg! Anfangs war sie allein, später folgten Hunderte. Weil das nicht sein durfte, wurden sie und ihr Vater beinahe zusammengeschlagen. Außerdem wurde ihr Haus überfallen. In zwei Ausgaben der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erzählt sie ihre Geschichte. Lesen Sie hier Teil Eins.

Mein Name ist Uta Ogilvie – wer sich fragt, woher der Name stammt – ich habe den Nachnamen meines Mannes angenommen und der hat schottische Vorfahren. Dass ich trotzdem als „böse Rechte“ gelte, habe ich wohl der Tatsache zu verdanken, dass ich öffentlich den Rücktritt der Kanzlerin gefordert habe. Wer das tut, muss fremdenfeindlich sein, sogar, wenn er selbst einen fremdländischen Namen trägt. Das ist heutzutage medialer Konsens und spricht Bände ...

Ich bin also die Frau, die am 29. Januar auf die Straße gegangen ist. Hier, mitten in Hamburg auf dem Jungfernstieg, allein mit einem rosa Pappschild. „Merkel muss weg“ stand drauf. Warum ich das gemacht habe? Diese Frage kam häufig. Nun, früher war ich ein ganz unpolitischer Mensch, aber das begann sich vor ungefähr 15 Jahren zu ändern. 13 von diesen 15 Jahren hat Dr. Merkel maßgeblich geprägt. In dieser Zeit bin ich zu dem Schluss gekommen, dass sie als Kanzlerin eine echte Fehlbesetzung ist (siehe Kommentar). Zusammen mit den Querelen um die Regierungsbildung ergab das im Januar für mich ein Momentum, wie ich es in meiner Lebensspanne noch nicht erlebt habe. Das wollte ich mir zu Nutze machen. Und so kam ich am Sonntag, den 28. Januar – tatsächlich absolut spontan – auf die Idee, mit einem Schild auf den Jungfernstieg zu gehen.

Ein wetterfestes Schild – mit Folie geschützt

Da ich als Mutter von Zwillingen zwangsläufig eine Frau der Tat bin, ging ich direkt am nächsten Tag los und besorgte alles Notwendige, um ein Schild zu basteln. Rosa musste es übrigens sein, weil ich gern mit den Geschlechter-Klischees spiele. Das regt die Gender-Fraktion so schön auf.

Die Bastelei zog sich über den ganzen Tag. Für ein wetterfestes Schild – mit Folie geschützt – braucht es erstaunlich viel Zeit. Gegen 20 Uhr fand ich mich am Jungfernstieg ein und lief los. Die Uhrzeit hatte ich gewählt, weil ich meinen Testlauf nicht gleich im vollen Gedränge starten wollte. Und ich gebe gern zu: Ich war aufgeregt. Sicherlich hatte ich auch ein wenig Angst. Aber davon wollte ich mich nicht aufhalten lassen.

Oft wurde ich gefragt: Wie haben die Leute reagiert? Überraschend verhalten. Die meisten schauten betreten zur Seite, aber das kann ich keinem verdenken. Ich selber finde Leute, die allein mit Schildern durch die Gegend rennen auch tendenziell komisch. Im Ernst: Wer macht sowas schon? Trotzdem erhielt ich den ein oder anderen Zuspruch. Negative Reaktionen gab es ebenfalls, jedoch nur von zwei Personen. Regelrecht unspektakulär. Also nutzte ich die Zeit und machte ein Selfie mit dem Schild.

Das stellte ich auf meiner Facebook-Seite online. Auf der hatte ich im Januar eine noch überschaubare Anzahl von Freunden, vielleicht 250, eher weniger. Das waren hauptsächlich Leute, die ich persönlich kenne und mit denen ich mich auf diesem Netzwerk über Politik ausgetauscht habe. Die Überschrift zum Selfie lautete: Keine Ausreden mehr – auf die Straße!

Was soll ich sagen: Die Reaktionen im Netz waren wesentlich beeindruckender als die auf der Straße. Einer der Ersten, der sich daraufhin meldete, war Thomas Gardlo. Herr Gardlo ist in dieser Stadt kein Unbekannter – er hat sich als Türsteher und Bodyguard einen Namen gemacht. Ich wurde später häufig dafür kritisiert, dass ich ihm „gestattet“ habe, mitzumachen. Es wurde sogar – vom Verfassungsschutz! – behauptet, Herr Gardlo und seine Freunde stünden hinter der Bewegung.



Screenshot eines Tweets: Uta „Ogilivie“ ist plötzlich eine rechtsradikale Neoliberale

Das ist schlicht und ergreifend nicht wahr. Herr Gardlo stand neben mir, um mich zu unterstützen und vor mir, um mich zu beschützen! Ganz sicher aber stand er nicht hinter mir. Trotzdem habe ich sein Angebot gerne angenommen. Schauen Sie mich an – ich bin eine Frau! Es wäre doch dumm gewesen, seine Hilfe nicht anzunehmen.

Wie ging es weiter? Man bat mich, für den darauffolgenden Montag ordnungsgemäß eine Demo anzumelden. Das tat ich dann auch. Eine Woche später, am Montag, den 5. Februar, stand ich mit 60 bis 80 Leuten auf der Straße. Einer davon – wie erwähnt – mein Bodyguard Herr Gardlo. Der brachte dann ein paar seiner stabil gebauten Freunde mit. Die weniger Stabilen in meiner Gruppe fühlten sich daher ebenso sicher, wie ich mich.

60 bis 80 Leute! Das nennt man wohl „viral-gehen“, denn von denen kannte ich gerade mal vier persönlich. Der Rest muss im Netz auf die Demonstration aufmerksam geworden sein. Diese erste regulär angemeldete Veranstaltung vom 5. Februar war dann leider auch die letzte, die absolut friedlich verlief. Am nächsten Tag musste ich feststellen, dass die Antifa Wind von der Sache bekommen hatte. Wie genau, das weiß ich nicht. Vielleicht ist jemand auf Facebook über uns gestolpert. Ebenfalls gut möglich, dass man uns auf der Straße gesehen hat. Fest steht, dass die Antifa, also die linlsextreme Szene, viele Teilnehmer der Demo gründlich durchgescannt haben, so auch mich. Beim Internetnachrichtendienst Twitter, hieß es plötzlich, ich sei eine „rechtsradikale Neoliberale“ – was auch immer das ist.

Von da an überschlugen sich die Ereignisse. In dem Augenblick, in dem mich die Nachricht erreichte, dass ich der Antifa bekannt bin, setzte ich mich ins Auto, fuhr zum Amt und ließ eine Auskunftssperre einrichten. Dann die nächste Überlegung – wie kann ich mich schützen? Spontan kam mir in den Sinn, den Kontakt zur Presse zu suchen. Das hatte ich bis zu dem Zeitpunkt abgelehnt. Ursprünglich wollte ich, dass die Demo organisch wächst und ich dabei langsam lerne, wie Widerstand funktioniert.

Doch dazu war es jetzt zu spät, daher der Strategiewechsel. Ab sofort suchte ich den Schutz der Gruppe, den ich mir durch eine möglichst große Bekanntheit erhoffte. Auch dafür wurde ich übrigens kritisiert. Ich würde den Ruhm suchen, hieß es. Ich würde mich mit den falschen Journalisten abgeben, sagte man. Was stimmt ist: In den kommenden Tagen gab ich ein Interview nach dem nächsten. Und zwar jedem, der den Mut hatte, diese Geschichte zu bringen. Was im Grunde alles über die sagt, die mich zu Wort kommen ließen: Das waren Leute mit Format, also solche, die keine Scheu haben, die Wahrheit zu sagen.

Im totalen Erschöpfungszustand

Was den Vorwurf angeht, ich hätte den Ruhm gesucht: Dazu können Sie gern meine Familie fragen – ich bin keine, die gern im Mittelpunkt steht. Ganz sicher hatte ich auch nicht vor, mit der Demo berühmt zu werden, es ging mir stets nur um die Sache: Merkel muss weg!

Diese Aufmerksamkeit war für mich alles andere als schön. Dass ich jetzt einigermaßen damit umgehen kann, habe ich der harten Schule der letzten Wochen zu verdanken. Und die war wirklich hart für mich. An Schlaf war in dieser Zeit kaum zu denken. Wenn, dann hatte ich einen Alptraum nach dem anderen. Dieser Erschöpfungszustand erklärt vermutlich, warum ich den Anschlag auf das Haus meiner Familie verschlafen habe. Für meine beiden Kinder gilt das leider nicht. Dieser Anschlag erfolgte in der Nacht vom Sonntag, dem 11., auf Montag, den 12. Februar. Die Antifa hat dabei billigend Leib und Leben meiner Kinder riskiert.

Im zweiten Teil des Artikels in der nächsten Ausgabe der PAZ berichtet Uta Ogilvie vom Überfall auf ihr Haus und von der Verstrickung des Staates mit dem Linksextremisten. Außerdem: Warum Adrenalin ein echtes Wundermittel ist.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 14 – 6. April 2018

MELDUNGEN

Kreuzfahrt nach Königsberg

Königsberg/Sankt Petersburg – Die Gebiete Sankt Petersburg und Königsberg haben die Gründung einer gemeinsamen Schifffahrtsgesellschaft vereinbart. Das Unternehmen soll den Kreuzfahrttourismus in die ehemalig Hauptstadt Russlands mit dem russischen Teil Ostpreußens „teilen". Wie genau dies am besten geschehen kann, wird zurzeit verhandelt. Als Hauptanlandungsstelle im Königsberger Gebiet ist der neue Kreuzfahrthafen in Neukuhren vorgesehen, dessen Fertigstellung nach Aussage von Gouverneur Anton Alichanow bis zum Jahr 2020 zu erwarten ist. Profitieren dürfte der Hafen von der bereits jetzt gültigen Visabefreiung für Kreuzfahrttouristen von 72 Stunden, die zumindest einen größeren Abstecher zu den übrigen Schönheiten Ostpreußens erlaubt. Die Drei-Tages-Regelung soll, wie man anlässlich der Unternehmensvorstellung erfuhr, nach der Fußball-Weltmeisterschaft auch auf Flughäfen ausgedehnt werden und stünde damit auch bei Einreisen über den Königsberger Flughafen Powunden zur Verfügung. *T.W.W.*

Zehn Kältetote in Allenstein

Allenstein – Zehn Personen starben in diesem Winter an Kälte oder an Kohlenmonoxydvergiftungen. Dazu erkrankten viele Menschen an Grippe und Masern. An Masern waren mehr als 20 000 Personen in den Kreisen Osterode und Allenstein erkrankt. So sieht das Ergebnis der Wintersaison im südlichen Ostpreußen aus. Wenn sich auch in vielen Fällen die Situation verbessert habe, gebe es noch viel zu tun, so Arkadiusz Sywestrzak, Stellvertreter des Polizeikommandanten der Woiwodschaft. Eine wichtige Hilfe stellt eine Informationsstelle für Obdachlose dar. Von Jahr zu Jahr werde sie immer populärer, sagte Krzysztof Marciniak, Stellvertretender Direktor der Abteilung für Sicherheit und Krisenbewältigung beim Allensteiner Woiwodschaftsamt. *PAZ*

Stipendium für Schwestern

Allenstein – Ein staatliches Stipendium soll die Auswanderung von Krankenschwestern verhindern. Rund 129 Euro monatlich sollen Studentinnen von Krankenschwesterschulen verleiten, nach der Ausbildung in öffentlichen Einrichtungen zu arbeiten und nicht ins Ausland zu gehen. Das Gesundheitsministerium plant die Einführung des Stipendiums für spätestens Oktober, aber profitieren können schon die diesjährigen Studentinnen. Das Ministerium hofft, mit dieser Maßnahme die Löcher beim Personal in den Krankenhäusern stopfen zu können. Das Stipendium ist nämlich an die Bedingung geknüpft, sich anschließend für zwei Jahre bei einem Krankenhaus zu verpflichten. *PAZ*

Singen als praktische Sprachübung

LO und Deutsche Minderheit luden zum 3. Walter-Kollo-Gesangswettbewerb in Neidenburg

Der Rittersaal der Burg in Neidenburg war am Vormittag des 23. März Schauplatz des dritten Walter-Kollo-Gesangswettbewerbs. Schüler aus Grundschulen und Gymnasien im Kreis Neidenburg, die dort Deutsch als Minderheitensprache lernen, zeigten auch in diesem Jahr wieder vor der Jury, was sie inzwischen können.

Eingeladen zum Wettbewerb hatten erneut die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit mit ihrer Vorsitzenden Sabina Wylengowska und Rafał Ziółkowski, dem Direktor der nach Papst Johannes Paul II. benannten Grundschule in Grünfließ, die die Veranstaltung vor zwei Jahren ins Leben gerufen hatten. Unterstützt werden sie vom Neidenburger Kulturzentrum, die Schirmherrschaft hatte der Bürgermeister der Stadt, Jacek Kosmala.

Walter Kollo, der Namensgeber des Wettbewerbs, wurde vor 140 Jahren, am 28. Januar 1878, unter dem Namen Walter Elimar Kollodzieyksi in Neidenburg geboren. Er studierte Musik in Sondershausen/Thüringen und in Königsberg und kam 1899 nach Berlin. Dort widmete er sich der Operette und schrieb Schlager wie „Die Männer sind alle Verbrecher". Sein Sohn Willi trat in seine Fußstapfen, sein Enkel ist der Opernsänger René Kollo.



Bild: Uwe Hahnkamp

Nach erfolgreich absolviertem Programm: Gruppenbild der Künstler mit Betreuern und Jury

Für den Neidenburger Wettbewerb, bei dem die jungen Teilnehmer zwar in einer ungewohnten Sprache singen, aber neben ihrem Lampenfieber vor allem auch Freude haben sollen, ist Walter Kollo genau der richtige Namensgeber. Die Musikauswahl der Sängerinnen und Sänger wäre sicher auch nach seinem Geschmack gewesen. Neben deutschen Volks- und Kinderliedern bei den Jüngsten der ersten bis dritten Klassen wählten die Älteren in den Kategorien der vierten bis sechsten und siebten bis neunten Klassen hauptsächlich bekannte moderne deutsche Musik etwa von Helene Fischer, Mark Forster, Mike Singer oder Annett Louisan.

Dabei wählten sie durchaus nicht immer einfache Texte und Melodien, sondern suchten die Herausforderung anspruchsvoller Texte und schwierig zu singender Melodien. Neben sprachlichem und musikalischem Können war auch der Gesamteindruck auf der Bühne ein wichtiges Kriterium für die Bewertung. Zwei Teilnehmerinnen wechselten zwischen ihren Liedern sogar die Kleider, um den Originalinterpretinnen gerecht zu werden.

Insgesamt 13 Schülerinnen und ein Schüler stellten sich mit je zwei Liedern den kritischen Ohren und Augen der vierköpfigen Jury, die auf Grundlage ihres sprachlichen und kulturellen Wissens eine Entscheidung zu treffen hatte. Bei den Jüngsten gewann Oliwer Regula aus Neidenburg, bei den Ältesten Paulina Gonterska aus Lahna. Die hitzigsten Dis-kussionen gab es bei den Kandidatinnen der Klassen 4 bis 6. Letzten Endes setzte sich Maja Brzozowska aus Neidenburg durch. Außer einer Urkunde und einem Sachpreis, die sie wie alle anderen Gewinner erhielt, bekam sie von Edyta Gladkowska, der Vertreterin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein und Mitglied der Jury, eine Einladung zum Auftritt auf dem diesjährigen Sommerfest der Deutschen Minderheit in Osterode.

Anreiz, ihr Deutsch weiter zu verbessern

Für alle teilnehmenden Schüler aber gilt, so Sabina Wylengowska, die Deutsch als Minderheitensprache unterrichtet, dass sie durch die Vorbereitung auf den Walter-Kollo-Gesangswettbewerb ihr Deutsch deutlich erweitern und verbessern. Der Dank von Organisatoren und Teilnehmern geht an die Stadt und den Landkreis Neidenburg sowie die dortige Genossenschaftsbank, die die Hauptpreise gestiftet haben. *Uwe Hahnkamp*

Neue Hoffnung für Burg Schönberg

Warschauer Firma ersteigerte die ehemalige Ordensburg – Investor will mit der Sehenswürdigkeit verdienen

Dutzende von Schlössern, Gutshäusern, Palästen und Festungen auf dem Gebiet Ostpreußens verfallen vor den Augen der Öffentlichkeit. Der Grund dafür sind entweder Investorenmangel oder falsche Handlungen der verantwortungslosen Privatunternehmer, in deren Hände dieses oder jenes Schloss einmal übergegangen ist. Das Schicksal vieler verfallener historischer Gebäude hätte auch die Burg in Schöneberg bei Deutsch Eylau teilen können. Zum Glück ist es anders gekommen.

Kulturerbestiftung startete Privataktion

Da der bisherige Besitzer der Burgruine, Andrzej Matuszewski, zahlungsunfähig wurde, ließ der Gerichtsvollzieher die Burganlagen einer Pfändung unterziehen. Für den 7. März wurde der Termin für die Versteigerung der Burg samt Wirtschaftsgebäuden und Grundstück von etwa 13 Hektar Größe angesetzt. Das Mindestgebot betrug umgerechnet zirka 350 000 Euro. Noch Anfang März war völlig unklar, ob sich überhaupt jemand finden würde, der die große Immobilie ersteigern mochte, zumal in der Auktionsanzeige angegeben wurde, dass die Burg wegen des schlechten baulichen Zustands gründliche Renovierungs- und Konservierungsmaßnahmen erforderte.

In einer der lokalen Zeitungen berichtete man über die Initiative der Stiftung „Dein Kulturerbe". Um die gotische Burg vor seiner gänzlichen Ruinierung zu retten, wollten die Liebhaber der alten Sehenswürdigkeiten eine Geldsammlung unter Internetnutzern veranstalten, die sich auf die Idee einer Gruppenfinanzierung stützte. Jeder nämlich, der ein Darlehen für dieses Ziel eingezahlt hätte, hätte als einer der vielen Erben mitentscheiden können, was später mit der Burg in Schönberg passieren soll.

Inzwischen fanden sich jedoch Investoren, die die notwendige Sicherheitsleistung hinterlegten, um an der Versteigerung teilnehmen zu dürfen. Es zeigte sich, dass die Burgruine das Interesse der Warschauer Firma IBC Investment und eines Geschäftsmannes aus Mielau geweckt hatte. Die beiden Seiten kämpften verbissen um die gotische Burg und überboten sich gegenseitig auf der Auktion. Den Zuschlag erhielt schließlich das Unternehmen aus Warschau. Grzegorz Slyszyk, Anwalt und zugleich Geschäftsführer der Firma, der die Burg für etwa 500 000 Euro ersteigerte, betonte, dass die neue Anschaffung vor allem rentabel sein solle. Er wolle auch nicht vorenthalten, dass sein Unternehmen an der Burg verdienen möchte. Das sei eine große Chance für diesen Ort und die Gemeinschaft, behauptete Krzysztof Hermacinski, der Gemeindevorsteher von Deutsch Eylau, mit dem sich Słyszyk bereits traf.

Über die Zukunft der Sehenswürdigkeit äußerte sich der neue Käufer, wie er selber sagte, mit einer Dosis skeptischer Begeisterung. Seiner Ansicht nach solle man keine übermäßig hohen Erwartungen haben. Solch eine ausgewogene Aussage klingt nachvollziehbar, umso mehr, als es zunächst viel Zeit beanspruchen wird, um die erhaltenen Burgmauern mit zehn Wehrtürmen zu restaurieren. Später soll die wiederaufgebaute Burg mehrere Funktionen erfüllen. Man hat vor, einen Teil der Räume in ein Hotel mit Konferenzsälen umzugestalten, einige Gebäude sind für museale Zwecke vorbestimmt und den Burghof wird man für Veranstaltungen und besondere Ereignisse nutzen.

Es ist erinnernswert, dass die Burg im 14. Jahrhundert als Ordensburg des Deutschen Ordens errichtet wurde. Man kann sagen, dass die Burg ein stürmisches Schicksal hatte. Das lässt sich aus der Tatsache schlussfolgern, dass die Besitzer häufig wechselten. Mal gehörte das gotische Bauwerk dem polnischen König, ein anderes Mal kam es in die Hände des Bischofs von Pomesanien, später wurde es Besitz des Bischofs des Samlandes. Die Burg kaufte schließlich im 17. Jahrhundert die ostpreußische Adelsfamilie Finck von Finckenstein, die das Gebäude samt Gut bis 1945 innehatte. Am Ende des Zweiten Weltkriegs richtete die Rote Armee in der ehemaligen Ordensburg einen Militärstützpunkt ein. Leider brannten die Russen sie beim Abmarsch völlig ab. So überdauerten nur die erhaltenen Reste der Burgmauern bis heute.

Zwar blicken die Liebhaber der gotischen Architektur optimistisch in die Zukunft und träumen davon, dass Burg Schönberg nach Jahrzehnten der Verwahrlosung ihre Pracht zurückverliehen wird, aber viele sind sich auch bewusst, dass dieses Vorhaben eine schwierige Herausforderung für Architekten und Ingenieure sein wird. Der neue Besitzer muss neben der Investition viel Energie und Geduld aufwenden, damit seine Pläne nicht fehlschlagen. Wesentlich mehr als der letzte Eigentümer, der auch viel versprach und letztendlich bankrottging. *Dawid Kazanski*



Bild: Archiv des Gemeindeamts Deutsch Eylau

Begehrtes Objekt: Burgruine Schönberg

Thank you for travelling...

Wenn einer eine simple Reise tut: Erlebnisse mit der Deutschen Bahn

Das Reisen im ICE ist angenehm. Ich steige in Leipzig ein und meine Reiseauskunft sagt mir, dass ich in drei Stunden in Frankfurt bin. Und von dort in einer Stunde und vierzig Minuten in Offenburg. Nein, nicht Offen*bach*, sondern Offen*burg* im Schwarzwald, eine hübsche Stadt an der Strecke nach Basel. Für den Zugwechsel stehen mir 14 Minuten zur Verfügung. Das müsste ausreichen, denn der Frankfurter Bahnhof ist ein Sackbahnhof, da schlendert man gemütlich an den Gleisen entlang und muss sich nicht durch diese schrecklichen Fußgängertunnel quälen wie demnächst auch bei Stuttgart 21.

Ich lehne mich also zurück, hier im ICE, und vertiefe mich in das Buch, auf das ich mich schon seit Tagen freue. Irgendwann werde ich abgelenkt, etwas irritiert mich. Die Landschaft fliegt nicht mehr vorbei, wir bewegen uns eher mit Postkutschentempo, ich könnte während der Fahrt Blumen pflücken.

Und schon kommt sie, die gefürchtete Durchsage: „Liebe Fahrgäste, wegen einer Baustelle mussten wir die Geschwindigkeit reduzieren. Unsere Verspätung beträgt zurzeit 15 Minuten.“ Nicht lange danach sind es 17 Minuten.

Und was ist jetzt mit meinem Anschlusszug?

Ich werde den Kollegen Bescheid sagen, dass sie warten sollen, sagt der Zugbegleiter.

Beruhigt mich das jetzt?

Natürlich bin ich dafür, dass das Gleisbett und die Gleise erneuert werden, ich will ja sicher am Bestimmungsort ankommen. Aber warum gibt mir DIE BAHN eine Reiseverbindung, die überhaupt nicht funktionieren kann? Kennen die ihre eigenen Baustellen nicht?

Kurz vor Frankfurt die nächste Durchsage: Der ICE nach Basel wartet leider nicht. Die Stimme des Zugbegleiters klingt, als wäre er in einen Krieg gezogen und würde jetzt schwer verletzt auf dem Schlachtfeld verbluten.

Die Dame in der Reiseauskunft in Frankfurt ist schnell und kompetent.

Der nächste Zug nach Basel geht in zwei Stunden, erklärt sie.

Ich will nicht nach Basel, sage ich, ich will nach Offenburg.

Gestrandet: Fahrgäste, die wegen Zugausfällen und Verspätungen nicht mehr von der Zwischenstation wegkommen Bild: Imago

Das macht die Sache einfacher, sagt sie.

Ich bekomme eine neue Reiseverbindung und zwei Sitzplatzreservierungen, vielen Dank auch.

Sie müssen allerdings in Mannheim umsteigen, sagt sie noch.

Das kenn ich schon. Kaum hat DIE BAHN meinen Anschluss verpasst, wird man mit spitzen Fingern von einem Provinzbahnhof zum nächsten weitergereicht, als hätte man die Maul- und Klauenseuche.

Der nächste ICE kommt pünktlich, nun ja, mit fünf Minuten Verspätung. Meine Umsteigezeit in Mannheim beträgt acht Minuten. Ich weise den Zugbegleiter darauf hin, dass es knapp werden könnte.

Kein Problem, sagt er, ich melde das dem Anschlusszug, der wird warten. Das ist das letzte, was ich von ihm höre. Die Verspätung beträgt inzwischen zehn Minuten. Als ich in Mannheim aussteige, ist da kein Anschlusszug weit und breit.

Die Reiseauskunft Mannheim residiert in einem offenen Schalter in der zugigen Bahnhofshalle.

Der nächste Zug nach Basel geht in zwei Stunden, sagt der freundliche junge Mann in Bahnuniform.

Ich will nicht nach Basel! Ich will nach Offenburg. Es muss kein ICE sein, ich stell mich auch auf eine Rangierlock. Hauptsache ich komm weg von hier.

Das macht die Sache einfacher, sagt er.

Er klickt ein paar Mal auf der Tastatur herum.

Ich hab da was für Sie, sagt er dann, Sie müssen allerdings in Baden-Baden umsteigen.

Ja, ja, ich weiß, ich bin ein Aussätziger, an Lepra erkrankt.

Mit einem Mal blickt er kritisch an mir herunter. Sind Sie gut zu Fuß?, fragt er.

Junger Mann! Ob Sie es glauben oder nicht: Wenn es mir hilft, von hier weg zu kommen, kann ich sogar fliegen.

Gut, sagt er, während sein Drucker die Reiseinformation ausspuckt, der ICE nach Chur hat fünf Minuten Verspätung, der fährt gerade ein, wenn Sie schnell sind, erwischen Sie den noch.

Ich reiße ihm die Zugverbindung aus der Hand und sprinte los. Runter die Rolltreppe, den Tunnel entlang gehastet, die Rolltreppe wieder hoch – und da steht er vor mir, mein Zug. Ich könnte ihn küssen.

Ich bin allerdings nicht der einzige, der einsteigt. Die Leute strömen geradezu hinein, es werden immer mehr. Dieser ICE scheint ein Lumpensammler-Express zu sein, der all die Mühsamen und Beladenen in sich aufnimmt. Ich habe keine Platzreservierung bekommen, sie hätte auch nichts genützt, denn die Leute stehen und sitzen überall: In den Gängen, im Bistro, auf dem Klo, nur in der ersten Klasse ist noch Platz. Die drei Privilegierten, die dort residieren, starren manisch auf ihren Laptop. Wahrscheinlich ist ihnen der Anblick der Abgehängten des Bahnbetriebs zu peinlich.

Meine Reisehinweise sagen mir, dass ich in Baden-Baden in den Regionalzug nach Offenburg umsteigen muss und dass ich dazu fünf Minuten Zeit habe. Das dürfte eigentlich reichen, ist ja auf der gleichen Plattform. Doch leider sitze ich in einem ICE, der inzwischen neun Minuten Verspätung hat. Der Zugbegleiter gibt über Lautsprecher bekannt, dass der Regionalzug wahrscheinlich auf uns warten wird. Sofort presst sich ein hysterisches Gelächter aus mir heraus, wie peinlich. Regionalzüge sind wohl die einzigen Züge, die heutzutage noch pünktlich ankommen, und das funktioniert nur, wenn sie auch pünktlich abfahren. Und weil das so ist, ist der Anschlusszug natürlich weg.

Ich könnte jetzt die Stunde des erzwungenen Aufenthalts nutzen und mir Baden-Baden ansehen. Das berühmte Casino, die warmen Quellen. Das Problem ist jedoch, dass der Bahnhof von Baden-Baden gar nicht der Bahnhof von Baden-Baden ist. Er liegt in Baden-Oos, einer Ödnis, es ist das outback von Baden-Baden. Während ich also warte, drängen sich düstere Gedanken, DIE BAHN betreffend, in mein Gehirn und dann überschwemmt mich ein genialer Gedanke, wie man dieses Übel ein für alle mal beseitigen könnte. Das werde ich Ihnen aber später erzählen, denn gerade kommt der Regionalexpress.

Er fährt nicht nur pünktlich in Baden-Oos ein, er erreicht auch auf die Minute genau Offenburg. Was mir allerdings nichts nützt, weil niemand mehr auf mich wartet. Ich addiere meine Verspätungen und komme auf zwei Stunden und drei Minuten. In Worten: ZWEI STUNDEN UND DREI MINUTEN!

Das ist länger als sonst üblich. Wahrscheinlich hat meine Frau eine Vermisstenanzeige aufgegeben oder das Couvert mit dem Testament geöffnet. Und weil ich jetzt hier in Offenburg hilflos und sinnlos herumstehe, kann ich Ihnen von meiner genialen Idee berichten.

Vor nicht allzu langer Zeit haben sich RWE und e.on darauf verständigt, dass nicht jeder Konzern alles machen muss, sondern dass es effektiver ist, wenn sich jeder auf seine Kernkompetenz konzentriert. Also macht in Zukunft die RWE den Strom und e.on betreibt das Netz. Geniale Konstruktion, darauf muss man erst einmal kommen, 250 Jahre nach Adam Smith, dem Erfinder der Arbeitsteilung.

Und dann gab es noch die Meldung, dass Flixbus der Bahn Konkurrenz machen will und einen eigenen Zug unter dem Namen Flixtrain ins Rennen schickt.

Also, das finde ich blöd! Das mit der Konkurrenz. Ich fände es besser, wenn Flixtrain gleich die gesamte BAHN übernehmen würde. Die können das sicherlich besser, denen traue ich es zu, die haben das mit den Bussen ja auch ganz gut in den Griff bekommen.

Und DIE BAHN? Die könnte sich endlich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: Auf die Reiseauskunft, da sind sie richtig gut.

Jürgen Rath

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Starker Thorak

Grünberg hat ein altes deutsches Denkmal angenommen

Ihr werdet den Ziegelberg nicht wiedererkennen!“, sagte der Bürgermeister von Grünberg in Schlesien, Janusz Kubicki Ende April vergangenen Jahres. Im Mai 2018 soll sich der Stadtpark am Weinhügel, wie die Polen den Ziegelberg nennen, nun von seiner neuen, schönen Seite präsentieren. Zwei Millionen Euro kostet die Verschönerungsmaßnahme, die zu 85 Prozent aus EU-Geldern finanziert wird. Sie soll Touristen aus aller Welt in die Weinstadt locken.Ähnliche kosmetische Bestrebungen hatte man 1961 bereits unternommen und errichtete am 1818 erbauten Winzerhaus von August Grempler ein Palmenhaus. In diesem befand sich ein Restaurant inmitten tropischer Pflanzen. Bis heute ist es ein beliebtes Ausflugsziel für Grünberger und Touristen.

Zu Zeit entstehen am Ziegelberg kleine Teiche mit Fontänen und Miniwasserfällen. Das einst so berühmte Grempler'sche Weingut wird ebenso saniert. Dort wurde einst ein Schaumwein nach Art des Champagners aus den Trauben des Schwarzen Clevner, eines Schwarzburgunders, in einem der nördlichsten Weinanbaugebiete Europas hergestellt. Drei Unternehmer, Friedrich August Grempler, Karl Samuel Häusler und Friedrich Gottlob Förster, haben auf dem Ziegelberg 1826 mit der Sektproduktion begonnen. Zwei Jahre später gründete Grempler seinen eigenen Betrieb und warb für seine Produkte mit dem Slogan: „Grempler & Co. A.G. Älteste Deutsche Sektkellerei“.

Um im Wettbewerb mit den etablierten französischen Champagnerherstellern zu bestehen, bekamen einige der Grünberger Sorten französische Namen – beispielsweise Epernay und Versenay. Auf den Weltausstellungen in Paris 1855, London 1862 und Wien 1873 wurde Gremplers



Winzerhaus von August Grempler mit dem 1961 gebauten Palmenhaus Foto: tb808 cf

Sektkellerei mit Medaillen ausgezeichnet. Grünberger Sekt wurde zu einer der bekanntesten Marken der regionalen Gastronomie. Durch das 1920 verhängte französische Verbot der Champagnerausfuhr nach Deutschland profitierten deutsche Schaumweinproduzenten. So fand der Grünberger Sekt seinen festen Platz auf den Weinkarten im Berlin der Goldenen Zwanziger.

Bürgermeister Kubicki will auf dem Ziegelberg an die deutsche Weinbautradition anknüpfen. Nun sollen dort wieder die Reben angebaut werden, die einst die Qualität des Grünberger Weines ausmachten. Eine Schaukellerei wird eingerichtet und ein Bildungspfad wird für Informationen sorgen. Während Erwachsene sich dem Weingenuss hingeben, werden Kinder die Zeit auf einem modernen Spielplatz verbringen können. Dort werden Geräte aufgebaut, die in ihrer Form an alte Weinpressen und Winzerutensilien erinnern.

Am Ziegelberg steht eine Plastik von Hans Krückeberg (1878 bis 1952), die einen Knaben mit einem Fohlen darstellt. Diese Skulptur wurde fälschlicherweise Josef Thorak angedichtet, weil er ähnliche Motive von Mensch und Pferd schuf. Magdalena Kulczyk aus Crossen an der Oder dokumentiert im kulturliterarischen Periodikum „Pro liberis harmonia“ die Geschichte der Plastik, die in den 30er Jahren auf dem Crossener Platz der Wehrmachtkaserne aufgestellt wurde. Dort diente nämlich der Sohn des Bildhauers Krückeberg. Die Knabenskulptur zierte den Crossener Kasernenlatz bis in die 50er Jahre. Doch dann wurde kurzerhand entschieden, sie zu entfernen. Der Knabe wanderte nach Grünberg und zwar erst auf das Gelände des Milizsportklubs Gwardia und nach einigen Jahren auf den Ziegelberg, wo er bis heute steht. Die Crossener wollen jedoch ihren Knaben zurück.

Für Bürgermeister Kubicki ist Krückebergs Knabe aus Grünberg, wo ihn die meisten immer noch für ein Thorak-Werk halten, nicht mehr wegzudenken. Längst schon gehört er zu den Wahrzeichen der Stadt und ziert Postkarten und andere Grünberger Mitbringsel.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 12. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. April
Krolczik, Hildegard, geb. **Olschewski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg

ZUM 100. GEBURTSTAG

Liebe, Dorothea aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April
Schlette, Gertrud, geb. **Schäfer**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 11. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Däumel, Irmela, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, aus Lyck, am 9. April
Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April
Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April
Schnitzer, Else, geb. **Bärenstraud**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 12. April
Sabrowski, Ida, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 8. April
Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brozio, Walter, aus Lyck, Morgenstraße 10, am 8. April
Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. April
Kossak, Helga, geb. **Grricksch**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April
Martsch, Willi, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 4. April
Schwidder, Gertrud, geb. **Godzinski**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April
Albrecht, Edeltraud, geb. **Wiemer**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 4. April
Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, und aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April
Haupt, Fritz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 8. April
Henseleit, Ursula, geb. **Bartnick**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 9. April
Hess, Liesbeth, aus Lyck, am 7. April
Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April
Michaelis, Helmut, aus Mossycken, Kreis Fischhausen, am 9. April
Rasch, Helga, geb. **Kaminski**, aus Lötzen, am 8. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arnold, Gertrud, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 12. April
Borrek, Edith, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. April
Christofzik, Hans, aus Lisken, Kreis Lyck, am 11. April
Dronsek, Herbert, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 8. April
Koyro, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. April
Pille, Hedwig, aus **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April
Rogowsky, Margot, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April
Wetzel, Hildegard, geb. **Metschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April
Zerner, Rose, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boerner, Erika, geb. **Schaknat**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 9. April
Burchard, Elisabeth, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 10. April
Froriep, Marie, geb. **Kochanowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. April
Lemke, Brigitte, geb. **Scheumann**, aus Ortelsburg, am 9. April

Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. April
Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April
Raeder, Hans, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Anke, Gerda, geb. **Neumann**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 7. April
Falsdick, Annemarie, geb. **Killburger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 137, am 7. April
Grüting, Hildegard, geb. **Dorka**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Kulessa, Marga, geb. **Reinoß**, aus Heildenfelde, Kreis Lyck, am 7. April
Nessmann, Erna, geb. **Mattuschat-Sal**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. April
Rohde, Edelgard, geb. **Lendle**, aus Bremerhaven, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 10. April
Sauer, Erich, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. April
Schmidt, Gertrud, aus Renkussen, Kreis Lyck, am 12. April
von Possel, Gerda, geb. **Perschel**, aus Fischhausen, am 7. April
Wenk, Elfriede, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. April
Ziebell, Herta, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bernhardt, Toni, geb. **Puchalski**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. April
Chitralla, Erwin, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. April
Droste, Charlotte, geb. **Ruddies**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 12. April
Engelhardt, Ruth, geb. **Pietrass**, aus Lötzen, am 10. April
Hammer, Hildegard, geb. **Prengel**, aus Allenstein, am 7. April
Kniest, Ruth, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 9. April
Müller, Hannelore, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 9. April
Penndorf, Heinz, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 12. April
Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baier, Traute, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. April
Bakalorz, Hanna, geb. **Tomzyk**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. April
Bartlick, Werner, aus Billsee, Kreis Lötzen, am 8. April
Bednarz, Siegfried, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. April
Brauns, Ursula, geb. **Waschkat**, aus Bremen, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. April
Ceranski, Günter, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 9. April
Gamballa, Leonhard, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 9. April
Grusdt, Werner, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. April
Jürck, Hannelore, geb. **Hinz**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 9. April
Katzmarzik, Georg, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Klimmek, Edeltraut, aus Neidenburg, am 8. April
Knigge, Rüdiger, aus Lötzen, am 8. April
Kühnemann, Ursula, geb. **Belusa**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 9. April
Matern, Ernst, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 9. April
Rottmoser, Elfriede, geb. **Sabrowski**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 8. April
Wagner, Waltraut, geb. **Bertz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 9. April
Wiechers, Brigitta, geb. **Steinkraus**, aus Neidenburg, am 12. April
Witt, Alfred, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 12. April
Wittkowski, Siegfried, aus Neidenburg, am 6. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bassalig, Hannelore, geb. **Blumstein**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 6. April
Baumann, Erika, geb. **Stanschus**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 9. April
Bendig, Irmgard, geb. **Massalski**, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 12. April
Christochowitz, Inge, geb. **Steinhagen**, aus Bremen, Kreisgemeinschaft Lyck, am 7. April
Gollub, Hans-Jürgen, aus Satticken, Kreis Treuburg, und aus Lyck, am 6. April
Gothsche, Ursula, geb. **Nitschmann**, aus Schanzenort, Kreis Ebenerode, am 11. April
Herrendörfer, Hans-Günther, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. April
Hocke, Inge, geb. **Goetzke**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 6. April
Klingbeil, Gisela, geb. **Hechtfisch**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 9. April
Kulschewski, Waltraut, geb. **Robatzek**, aus Neidenburg, am 9. April
Lewandrowski, Ulrich, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 9. April
Meis, Lieselotte, aus Lyck, am 7. April
Podien, Kurt, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 10. April
Politze, Ruth, geb. **Kniza**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 9. April
Schröder, Fritz, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Schröder, Werner, aus Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Schweiger, Dr. Gerwin, aus Tusseinen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. April
Timsries, Edeltraut, geb. **Trunschel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 11. April
Tschüter, Lieselotte, geb. **Pilchowski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. April
Weinert, Hans, geb. **Moszejewski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 10. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bresch, Gertrud, geb. **Preuß**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Hamburch, Clemens, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Kaminski, Lothar, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 7. April
Licht, Horst, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 9. April
Nowak, Kurt, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 11. April
Plewa, Elli, geb. **Polgsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 12. April
Symanzik, Ruth, geb. **Marks**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 10. April
Wohlgemuth, Klaus-Dieter, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. April

TERMINE DER LO

2018
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN LAND



Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Mitglieder-Versammlung

Sonnabend, 14. April, 11 Uhr, Sitzungs-Saal, Rathaus, Schulstraße 7, 49170 Hagen: Mitgliederversammlung. Tagesordnungspunkt 9: Satzungsänderung zur Fusion mit der Stadtgemeinschaft Allenstein. Ergänzendes Informationsmaterial kann bei Bedarf per Mail zur Verfügung gestellt werden: Hans-Peter Blasche, Lanker Straße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 171812 90, E-Mail: HP.Blasche@web.de

Kirchspieltreffen

Sonnabend, 7. April, 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigswalde. Information: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Treffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Elchniederung und der Stadtgemeinschaft Tilsit. Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 8870 und per E-Mail: info@hotelschuetzen-hof.de (Doppelzimmer: 94 Euro, Einzelzimmer: 64 Euro). Für Teilnehmer, die früher anreisen, wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, 25. Mai, gegen 19 Uhr das Abendessen einnehmen können, um schöne Stunden miteinander zu verbringen.

Delegierten-Versammlung

Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. April, Bad Bentheim-Nordhorn: Außerordentliche Delegiertenversammlung.

Noch wenige Plätze frei

Nach Ostpreußen geht es vom vom 25. Mai bis 1. Juni: Unter der Reiseleitung von Peter Westphal steht unter anderem eine ausgiebige Busrundfahrt durch die Elchniederung an. Es geht nach Tilsit und auf eine Flussfahrt durch den Oberländer Kanal. Hier das Programm im Einzelnen:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung im Hotel „Nad Wisla“.

2. Tag: Nach dem Frühstück: Führung durch die Marienburg. Anschließend Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang und vorbei an Königsberg, Tapiau und Wehlau bis nach Tilsit ins Hotel „Rossija“.

3. Tag: Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Auf dem Rückweg wird noch ein Abstecher in das benachbarte Sekkenburg unternommen. Am Nachmittag erreichen Sie wieder Heinrichswalde mit Besichtigung der teilrestaurierten Kirche und dem davor aufgestellten Gedenkstein zum Andenken an die früheren Einwohner der Elchniederung sowie Besuch des deutsch-russischen Heimatmuseums zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung, das in enger Zusammenarbeit deutscher und russischer Initiatoren gemein-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Zusendungen für Ausgabe 16

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 16/2018 (Erstverkaufstag: 20. April) bis spätestens Donnerstag, 12. April an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

sam entstanden ist. Am Nachmittag Stadtrundfahrt in Tilsit. Zunächst Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schloßmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Waldfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, am Vormittag insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kukkerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof und Rautenburg. Am Nachmittag Besuch der Elchniederung südlich der Gilge mit Stopps in Neukirch, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen abseits vom Gruppenprogramm. Unser erfahrener Taxiservice steht Ihnen für Ihre individuellen Erkundungsfahrten gerne zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Abreise aus Tilsit und Überfahrt bei Goldap über die russisch-polnische Grenze ins südliche Ostpreußen. Rundfahrt von der Jägerhöhe bei Angerburg nach Heilige Linde, Besichtigung der barocken Klosterkirche mit ihrer sehen- und hörenswerten Orgel. Anschließend Fahrt durch Lötzen, das malerisch gelegen ist zwischen dem Dargainen- und dem Löwentinsee. Gegen Abend erreichen Sie Nikolaiken. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

6. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie zunächst eine Schiffsfahrt über den Seen und Kanäle von Nikolaiken bis nach Niedersee. Anschließend Weiterfahrt durch die Johannisburger Heide in Richtung Eckertsdorf mit Besuch des Philliponenklosters. Gegen Mittag erreichen Sie den romantischen Fluss Kruttinna. In einem Restaurant direkt am Fluss werden Sie zu einem leckeren Fischessen erwartet, bevor Sie zu einer Stocherkahnfahrt aufbrechen. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

7. Tag: Schiffsfahrt auf dem Oberländer Kanal von Buchwalde und Hirschfeld. Anschließend Weiterreise nach Westen durch Pommern zur letzten Zwischenübernachtung in Schneidemühl.

8. Tag: Rückreise nach Hannover.

Programmänderungen bleiben vorbehalten. Anmeldung spätestens bis zum 25. April bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon und Fax (05324) 798228.



Kreisgemeinschaft Elchniederung: Eine Kahnfahrt auf der Kruttina ist für den sechsten Tag der Ostpreußenreise Ende Mai/Anfang Juni geplant Bild: privat



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha. Stellvertreter: Uwe Nietzelt. Geschäftsstelle: Telefon (0344) 8966746, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Familienforschung: Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist nur noch unter Telefon (03447) 8966746 beziehungsweise E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de zu erreichen. Für Familienforschung ist Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021, zuständig.



HEILIGENBEIL

Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistag

Sonnabend, 7., bis Sonntag, 8. April, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Kreistag.

Sondertreffen

Freitag 20., bis Sonntag, 22. April, Pension Quellenhof, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau: 30. Sondertreffen Zinten-Land und Stadt.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Darmstadt – Sonnabend, 14, April, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen; Stammtisch. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 25. April, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Gemeinsames Treffen. Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück – Sonnabend, 14, April, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Frühjahrstreffen. Nähere Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Heimatgruppe Schwerin – Mittwoch, 18. April, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Gemeinsames Treffen, Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Groß-Otternhagen

Freitag, 13., bis Sonntag, 15. April, Hotel Intercity (Telefon 05141/2000), Nordwall 20, 29221 Celle: Treffen Groß Otternhagen.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Zwei Filme über Nidden

Sonnabend, 21. April, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr geöffnet und Gelegenheit, die Sonderausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“ zu besuchen. Ab 15.30 Uhr werden im Ausstellungsraum als Begleitprogramm zur Sonderausstellung, die 19 Werke von Carl Knauf (1898 – 1944) aus dem Sammlungsbestand von Bernd Schimpke, Hamburg, präsentiert, zwei Filme des litauischen Regisseurs Arvydas Barysas gezeigt: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus“ (2009) und „Zwischen Wanderdünen. Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“ (2015). Eine kurze Einführung in die gezeigten Dokumentarfilme gibt Ute Eichler. Eintritt – wie immer – frei.



Vortragsveranstaltung

Duisburg – Sonnabend, 7. April, 1. Etage, Stadtarchiv Duisburg (vormaliges Museum Stadt Königsberg), Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der „Prussia, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens“ lädt zu einer Vortragsveranstaltung sowie zur jährlichen Mitgliederversammlung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen. Das Programm:

Ab 10.30 Uhr werden der Veranstaltungsraum und das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg geöffnet sein. Ein Bücherstand lädt zum Stöbern und Kaufen ein. **Um 11 Uhr** Begrüßung, Einführung in die Veranstaltung und Totenehrung. Anschließend wird Dr. Walter T. Rix, Noer, zum Thema „Hermann Sudermann – ein ostpreußischer Dichter zwischen Heimat und Welt“ referieren. Im Mittelpunkt steht Sudermann als kritischer Zeitgenosse, der aktiv mit seinen Arbeiten in das Zeitgeschehen eingegriffen hat.

13 bis 14.15 Uhr Gedankenaustausch mit einem kleinen Imbiss. Fortsetzung mit einem Vortrag von Lorenz Grimoni, Duisburg, zum Thema „Gleichberechtigung von Mann und Frau bei Ernst Theodor von Hippel“. Mit seinem Buch „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ verfasste von Hippel ein frühes Plädoyer zugunsten der Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache.

15 Uhr Buchvorstellungen aus der Prussia-Schriftenreihe, anschließend kurze Pause.

15.30 Uhr Beginn der Mitgliederversammlung. Mitglieder erhielten bereits die vorläufige Tagesordnung per Brief beziehungsweise E-Mail.

Gegen 16:30 Uhr Verabschiedung. Weitere Informationen: prussia.gesellschaft@gmail.com



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Ostpreußenreise

Mit der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und dem Wuppertaler Reiseveranstalter Gerhard Scheer geht es vom 8. bis 17. Juni 2018 per Bus und Schiff für zehn Tage nach Ostpreußen. Das Programm:

1. Tag: Fahrt im Luxusreisebus ab Wuppertal über Hannover und Hamburg nach Kiel. Gegen 17 Uhr gehen Sie an Bord der Fähre. Abendessen an Bord.

2. Tag: Nach dem Frühstücks-Buffet und entspannten Stunden an Bord kommt nachmittags die Kurische Nehrung in Sicht. Ankunft im Hafen von Memel ist um 16.30 Uhr. Dann: Busfahrt auf die Kurische Nehrung. Über Schwarzort mit alten Fischerhäuschen und dem Skulpturenpark erreichen Sie den Hauptort Nidden mit der großen Wanderdüne und seinem weitem Blick übers Kurische Haff, die Sandflächen der Nehrung und die Ostsee. Anschließend geht es vom Thomas-Mann-Haus aus zum Abendessen ins Hotel.

3. Tag: Stadtrundfahrt durch Memel zum Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen und der „Ännchen von Tharau“. Anschließend fahren Sie durch das Memelland. Es geht über Heydekrug, Pogegen, mit Fotostopp an der Luisenbrücke vor Tilsit, zum mythischen Rombinus Park. In Jurbakas überqueren Sie die Memel (nordöstlichster Grenzverlauf) und fahren nach Kurdios-Naumestis, der Schwesterstadt von Schirwindt. Später erreichen Sie das Hotel in Marijampole an der Scheschuppe.

4. Tag: Fahrt über Wystiten mit Blick über den See nach Nord-Ostpreußen. Dann führt die Tour nach Polen (Wizajny) zum Dreiländereck. Desweiteren sehen Sie den Ort Szittkehmen. Von dort führt die Reise durch den Suwalski-Landschaftspark und durch Suwalki mit Fotostopp in Treuburg zum Hotel nach Lyck.

5. Tag: Programmgestaltung durch die Kreisgemeinschaft, Besuch beim Landrat, Fahrt zur Kruttinna.

6. Tag: Fahrt durch den Kreis und gemütliches Zusammensein am Wasserturm.

7. Tag: Gestaltung durch die Kreisgemeinschaft oder zur freien Verfügung, zum Beispiel für einen Besuch der Heimatorte mit Taxen.

8. Tag: Fahrt über Allenstein, Osterode, und Elbing zum Oberlandkanal. Nach etwa zweistündiger Fahrt erreichen Sie das Hotel in Danzig.

9. Tag: Besuch der Kathedrale in Oliva mit Orgelkonzert und Fahrt über Karhaus über die Kaschubische Seenplatte und quer durch Pommern zur ehemaligen pommerschen Hauptstadt Stettin mit kleiner Stadtrundfahrt.

10. Tag: Nach dem Frühstücksbuffet beginnt die Heimreise über die A20 Richtung Hamburg. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 30 Personen. Programmänderungen bleiben vorbehalten. Weitere Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, Telefon (0202) 500077, 42281 Wuppertal, Internet: www.scheer-reisen.de, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 15. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, Telefon (0451) 33517, www.burgfeldrestaurant.de. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen



Zum hundertsten Geburtstag
gedenken wir in Dankbarkeit
unseres lieben Mannes und Vaters

Günter Theodor Friedrich Heister

geboren auf dem Gut königlich Langendorf im Samland
am 6. April 1918, verstorben am 19. Dezember 1999.

Er lebte u.a. nach dem Leitsatz:
„Man muss sich immer in eine Sache hineinstürzen
und ganz an sie glauben.“

So hat er ein erfülltes Leben gehabt,
durchzogen von der Wehmut des Verlustes seiner Heimat,
die er uns lebendig erhielt.

Gundela und Angela Heister
Boytinstraße 18 · 22143 Hamburg



„Weiß nicht, woher ich bin gekommen,
weiß nicht, wohin ich werd' genommen,
doch weiß ich fest, dass ob mir ist,
eine Liebe, die mich nicht vergisst. (Justinus Kerner)



Mit tiefer Trauer erfuhren wir vom Dahinscheiden unseres ehemaligen, langjährigen Vorsitzenden

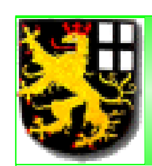
Dr. Bernd Wöbke

geb. 26. 9. 1943 gest. 22. 3. 2018

Er leitete die Heimatgemeinschaft mit Energie und dem Forscherdrang, alles über die Vergangenheit unserer Heimatstadt zu erkunden. Wir sind ihm für seinen unermüdlichen Einsatz zutiefst dankbar und werden sein Andenken in Ehren halten. Wir trauern mit seiner Familie und wünschen alles Gute für die Zukunft.

Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau
Für den Vorstand: **Erika Kruse,** Vorsitzende

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Termine 2018

20. Juni: Welt-Flüchtlingstag in Berlin
15. bis 16. September: Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf, Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8. Der Programmablauf wird noch bekanntgegeben.
15. September: Kreistagssitzung und Neuwahl des neunten Kreistages nach Wahlordnung unserer Satzung.

Termine in der Heimat

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode
7. Juli: Sommerfest der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Simnau



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Hoberbeck und Selongen

Sonnabend, 7. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: 22. Kirchspieltreffen Hoverbeck.

Sonnabend, 7. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: Ortstreffen Selbongen.



TILSIT-RAGNIT

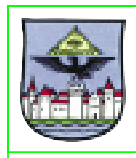
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschafts-Treffen

Das diesjährige Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai 2018 im Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2 statt. Einlass 9 Uhr, Beginn 10 Uhr, Ende 17 Uhr. Am Vorabend gemeinsames Abendessen um 18.30 Uhr und gemütliches Beisammensein. Es erwartet Sie ein vielfältiges Programm bei freiem Eintritt (um eine Spende wird gebeten.) Festredner: Dr. Wolfgang Thüne. Hotelzimmer (DZ 94 , EZ 64) können unter Telefon (02243) 8870 oder unter E-Mail info@hotelschuetzenhof.de gebucht werden.



Nachbarschaftsgespräch von Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und der Elchniederung: In Köthen gab es viel Diskussionsstoff, konstruktive Beiträge und ein harmonisches Miteinander Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschafts-Gespräch

Zum diesjährigen Nachbarschaftsgespräch hatte die Stadtgemeinschaft Tilsit die Vorstände der Nachbarkreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung nach Köthen/Anhalt eingeladen. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Vorbereitung und gemeinsame Koordinierung der nächsten Vorhaben. Im Mai dieses Jahres veranstaltet die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit ein gemeinsames Heimattreffen für die Mitglieder aller drei Kreise in Eitorf. Das nächste Drei-Kreise-Treffen bereitet die KG Elchniederung in Lüneburg vor.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat mit der Neuwahl ihrer Stadtvertretung Kandidaten aus den Reihen der Nachgeborenen und aus der Bekenntnisgeneration gewonnen und eine Verjüngung erreicht. Die neue Stadtvertretung zählt zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben, Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben und die Perspektive der Stadtgemeinschaft Tilsit über die kommende Legislaturperiode hinaus „auf Dauer“ anzulegen. Dabei wird sie sich auf das Wirken einer Arbeitsgruppe stützen, die ein Zukunftsszenario entworfen und einen Strategieansatz in Angriff genommen hat. Es gilt, Ostpreußen als Teil der deutschen Kulturgeschichte im Bewusstsein der Menschen nachhaltig zu bewahren.

Viel Diskussionsstoff bot das Wechselverhältnis von Mitgliederentwicklung, Spendenverhalten und Heimatbriefversand. Eine mehrjährige Analyse der Spendeneingänge führte zur Bereinigung der Versandkarteien mit dem Ergebnis, dass der Spendenumfang trotz Mitgliederreduzierung annähernd gleich blieb.

Die Beratung war gekennzeichnet durch konstruktive Beiträge und ein harmonisches Miteinander. Alle Teilnehmer sprechen sich für die Fortsetzung des jährlichen Nachbarschaftsgesprächs aus. Das Gespräch 2019 wird von der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit ausgerichtet und findet in Eisenach statt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

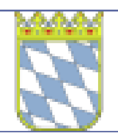


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 15. April, 15 Uhr, Pfarrscheune“ (neben der Kirche), Buchen-Hainstadt: Festveranstaltung zum 30-jähriges Jubiläum. Der künstlerische Programmteil wird vom Rosenau-Trio, Baden-Baden gestaltet. Ein gemeinsames Essen bildet den Abschluss der Feier. Ein Bus wird ab Mosbach eingesetzt. Nähere Informationen bei der Ersten Vorsitzenden Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag 17. April, 15 Uhr, Krauthof Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. April, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Landeskulturtagung (siehe *PAZ* 13, S. 17). Das Tagungsprogramm:

10 Uhr: Eröffnung durch Wolfgang Freyberg, Leiter des Kulturzentrums Ostpreußens.

10.15 Uhr: „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ – ein Vortrag von Klaus Papies, Bremen.

11 Uhr: „Bekannte Politiker aus Ostpreußen“ – Vortrag von Dr. Bernd Braun, Heidelberg.

Tagungspause

13.30 Uhr: „Wanderung durch das heutige Kaliningrad unter besonderer Berücksichtigung des Königsberger Baumbestandes“ – Präsentation von Jörn Pekrul, Frankfurt am Main.

Kaffeepause

15 Uhr: „Das Haus der Bücher“ – Lesung von Michael Paul, Lahr, aus seinem Romane über das Schicksal der Königsberger Buchhandlung Gräfe und Unzer.

16 Uhr: Buchvorstellungen. Dr. Marianne Kopp, Stadtbergen, präsentiert ihr Werk „Abschied von Königsberg – Agnes Miegels Lebensweg 1944–1953“. „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und in Masuren nach 1945“ heißt das neue Buch von Wolfgang Freyberg und der Germanistin Gabriela Czarkowska-Kusajda, Allenstein.

Die Teilnahme ist kostenlos. Um Spenden wird gebeten. Anmeldungen bis zum 7. April, bei Juergen Danowski, Fax (0981) 4884949, E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de.

Altmühlfranken – Freitag, 27. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen (Heimatliche Käseplatte). Dann bunter Heimatabend mit Beiträgen über und aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und dem Sudetenland.

Ansbach – Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.

Bamberg – Mittwoch, 18. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Erinnerungen an die Nachkriegsjahre im Westen.

Hof – Die Gruppe traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant Altdeutsche Bierstube. Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste. Den Geburtstagskindern des letzten Monats wurde viel Glück und Gesundheit gewünscht. In einem interessanten Vortrag spannte Christian Joachim den Bogen von den Osterbräuchen verschiedener europäischer Ländern bis zurück zu denen in der alten Heimat. Bei Schmackostern wurden junge Frauen mit der „Lebensrute“ am Ostermontag geschlagen, um Arbeitskraft und Fruchtbarkeit zu fördern. Danach stellte Herr Joachim das neue Rollplakat vor, auf dem die wichtigsten Informationen zur Landsmannschaft der Ost-und Westpreußen, Ortsgruppe Hof, zusammengefasst sind.

Die nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend, dem 14. April, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube statt. Thema ist die Kurische Nehrung. Gäste sind herzlich willkommen.

Landshut – Dienstag, 17. April, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“, Badstraße 16, 84028 Landshut: Jahresrückblick 2017.



Hof: Das neue Rollplakat mit den wichtigsten Informationen zur Ortsgruppe und zur Landsmannschaft Bild: privat



Landeskulturtagung: Unter anderem wird Jörn Pekrul, hier in original ostpreußischer Tracht vor dem Königsberger Dom, in Bild und Wort über das heutige Kaliningrad berichten Bild: privat

BERLIN

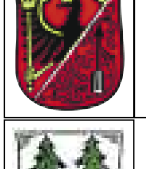
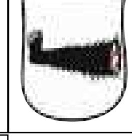
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 8. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – 11. April, 13.30 Uhr, flegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. April, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon. (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.

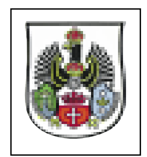





Angerburg, Goldap und Darkehmen – Donnerstag, 19. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Gemeinsames Treffen zu dem Thema „Winter in Ostpreußen“. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



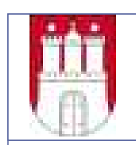
Königsberg – Freitag, 20. April, 14 Uhr. Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Landesgruppe – Dienstag, 10. April, 18 Uhr, Gutenbergstraße 71, Potsdam: Vorbereitender Vortrag zur geplanten Rundreise „Die Burgen des Deutschen Ordens" vom 17. bis 23. August 2018 (siehe PAZ, Nr 10, Seite 17). Interessierte sind herzlich willkommen. Der Eintritt kostet fünf Euro, für Fahrtteilnehmer ist er kostenlos. Nähere Informationen zur Reise unter Urania Potsdam, Telefon (0331) 291741.



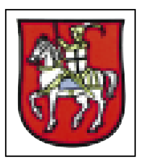
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Allen Schwierigkeiten trotzend, gelang es den Ost- und Mitteldeutschen in Hamburg sowie der Landsmannschaft der Donauschwaben auch heuer einen wunderschönen Ostermarkt zu veranstalten. Als Vorsitzender Wilibald C. Piesch in traditioneller „Alt-Bielitzer Männertracht" neben den schmucken Trachtenträgerinnen der Schlesier, Ostpreußen und Pommern, Gäste und Landsleute im überfüllten Saal willkommen hieß, bedauerte er, dass unser früherer Erster Bürgermeister Olaf Scholz, als neuer Bundesfinanzminister in Berlin Karriere machend, diese Kulturveranstaltung nicht besuchen konnte.

Obwohl man wenig Werbung vorab durchführte, war der Besuch gut, zumal viele neue Landsleute teilnahmen. Dank der kulturellen Beiträge von Christel Neumann, Helga Brenker und Manfred Weinhold, der in schlesischer Mundart von Ernst Schenke vortrug, sowie Einkaufserlebnisse einer Oma vorgetragen von der Westpreußin Frau Huckfeldt war allseits beste Stimmung. Fast an jedem Stand konnte man vielfältig Leckeres probieren, neben vor allem der selbst gebackene Osterkuchen nach ‚Omas Rezept' gut ankam. Beim Ausklang dankte Landsmann Piesch allen Verantwortlichen für diese kulturelle wertvolle Mitarbeit und lud zum Zentralen Tag der Heimat am 25. August in Berlin im Urania ein.

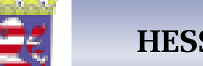
KREISGRUPPEN



Osterode – Wir laden herzlich ein zu unserem Frühlingsfest am Sonnabend, 14. April, 14 Uhr, in das Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Fuhlsbüttler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel, gemütliches Beisammensein mit Liedern und Vorträgen über den herannahenden Frühling. Gäste sind willkommen.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Unser Monatstreffen am 14. April im Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, in Darmstadt-Kranichstein steht unter dem Motto „Wo ist unsere Mundart geblieben" und beginnt wie in alter Gewohnheit wieder um 14.30 Uhr ‚und wird vorgetragen von Gerlinde Groß. Gerne begrüßen wir auch Gäste, die wir immer herzlich willkommen heißen. Auch freuen wir uns über eine rege Teilnahme unserer Mitglieder. Eine gute Besserung und baldige Genesung wünschen wir allen Kranken, und hoffen auf ein Wiedersehen bei unseren nächsten Treffen.

– Bericht –

Am 17. März stand unser Treffen unter dem Zeichen „Das Leben der Fischer und Bauern im Memelland". Bis zur Ausgabe des Essens wurde lebhaft plachandert und Neuigkeiten ausgetauscht. Zwischenzeitlich war Gerd Milkereit eingetroffen. Ein besonderer Gast – Ulrich Kretschmann – und zwar der Bruder des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, dessen Familie aus dem ostpreußischen Frauenburg stammt, beehrte uns mit seiner Anwesenheit.

Waltraud Barth hatte alle blühenden Blume aus ihrem Garten mitgebracht und die Tische schön geschmückt. Diese Blumen konnten am Ende der Veranstaltung mit nach Hause genommen werden. Nach dem allen das Essen gut gemundet hatte, sprach Herr Turowski seine geistlichen Worte und Gerhard Schröder beglückwünschte die Geburtstagskinder der letzten vier Wochen.

Auch konnten zwei Gäste aus Frankfurt am Main, die die Information über den Vortrag von Milkereit im Ostpreußen Blatt gelesen hatten, begrüßt werden.



Holzminden: Vogelkundlerin Renate Bohn fesselte mit einem Vortrag über die gefiederten Feld- und Waldbewohner Bild: privat

Nun war die Zeit soweit fortgeschritten, dass Gerd Milkereit mit seinem Vortrag über das „Leben der Bauern und Fischer im Memelland" beginnen konnte. Mit Lichtbildern unterlegt, schilderte er, wie sich das Leben im Mündungsdelta der Memel zum kurischen Haff abspielte. Für die Leute aus dem Dorf war das Leben sehr mühsam: früh aufstehen, kein Licht, denn Strom gab es auf diesen Eiländern nicht. Bäder waren noch nicht existent. Um in die Schule zu kommen, oder Besorgungen zu machen, musste man mit einem Kahn erst einmal das das Eiland umgebende Wasser überwinden. Vier Meter hohe Dämme schützten das Land vor Überflutung. Die Lebensgrundlage bildete der Ackerbau und die Fischerei. Es gab viele Einschränkungen die das tägliche Leben erschwerten. Dies wurde durch die Schilderung der Kindheitserinnerungen Gerd Milkereits dargelegt.

Er ist in Memel – jetzt Kleipeda – geboren. Er hielt sich am liebsten bei seinen Großeltern im Memeldelta, dem Ursprungsort seiner Schilderungen auf. Auf den Lichtbildern konnte man erkennen, wie es zur Zeit bis 1940/41 ausgesehen hat und was sich dort im Laufe der Zeit danach veränderte. Stolz ist Gerd Milkereit darauf, dass er bei späteren Besuchen im Memelland das Grab seiner Urgroßeltern unbeschädigt wiederfand. Es wird jetzt von Freunden gepflegt. Hierzu gab es auch Bildinformation die den Namen Milkereit bezeugen.

Es war ein sehr aufschlussreicher Vortrag der aufmerksam verfolgt wurde. Gerhard Schröder verabschiedete dann die Teilnehmer der Versammlung nicht zuletzt mit dem Hinweis auf unser nächstes Treffen das am 14. April stattfindet. Gerlinde Groß wird an diesem Tag mit ihrem Vortrag die Frage stellen, „Wo ist unsere Mundart geblieben".

Hier noch eine ganz wichtige Information. Unsere Treffen beginnen ab April wieder um 14.30 Uhr. Wir wünschen allen Kranken eine gute Genesung und hoffen, dass sie bald wieder an unserer Veranstaltung teilnehmen können.

Wetzlar – Montag, 9. April, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben": Treffen mit dem Historiker Dr. Christopher Spatz (Bremen) zum Thema „Ostpreußens Hungerkinder". Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben mehrere Tausend Kinder in Ostpreußen zurück, die auf sich selbst gestellt waren. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 10. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35; Frühlingsnachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 21. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung. Nach dem offiziellen Teil: Informationen aus den Heimatgebieten und Bilder vom Vereinsleben. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Raderkuchen.



NIEDERSACHSEN

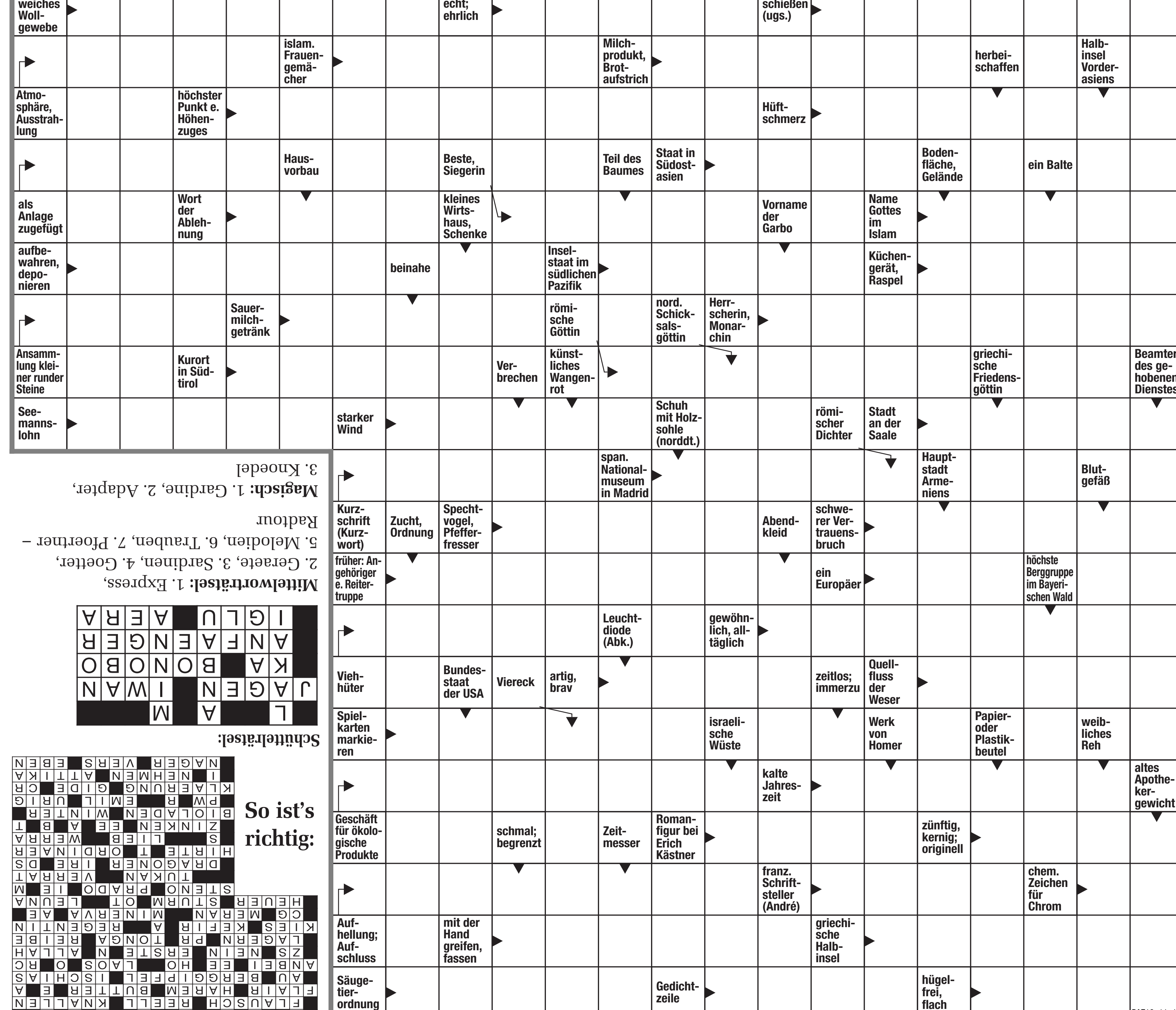
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Kaum scheinen die ersten Sonnenstrahlen durch die noch kahlen Äste, ist es zu hören: Die Vögel freuen sich lautstark, dass endlich der Frühling kommt. Darüber zu berichten, hatte die Vorsitzende Renate Bohn eine Ornithologin eingeladen, die den Mitgliedern und Gästen mit einem so emotionalen Bild-Ton-Vortrag fesselte, dass ein jeder noch sensibler für Vogel und Natur heimging.

Und auch wenn die Holzmindener Gruppe immer kleiner wird, die Vorsitzende ist stets bemüht, neue Ideen für kommende Treffen zu finden, sodass sich auch immer wieder Gäste einfinden. Zahlreiche Nichtmitglieder waren im Februar auch zum angesagten Königsberger Klopsessen dabei.

Der nächste Termin ist Freitag, der 13. April. Dann zur Jahreshauptversammlung. Im Anschluss daran wird die Vorsitzende einen Film über die Heimat Ostpreußen vorführen. „Bleiben Sie alle gesund bis zum nächsten Mal", das wünschen sich jeweils alle beim Abschied nach dem gemeinsamen Ostpreußenlied.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

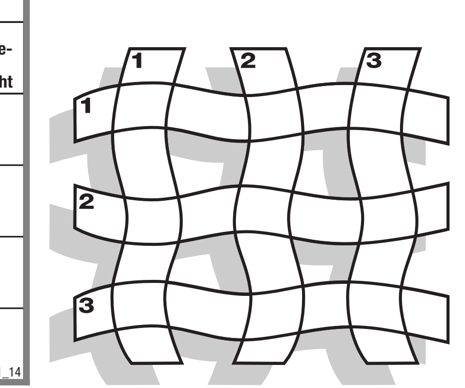
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAIKL		AGGN	AABNU		AIMNN		EGOW	ABER	ANOR
					AINW				
AEGJN			BBNOOO						
AAEEFGNNR									
GILU					AAER				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein sportlicher Freizeitspaß.

1	ORIENT		GUT
2	SPORT		TURNEN
3	OEL		DOSE
4	HALB		BOTE
5	OPERN		FOLGE
6	WEIN		KERN
7	NACHT		LOGE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Fenstervorhang
2 Technik: Verbindungsstück
3 süddeutsch: Kloß

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Oldenburg – Bei der Versammlung am 14. März war Dr. Christopher Spatz zu Gast. Er hielt einen Vortrag über die Wolfskinder. Ein Thema, mit dem er an der Humboldt-Universität in Berlin promoviert worden ist. „Nur der Himmel blieb derselbe: Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben" lautete der Titel, mit dem er das sensible Thema eindrucksvoll beschrieb. Er schilderte zunächst das Schicksal im nordostpreußischen Gebiet nach 1945 und dann das Streben der Überlebenden im Elend der Jahre 46/47, das viele Kinder nach Litauen auf Nahrungssuche trieb. Viele Informationen für seine Arbeit schöpfte er aus zahllosen Interviews von Betroffenen, die er im ganzen Bundesgebiet aufsuchte. Eine Beschreibung ihrer Psyche und ihres Gefühlslebens zeigte die immer noch latente Verletzlichkeit dieser Personengruppe. Da wir eine gute Ankündigung in der Lokalpresse erhalten hatten, sprach Dr. Spatz vor vielen aufmerksam lauschenden Zuhörern in einem vollen Haus.

An unserem nächsten Treffen am 11. April berichtet uns Dr. Jörg Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, in einem Vortrag mit Bildern über „Cadiner Majolika – Gebrauchs- und Kunstkeramik aus Cadinen, Westpreußen". Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen, im Stadthotel um 15 Uhr.

Osnabrück – Freitag, 20. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäkerstraße 1 oder Kreuzstraße): Bei diesem Treffen wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo den Vortrag „Hirsche in Rominten und in aller Welt" halten. Neben den Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern sind wie immer herzlich willkommen. Weitere Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (05751) 5386 oder E-Mail: rebuschat@web.de.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Die Zusammenkunft der Ostpreußen findet nun einmalig im Monat im „Haus der Diakonie", Kreuzstraße 19a in 33602 Bielefeld statt. Beginn des ersten Heimatnachmittags am neuen Treffpunkt ist am 9. April um 14 Uhr.

Dortmund – Montag, 16. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Mittwoch, 11. April, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf: „Wolfsland oder Geschichten aus dem alten Ostpreußen" – Lesung mit **Arno Surminski**. Seit Jahrzehnten ist der 83-jährige Schriftsteller insbesondere durch seine großen Romane ein Begriff in der deutschen Gegenwartsliteratur. In diesem Frühjahr erscheint sein neuer Band mit Geschichten aus seiner ostpreußischen Heimat. Am 11. April liest der Autor daraus ausgewählte Stükke. Informationen: Telefon (0211) 1699111, Mail: info@g-h-h.de – Montag, 16. April, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: „Unterwegs in Polen. Begegnungen mit Menschen, ihrer Geschichte und Heimat" – Lesung mit **Hans Bollinger**. Der Autor, der seit über 20 Jahren einen deutsch-französisch-polnischen Verein im Saarland leitet, berichtet unteranderem von seinem ersten abenteuerlichen Besuch in Oberschlesien 1976 und den großen Veränderungen seitdem, von Schloss Lubowitz und Joseph von Eichendorff und beschäftigt sich mit der Frage, was deutsche von polnischen Oberschlesiern unterscheidet. – Dienstag, 17. April, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: „Polen 1918-2018: Pilsudski, Paderewski & Co. – historische Rolle und Erinnerungskultur" – ein Vortrag von Professor **Stephan Lehnstaedt**. Der Historiker, der bis 2016 am Deutschen Historischen Institut in Warschau tätig war, ist ausgewiesener Experte für die Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. Er zeichnet die schwierige Wiedergründungsphase nach und setzt sich zugleich kritisch mit der aktuellen polnischen Geschichtspolitik auseinander.



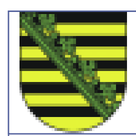
Düsseldorf: Am 16. April liest Hans Bollinger im Gerhart-Hauptmann-Haus aus seinem Buch „Unterwegs in Polen"

Köln – Das nächste Treffen der Ostpreußengruppe findet am Mittwoch, 11. April. um 14 Uhr, im „Café zum Königsforst" statt. Das Café liegt nahe der Endhaltestelle Königsforst der KVB-Linie 9. Es ist zu unterstreichen, dass das Lokal für unsere Versammlung einen eigens dafür vorgesehenen Raum mit der Pommergruppe zur Verfügung stellt, der eine angenehme Atmosphäre ausstrahlt .Schauen Sie doch mal rein!

Neuss – Sonntag, 22. April, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus; Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Wesel – Sonnabend, 7. April, 15 Uhr, Heimatstube. Kaiserring 4: Traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Ein buntes Programm wird für schöne Stundensorgen. Informationen: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 16. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Treffen zum Thema „Ostpreußischer Humor und Spaß".



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Am Sonntag, 15. April, findet der Kirchentag der evangelischen Ostpreußen mit der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen in der Sankt-Matthäus-Kirche, Zinzendorferstraße 14, 09116 Chemnitz, statt.

Beginnen möchten wir mit dem Gottesdienst um 9.30 Uhr zum Thema „Flucht und Vertreibung im alten und neuen Testament". Dieser Gottesdienst wird gestaltet von der Jungen Gemeinde der Sankt-Matthäus-Kirche. Danach werden wir uns an den Gedenkstein im Park an der Kirche begeben, und eine Kranz niederlegen, im Gedenken aller Toten, die durch Krieg, Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen sind.

Nach der Mittagspause wird Frau Tews von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zum Thema „Flucht und Vertreibung in und aus Russland" sprechen. Der Posaunenchor der Gemeinde Sankt Matthäus wird den kulturellen Rahmen bilden. Zum Abschluss wird der Kindergarten „Kirchenmäuse" mit einem kleinen Programm bei Kaffee und Kuchen den Tag beenden.

Die Landesgruppe lädt alle Interessierte und Landsleute recht herzlich ein. *Alexander Schulz, Landesvorsitzender*

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Juni, 10 bis 17 Uhr, Saal des Gartenvereins Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91 in 04157 Leipzig: regionales– und landesweites Treffen unter dem Motto Spurensuche. Teilnehmer sind der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg-Froese, die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Gerdauen, der Samländer „Pobethen-Dietmar", die Fotografin Monika Schulz-Fieguht und die Mundartsprecherin Inge Scharrer. Für den musikalischen Höhepunkt sorgt der international bekannte „Männerchor Leipzig-Nord". Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

Limbach-Oberfrohna – Termine zum Vormerken: **Sonnabend, 5. Mai,** 14 Uhr, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Treffen zum Thema Kriegsgräberfürsorge. Ein kompetenter Mitarbeiter berichtet. Vor allem die Arbeit in Ostpreußen soll im Mittelpunkt stehen,

Sonnabend, 16. Juni: Ausfahrt.

Sonnabend, 22. September, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest nach ostpreußischer Art.

Sonnabend, 6., bis Sonntag, 14. Oktober: Urlaubsfahrt nach Krakau.

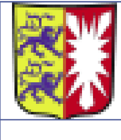
Sonnabend, 15. Dezember, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: ostpreußische Weihnachtsfeier.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Monatstreffen. Edmund Ferner zeigt einen aktuellen Lichtbildervortrag von seiner Reise nach Ostpreußen im November 2017 nach Königsberg, Gerdauen, Friedland, Cranz, Rauschen sowie Rossitten und Georgenswalde. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch, 11. April 2018, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg, Mathildenstraße 22: Kaffeetafel, dann Vortrag zum Thema „Ostpreußens Grenzen im Wandel der Zeiten". Referent ist Dr. Manuel Ruoff, Redakteur der PAZ. Anmeldungen bitte bis spätestens zum 4. April bei Herrn Brandes, Telefon (0461) 74816.

Neumünster – Mittwoch, 11. April, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Journalistin und Fotografin Monika Krebs zeigt Aufnahmen von Persönlichkeiten aus Film und Theater, die in Neumünster ein Gastspiel gaben. Gäste sind willkommen.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 20. April, 19 Uhr, Klönstuv: Jahreshauptversammlung mit Königsberger Klops.

Uetersen – Freitag, 13. April, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger und seiner Drehorgel.

Verletzte Maiestas

Zu: Meinungsfreiheit gegen Political Correctness (Nr. 10) und: Stigmatisierung (Nr. 10)

Bei einer Bahnfahrt hat mir ein Mitreisender Ihre mir bislang unbekannte Zeitung (Ausgabe Nr. 10 vom 9. März 2018) geschenkt, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Der Artikel über Politische Korrektheit belegt, dass wir uns wieder ducken und anpassen, um nur nicht aufzufallen. Und der Verfasser ist nicht irgendwer.

Prof. Dr. Ingo von Münch hatte ein Vierteljahrhundert einen Lehrstuhl für Verfassungs- und Völkerrecht an der Universität Hamburg inne, ist Mitherausgeber eines Grundrechtskommentars und FDP-Mitglied und war fast vier Jahre Senator für Wissenschaft und Kultur in der Freien und Hansestadt Hamburg, also jemand, den man nicht so einfach mit dem Begriff „rechts" etikettieren kann.

Als Liberaler alter Schule gepaart mit seinen persönlichen Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus hat von Münch sich aber ganz offensichtlich seine Weitsicht bewahrt, dass die Meinungsfreiheit nicht tages- oder machtpolitischen Opportunitäten zu opfern ist.

Wohin die Reise der Zensur geht, liefert die Redaktion mit dem Kommentar „Stigmatisierung" gleich mit. Ich habe mir die besagte Rede des inzwischen fraktionslosen Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Ludwig Flocken im Internet angehört und das Urteil gelesen (es ist ebenfalls im Internet unter Hamburgisches Verfassungsgericht, Entscheidungen, 3–17 vom 2. März 2018 abgelegt und leicht zu finden).

Dass Bundeskanzlerin Merkel die Deutschlandfahne Herrn Gröhe weggenommen hat, ist unbestreitbar. Ob sie das mit Ekel getan hat, wie Ludwig Flocken meint, darüber kann gestritten werden, dass aber eine solche Lappalie mit einem Ausschluss aus der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft geahndet wird, ist ein Skandal.

Die Würde des Parlamentes sei damit verletzt, meint das Verfassungsgericht. Das Wort „Maiestas" kommt aus dem Lateinischen und heißt Würde. Wir sind Zeuge der Wiedereinführung der Majestätsbeleidigung, versehen mit dem Siegel des Hamburgischen Verfassungsgerichtes, und das im Jahre 2018.

Petra Quast, Berlin

Dem Volke dienen, aber nicht einer zufälligen Bevölkerung

Zu: Selber machen (Nr. 9)

Die Aufregung über die Entscheidung der „Essener Tafel" zeigt einmal mehr die Uneinsichtigkeit derjenigen, welche die Realität des inzwischen erreichten Zustandes der Verhältnisse in Deutschland nicht mehr wahrnehmen wollen. Da hat die Kanzlerin eine „Willkommenskultur" ausgerufen, die allen Elenden dieser Welt eine neue gesicherte Heimat anbot. Mit dieser Einladung hat die Politik dann auch die Konsequenzen zu tragen, das heißt, dass die jetzt die „Tafel" stürmenden jungen ausländischen Männer den falschen Ort belagern. Sie müssten das Kanzleramt beziehungsweise die nachgeordneten Behörden als Vertreter dieser rechtswidrigen Entscheidung aufsuchen, um das Versprechen einzufordern.

Schlimm genug, dass es in diesem reichen Land Bürger – deutsche Bürger – nötig haben, um Almosen zu betteln. Dieser Zustand ist ein Skandal, der durch die „Tafel" nur gemildert wird. Deutschen zuerst zu helfen, ist kein Rassismus, sondern die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Politik, angefangen von der Bundesregierung bis zum letzten Ortsrat. Und wer als Christ jetzt Einspruch erhebt, dem seien die Worte des Apostels Paulus aus dem Brief an die Galater in Erinnerung gerufen: „Lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubensgenossen" (6, 10).

In diesem Sinne beginnt der Skandal bereits da, wo christliche Politiker den Christen unter den Flüchtlingen nicht einen Vorrang einräumen. „Dem Deutschen Volke" steht als andauernde Mahnung über dem Reichstagsportal – nicht der zufälligen „Bevölkerung" unseres Landes. Wer als Abgeordneter dieses Staates in den Bundestag gewählt worden ist und das bezweifelt, sollte zu Fuß mit Blick nach oben den Reichstag betreten, ansonsten sitzt er im falschen Parlament.

Prof. Karl-Heinz Kuhlmann, Bohmte



Als wäre sie ein ekeliger Stofffetzen: In Zeiten Politischer Korrektheit legt man – wie Bundeskanzlerin Angela Merkel – die Deutschlandfahne lieber schnell aus der Hand

Bild: Imago

Das Wort »Flüchtling« dient nur als Schutzbehauptung

Zu: Meinungsfreiheit gegen Political Correctness (Nr. 10)

Unter anderem nimmt der Verfassungsrechtler Ingo von Münch in der *PAZ* Stellung zur Rolle der Politischen Korrektheit in der Sprache. Aber auch er lässt das Eigentliche der Geschichte unbetont, das der sogenannten „Flüchtlingskrise" zugrundeliegt, die Geschichte nämlich, dass ein jeder Immigrant dieser Welt, der das Wort „Flüchtling" als Schutzbehauptung vor sich herträgt, dass also jeder dieser Immigranten mit dem Wort „Asyl" die Berechtigung erwirbt, bis zur Mitte Europas vorzudringen und seinen Wunsch, seine sogenannte „Berechtigung", untersuchen zu lassen und dann noch Bargeld dafür in die Hand zu bekommen.

Selbstverständlich fasst die halbe Welt solche Grenzdurchlässigkeit als Einladung zur neuen Art der Arbeitsbeschaffung auf. Bundeskanzlerin Merkel braucht sich gar nicht mehr anzustrengen, um diesen Wunsch zu erfüllen.

Warum ist Deutschland, die Mitte Europas, das einzige Land mit dem „Asylparagrafen"? Weil Deutschland, nach 1945, das Schuldgefühl zu verstärken gezwungen werden sollte. Das Schuldgefühl vor dem Fremdling ist das angepasste Mitleidsgefühl an zum Flüchtling gewandelten Immigranten. Die Wirkung dieser Worttäuschung ist in Deutschland sehr weitverbreitet, und das wirkt auch weiter durch die Medien. Die paar, die wirkliche Flüchtlinge sind, verschwinden in der Masse des Missbrauchs dieses Wortes.

L. v. Gersdorff, Otterfing

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Ein Stück Freiheit

Zu: Adolf Hitlers größte Fans leben in Indien (Nr. 11)

Die geschilderten Vorgänge um die Verehrung Hitlers in Teilen Asiens ist ein Stück Freiheit, die sich die dortigen Leute nehmen. Das machen oft jene, die nicht in einer scheinbar abgesicherten „Überflussgesellschaft" leben und sich darum einen klaren Blick fürs Überleben bewahren mussten. Deshalb wächst Erkenntnis auch immer an den Rändern. Von „Freiheit" wurde im Westen viel geredet – heute können viele verbogene Westler infolge zu langer Bückhaltung (als erbrachte Gegenleistung zum materiellen Überfluss) diese nicht mehr verteidigen.

Trotzdem glauben viele Menschen noch, diesen Begriff für sich gepachtet zu haben, was ins Lächerliche geht. Vielleicht macht der Autor die sich dem westlichen Zeitgeist unterwerfenden Anmerkungen auch nur, um sich zu schützen. Als Draufgabe werden den anderen Kulturen oft noch die „Menschenrechte" erklärt, was in diesem ansonsten aufschlussreichen Artikel aber unterblieben ist.

Thomas Hartmann, Stralsund



Kein Maulkorb

Zu: Endlich raus aus der Schweigespirale! (Nr. 12)

Jeder von uns kennt die tägliche Beeinflussung durch die gleichgeschalteten Tageszeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender. Es ist erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit der Bürger besänftigt, eingelullt und zufriedengestellt werden soll. In dem Beitrag nennt Eva Herman ohne Schnörkel das Kind beim Namen. Bitte weiter so! Herman endet mit dem Rat: „Durch persönliche Gespräche im kleinsten Kreise lassen sich klare, gute Gedanken spiralförmig nach außen tragen. Das ist der Weg."

Passen wir auf, dass die Macht der Medien durch ihre linke Grundierung in der Deutungshoheit nicht jeden deutschen Bürger manipuliert und einen Maulkorb verpasst.

Karl-Heinz Rieger, Kiel

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Im Rausch der Fasern

Als Grundlage für Marihuana wird Hanf von Legalisierungsgegnern attackiert – Als Nutzgewächs ist er aber fast unersetzlich

Zum Jahresbeginn 2018 hat Kalifornien als sechster US-Bundesstaat den Anbau und Verkauf von Marihuana legalisiert. Das lenkt den Blick auf eine der ältesten Kulturpflanzen der Welt: Hanf.

Aus den Blüten der weiblichen Hanfpflanze (lateinisch Cannabis sativa) wird Marihuana, aus ihrem Harz Haschisch gewonnen. Im Zuge der Drogenpolitik der 1920er und 30er Jahre wurde der Anbau von Hanf in den meisten Ländern verboten. In den Industrienationen hatte der Anbau von Faserhanf seinerzeit ohnehin keine Bedeutung mehr.

Heute gehört es nicht mehr zum Allgemeinwissen, dass die Hanfpflanze bis weit ins 19. Jahrhundert hinein ein wichtiger Lieferant für Fasern, Nahrungsmittel und Medizin war. Von hoher Bedeutung war der Hanfanbau in Europa nachweislich seit dem Mittelalter. Seile, Segel, Papier, Kleidung, Öl und Arzneien waren wichtige Hanf-Produkte.


Bild: Colourbox

Legales Cannabis: In Europa ist der landwirtschaftliche Anbau von Industriehanf erlaubt

Während der Hanf durch andere Rohstoffe immer mehr verdrängt wurde, war der private Cannabiskonsum auf dem Vormarsch. Um 1890 gebrauchten laut Meyers Konversationslexikon 200 Millionen Menschen in Asien und Afrika Cannabis als „narkotisches Genussmittel“ und damit fast jeder fünfte Mensch in diesen Kontinenten. Der Gebrauch der Droge schwappte danach auch in die westliche Welt. Auf der zweiten internationalen Opiumkonferenz von 1925 wurde Cannabis daher in das Abkommen über das Verbot von Opium und Heroin mit einbezogen. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich, die erlaubten Anwendungen im medizinischen Bereich streng zu überwachen.

Während des Zweiten Weltkriegs kam es zu einer kurzfristigen Wiederbelebung der kriegswichtigen Hanfindustrie. „Hemp for Victory“ (Hanf für den Sieg) hieß der Slogan in den USA. In den 50er Jahren verschwand die Pflanze außer in einigen Ostblockländern wieder von den Feldern. Die Rohstoffe Holz, Jute, Sisal und Baumwolle sowie Erdölprodukte standen wieder ausreichend zur Verfügung, um Seile, Papier und Textilien daraus zu fertigen.

Seit Anfang der 90er Jahre ist der landwirtschaftliche Anbau zertifizierter Sorten von Faserhanf zur kommerziellen Nutzung in der EU wieder erlaubt. Die Sorten enthalten keine nennenswerten Mengen des psychoaktiven Wirkstoffs Tetrahydrocannabinol. Trotzdem wird der Hanfanbau immer noch oft mit illegalen Machenschaften assoziiert.

Asien ist die botanische Heimat des Hanfs. Die Hanfpflanze wächst zwei bis vier Meter hoch und hat langstielige, fingerförmige Blätter. Hanf konnte wegen seines unkrautunterdrückenden Wachstums auf humusreichen Böden angebaut werden, wo Flachsanbau nicht möglich war. Wie beim Flachs werden die harten Fasern des Stiels aufwendig bearbeitet, um sie für die Herstellung von Seilerwaren und Geweben brauchbar zu machen, während man die Samen, Blätter und Blüten als Nahrungsmittel, in der Medizin und bei religiösen Ritualen verwendete.

Hanfsamen, die ältesten Spuren von Cannabis sativa, wurden in einer um 8000 v. Chr. gefertigten Tonscherbe auf Taiwan gefunden. Um 4500 v. Chr. fischten die Menschen am Gelben Fluss mit Hanfnetzen. In seiner pharmakologischen Abhandlung beschrieb der chinesische Kaiser Shen Nung 2737 v. Chr. die Verwendung des Hanfs für medizinische Zwecke.

Auch die alten Ägypter nutzten Hanfsamen medizinisch, etwa bei der Schmerzbehandlung und bei Augenreizungen, sowie als Opfergabe bei Ritualen. Als frühester Beleg für den Hanfanbau in Mitteleuropa gelten Cannabissamen aus einer um 5500 v. Chr. bewohnten Hütte in Eisenberg (Thüringen). Feine, aufbereitete Hanfgewebe kannte man schon zu Beginn des Mittelalters, wie Funde aus dem Grab der Merowinger-Königin Adelgunde beweisen, die 565 in Paris bestattet wurde.

Karl der Große ordnete in seinem „Capitulare de villis“ den Anbau von Hanf auf seinen Landgütern an. „Hanf vermindert die bösen Säfte und macht die guten stark“, lehrte Hildegard von Bingen in ihren Schriften aus dem frühen 12. Jahrhundert.

Überaus wichtig waren Hanf und Hanfprodukte seit Jahrtausenden für die seefahrenden Völker. Für ihre hochseetüchtigen Schiffe lieferte der Hanf die Fasern zur Herstellung reißfester und witterungsbeständiger Segel, Planen und Leinen, während die nahrhaften Samen den Proviant auf langen Seereisen ergänzten.

Die Wikinger statteten die Schiffsgräber ihrer Könige mit Hanftextilien und Hanfsamen aus. Auch das Hanföl war sehr beliebt. Im Vergleich mit anderen Ölfrüchten sind Hanfsamen am hochwertigsten. Vermutlich verwendeten auch die Wikinger ebenso wie andere Germanen und Skythen Cannabis als Rauschmittel bei ihren Riten.

Denkwürdig ist die seitenlange Abhandlung über den Hanf und Hanfprodukte im „Simplicissimus“. Anlass war zugeschnittenes Wischpapier, das der Autor Grimmelshausen in einem stillen Örtchen vorfand. Er nahm es zum Anlass, um den Werdegang des Hanfs aus der Ich-Perspektive minutiös zu schildern, angefangen bei der Ernte. Nach der Aufbereitung durch Rösten (Verrotten), Brechen und Hecheln der Fasern skizziert er die Metamorphose des gesponnenen Garns zur Webleinwand und des genähten Hemdes zur Windel, welche als Lumpen in der Papiermühle landet. Aus dem Papier werden Bögen für Rechnungsbücher geschöpft, die, in Stücke zerteilt, ihrer letzten Verwendung als Wischpapier für den Allerwertesten zugeführt werden. Die Botschaft der skurrilen Abhandlung lautet „Alles ist eitel“. Aus heutiger Sicht handelte es sich um eine vorbildliche Wertschöpfungskette.

In den 1980er Jahren schwärmte der US-Hanfaktivist Jack Herer (1939–2010), der umweltverträgliche Hanf könne helfen, die Menschheit ausreichend mit Kleidung, Papier, Öl, Brennstoff, Nahrung, Baumaterial und vielen Heilmitteln zu versorgen. In der Tat steigt der Anbau von Industriehanf in den USA, China und Kanada zwar langsam, aber stetig an. Nutzhanf wächst auch wieder in mindestens 13 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Auf 17 000 Hektar wurde 2014 überwiegend Faserhanf für Dämmstoffe und Verbundwerkstoffe angebaut, mit einem steigenden Anteil für die Samenproduktion.

Das legal gehandelte Marihuana ist in den USA längst ein Milliardengeschäft. Ende 2017 schossen Aktien von Unternehmen, die Cannabisprodukte erzeugen, nach oben. Dazu tragen auch die 23 US-Bundesstaaten bei, in denen der medizinische Einsatz von Cannabis erlaubt ist – Tendenz steigend. *D. Jestrzemski*

Egnar, der Killer

Erfolgreiche Auswilderung – Die Wisente vom Rothaargebirge

Als im April 2013 nach jahrelanger Gewöhnungsphase Deutschlands erste Wisentherde bei Bad Berleburg im Landkreis Siegerland-Wittgenstein ausgewildert wurde, bestand sie aus acht Tieren. Fünf Jahre später umfasst die Herde 21 Tiere. Allein 2017 wurden sechs Kälber geboren. „Die vielen Geburten jedes Jahr zeigen, dass es den Tieren gut geht“, sagt der Wildhüter Jochen Born.


Bild: Wisent-Welt-Wittgenstein e.V

Streitbares Alphatier: Bulle Egnar und Mütter mit Kind

Nicht verschwiegen werden darf, dass Chefbulle Egnar bei Rangkämpfen innerhalb der letzten fünf Jahre auch drei Jungbullen ins Jenseits beförderte. Und noch ein weiteres Skelett wurde gefunden. Konflikte unter den Tieren liegen in der Natur der Sache. Konflikte unter den Menschen auch. Denn während der Trägerverein von einer einmaligen Erfolgsgeschichte und einem beispielhaften Beitrag zum Artenschutz spricht, klagen mehrere private Waldeigentümer aus dem Hochsauerland seit Jahren gegen das Projekt. Inzwischen liegt die Zukunft der grenzenlosen Freiheit der Riesen-Rindviecher in den Händen des Bundesgerichtshofs. Wann sich die Karlsruher Richter mit dem Fall befassen werden, ist noch nicht absehbar.

Tatsache ist, dass die Tiere im umliegenden Privatwald Schälschäden verursachen. Rund 150 000 Euro wurden nach Angaben des Vereins seit 2013 aus einem Schadensfonds dafür erstattet. Gegenmaßnahme ist Zufütterung mit schmackhaftem Futter, die allein im Winter 6000 Euro verschlingt. Vorgesehen ist auch, das Pflanzenangebot auf Wiesen und Grünflächen im Gebiet der Wittgenstein Berleburg'schen Rentkammer abwechslungsreicher zu gestalten, um die Tiere dort zu halten. Ein Prozess, der sich allerdings über mehrere Vegetationsperioden hinzieht.

Der Aufwand für das Artenschutzprojekt ist enorm. Als die Tiere im Winter bei einem Bauern ans Heu gingen, musste der Verein schnell eingreifen und das Futter durch einen Zaun sichern. Nicht zuletzt muss er das Verhalten der Menschen regeln. Dafür hat er eine Aufklärungskampagne gestartet und Hinweisschilder installiert. Wichtig ist: auf keinen Fall füttern und zirka 50 Meter Abstand halten, um die Tiere nicht zu beunruhigen. Diesen Winter gab es die erste leichte Kollision mit einem Pkw, bei dem glücklicherweise weder Mensch noch Tier verletzt wurden.

Damit nicht genug. Um die genetische Vielfalt zu erhalten und weitere Kämpfe mit Todesfolge zu vermeiden, sucht der Wisent-Verein für Egnar und seine drei Söhne ein neues Zuhause. Zu einem späteren Zeitpunkt soll der dominante Bulle durch einen neuen ersetzt werden. Maximal soll die Herde auf rund 25 Tiere anwachsen.

Aus dem eingezäunten Parallelprojekt (Besucherareal), der „Wisent-Wildnis am Rothaarsteig“, wurden bereits 2014 drei Tiere herausgenommen und in ein Gehege in Lettland verbracht. In dem Gehege am Rothaarsteig leben derzeit acht Wisente, die 2017 insgesamt 36 500 Besucher anlockten. *Helga Schnehagen*

Das Wisent-Wildnis am Rothaarsteig liegt zwischen 57319 Bad Berleburg-Wingeshausen und 57392 Schmallenberg-Jagdhaus. Geöffnet von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr (letzter Einlass), www.wisent-welt.de

Sportlicher Kraftakt

Leibesübungen in Leipzig – Sportmuseum sucht einen Standort

Sport wird in Leipzig nicht erst seit dem wundersamen Aufstieg der Fußballbundesligamannschaft Rasenballsport Leipzig großgeschrieben. Die Stadt huldigt ihrer Sporttradition seit 40 Jahren mit einem Sportmuseum, auch wenn es derzeit nur eine Ausweichadresse besitzt. In seinem Interimsquartier, dem Stadtgeschichtlichen Museum, ist jetzt die Sonderausstellung „In Bewegung. Meilensteine der Leipziger Sportgeschichte“ eröffnet worden.

Von der Idee bis zur Gründung eines Sportmuseums in Leipzig vergingen 114 Jahre. Zum dritten deutschen Turnfest 1863 in Leipzig war solch ein Gedanke erstmals aufgekommen. 1867 begründete der Geschäftsführer der Deutschen Turnerschaft Ferdinand Goetz zwar in seinem Wohnhaus die erste sporthistorische Sammlung Deutschlands, doch sie überlebte den Gründer nur um einige Jahrzehnte.

1975 legten Wissenschaftler der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig eine „Konzeption für ein sporthistorisches Museum der Stadt Leipzig“ vor. In einer auf dem Hauptgebäude des Zentralstadions errichteten Zusatzetage wurde am 23. Juli 1977 das Sportmuseum Leipzig als eine Teileinrichtung des Museums für Geschichte der Stadt Leipzig eröffnet. Schwerpunkte der ständigen Ausstellung mit zirka 3000 historischen Objekten waren die Sporttraditionen der Arbeiterklasse und die Entwicklung des DDR-Sports.

Damit gab es nach dem Berliner Museum für Leibesübungen (1925–1934) erstmals deutschlandweit wieder ein Museum zur Geschichte des Sports, wenn auch mit deutlicher gesellschaftspolitischer Ausrichtung im Sinne der DDR-Staatsführung.

Bis 1991 wurden die Sammlungen auf über 30 000 Objekte erweitert und insgesamt 30 Sonderausstellungen präsentiert. Doch dann kam mit der Ausstellung „Lasst Kräfte sinnvoll walten“ zum 100. Jahrestag des Gewichthebens in Deutschland am 31. August 1991 das Aus für das Museum auf der Dammkrone des Zentralstadions. Es wurde indirekt ein „Wende“-Opfer, auch infolge Besuchermangels.

Fünf Jahre lang zog die wachsende Sammlung von Interim zu Interim. Als aber 2004 das über 50 Jahre alte Schwimmstadion abgerissen werden sollte, wurden authentische Gegenstände dieser mit der Leipziger Sportgeschichte eng verbundenen Anlage in den Fundus aufgenommen. Damals war noch nicht vorhersehbar, dass im verbliebenen Kassengebäude ein museales Domizil für das neue Sportmuseum entstehen könnte.

2007 endlich entschied sich der Stadtrat für die Nordtribüne mit dem Kassenflügel des ehemaligen Schwimmstadions als zukünftiges Domizil. Dennoch ist die Zukunft eines neuen Leipziger Sportmuseums weiter ungeklärt.



Bild: Wolfgang Zeyen

Dammkrone Zentralstadion: Standort des Sportmuseums bis '91

Die neue Ausstellung „In Bewegung“, die im Böttchergäßchen 3 bis 16. September präsentiert wird und die Teile der Sammlung sowie Orte und Themen der geplanten historischen Sportroute vorstellt, soll wieder sportliche Bewegung in die festgefahrene Sache bringen. *tws*

Geöffnet von Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 5 Euro. Internet: www.stadtgeschichtliches-museum-leipzig.de

Wie Mandela in Südafrika Recht und Ordnung schuf

Rechtzeitig zum 100. Geburtstag (18. Juli 1918) erscheint eine Arbeit, welche die Jahre des ersten demokratisch gewählten schwarzen Präsidenten Südafrikas nach Beseitigung der Apartheid beschreibt (1994–1999). Die Biografie besteht aus Versatzstücken; zahlreiche Originaltexte Mandelas und politischer Freunde aus Reden, offiziellen Dokumenten, privaten Notizen, Sprechzetteln und anderem mehr sowie aus verbindenden Passagen des südafrikanischen Schriftstellers Mandla Langa, die ein abgerundetes Werk schaffen. Diese sind ganz eng verwoben mit den Gedanken und Vorstellungen Mandelas, so dass inhaltlich kein Bruch entsteht.

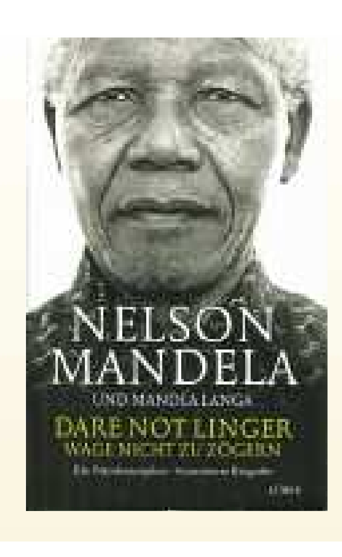
Dem Leser begegnet eine Fülle von Namen handelnder Personen von Parteien und Organisationen sowie von Orts- und Landschaftsnamen. Unentbehrliche Helfer sind dabei im Anhang das Abkürzungsverzeichnis, das Personen-, Sach- und Ortsregister, die Chronik von 1900–1999 und eine Karte Südafrikas, Stand 1996, sowie farbige Fotos von Mandela, die seine vielfältigen Funktionen und auch seine Popularität zeigen. Nur im Verbund mit diesen „Hilfsmitteln“ kann ein normaler Leser in Deutschland den Text verfolgen.

Der Hauptteil des Buches gliedert sich in 13 einzelne Kapitel. In ihnen wollte Mandela die Geschichte seiner Jahre als erster Präsident eines demokratischen Südafrikas erzählen. „Er wollte seine Gedanken zu den Problemen niederschreiben, die ihn und seine Regierung umgetrieben hatten, die Prinzipien und Strategien erkunden, die sie im Umgang mit den unzähligen Herausforderungen, denen sich die junge Demokratie gegenübersah, anzuwenden versuchten. Vor allem aber wollte er darüber schreiben, wie das Fundament für ein demokratisches System in Südafrika gelegt wurde.“ Diese Sätze zeigen den Spannungsbogen, in dem sich Mandela und seine Freunde bewegen mussten. Auf der einen Seite das durch die jahrzehntelange Apartheid-Politik der weißen Minderheits-Bevölkerung – es waren meistens Buren – völlig zerrissene Land mit harten Konfrontationen zwischen Schwarzen und Weißen, und auf der anderen Seite die an Wertmaßstäben orientierte Politik Mandelas und seiner Freunde. Dies wird auch an Überschriften einzelner Kapitel des Buches sehr deutlich: beispielsweise Kapitel 3 „Eine freie und gerechte Wahl“ oder Kapitel 9: „Versöhnung“.

Mandelas Entlassung 1990 aus einer 27-jährigen Haft galt damals als ein Symbol der Befreiung aus den Fesseln der Apartheid, die eine einzige Unterdrückung der schwarzen Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung darstellte. Die Weißen prägten die Gesellschaft zum Nachteil der schwarzen Mehrheit. Mit Übernahme der Präsidentschaft und damit der Regierungsgewalt standen Mandela und seine politischen Weggefährten vor einem Berg an zu lösenden Aufgaben in der Wirtschaft, im Bildungswesen und vor allem im Bereich der Sicherheit. Hier herrschten in vielen Teilen des Landes geradezu chaotische Zustände und rechtsfreie Räume. Die Korruption war nicht nur im Staatsapparat ein sehr ernstes Problem. Milizen lokaler Machthaber terrorisierten die Bevölkerung, Raubüberfälle und Morde standen auf der Tagesordnung. Es war eine Mammutaufgabe, hier Recht und Ordnung zu schaffen, was keinesfalls kurzfristig möglich war. Immerhin lebten in den 90er Jahren über 50 Millionen Menschen in Südafrika.

In den einzelnen Kapiteln wird deutlich beschrieben, welche Fülle an Aufgaben auf den ersten schwarzen Präsidenten zukamen: Hunderte von geduldigen Gesprächen mit den verschiedensten Repräsentanten der Bevölkerung, die in zahlreichen heterogenen Gruppen aufgespalten war. Nicht nur Schwarze und Weiße, sondern auch Inder und „coloured people“, überwiegend Mischlinge aus Schwarzen und Weißen, Minenarbeiter und Landbesitzer, Armee- und Polizeiangehörige, unterschiedliche Religionsgemeinschaften galt es zu berücksichtigen. Diese zahllosen Gespräche und Diskussionen waren keineswegs nur von Erfolg gekrönt, es gab immer wieder Rückschläge und Enttäuschungen. Der Weg zu einer demokratischen Gesellschaft ist oft sehr steinig und keine Einbahnstraße, das gilt für Südafrika bis heute. Ohne seine festen Grundüberzeugungen hätte Nelson Mandela diese Aufgabe auch körperlich nicht geschafft, das wird in diesem Buch mehr als deutlich. Sein Lebenstraum war die Befreiung der afrikanischen Mehrheit – hauptsächlich die Schwarzen – von der Tyrannei der Weißen und die Einführung der Demokratie in Südafrika. Aber auch er konnte es in der Zeit seiner Präsidentschaft nicht erreichen, dass die Vormacht der Weißen in den kulturellen, religiösen und Bildungseinrichtungen und selbst in der Landwirtschaft abgeschafft oder zumindest eingeschränkt wurden. So blieben diese Aufgaben für seine Nachfolger und – wie wir wissen – das gilt bis in unsere Gegenwart. Das Buch vermittelt den Eindruck, welch charismatische Persönlichkeit Nelson Mandela selbst zu seinen Lebzeiten schon war, der in einem Zuge mit Mahatma Gandhi genannt werden muss.

Karlheinz Lau



***„Nelson Mandela und Mandla Langa: dare not linger – Wage nicht zu zögern“,** Die Präsidentenjahre – Autorisierte Biografie, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2017, 512 Seiten, 26 Euro*

Feste feiern das ganze Jahr

Das Jahr ist gerade erst ein paar Monate alt. Damit man auch keines der kommenden Jahresfeste mehr verpasst und vor allem die Hintergründe unserer Feierlichkeiten einmal genauer kennenlernt, gibt es neu aus dem Gerstenberg-Verlag ein Hausbuch der Feste und Bräuche. „Wir feiern durch das ganze Jahr“ von Ilka Sokolowski und Sophie Schmid.

Es ist unterteilt in die vier Jahreszeiten und beginnt natürlich mit dem Frühling. Jedoch nicht mit dem ersten Monat des Jahres, sondern mit dem März und der Rückkehr des Lichtes. Monat für Monat leiten die Autorinnen den Leser durch das Kirchenjahr. Die Hintergründe eines jeden Festes werden erläutert Gedichte, Rezepte, Spiele und Basteleien zu den jeweiligen Ereignissen vorgestellt, was schnell zum Nachmachen anregt. Besonders schön ist auch, dass zu den einzelnen Kapiteln vertiefende Erklärungen gegeben werden, wie zum Beispiel im Sommer zur Getreideernte ein Überblick über die Kornarten gegeben wird, oder zum Reformationstag die Geschichte um Martin Luther. Auch die Geschichte des Faschingsfestes, was es mit "Halloween" auf sich hat, und des Valentin-Tages kann man erfahren.

Feiern vieler Religionen im Buch erfasst

Das Buch endet mit den Bräuchen im Januar und dem Narrentreiben im Februar. Bis schließlich das Lied „Winter ade. Scheiden tut weh“ von Hoffmann von Fallersleben den Gang durch das Jahr abschließt.

Neben christlichen Festen werden aber auch jüdische Feste, wie das Chanukka-Fest oder die islamische Fastenzeit des Ramadan erklärt. Im Anhang bekommt man Informationen zum Jüdischen, Islamischen, Julianischen und Gregorianischen Kalender sowie aller beweglichen Feiertage. Ansprechende Illustrationen bereichern den wertvollen Band. Ein Buch, das in keiner Familie und in keinem Haushalt mehr fehlen sollte.

Silvia Friedrich



***Ilka Sokolowski/Sophie Schmid (Illustr.): „Wir feiern durch das ganze Jahr. Das Hausbuch der Feste und Bräuche“,** Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 112 Seiten, 25 Euro*

Was die Natur hergibt – Grabungstechnikerin gibt nützliche Tipps

Doris Fischer, archäologische Grabungstechnikerin von Beruf, begeistert sich für alte Handwerkstechniken und traditionelle Pflanzennutzung, wie sie im Vorwort ihres Buchs „Flechten, Färben, Schnitzen“ erklärt. Sie möchte einen Beitrag dazu leisten, die Natur nachhaltig zu nutzen und der sogenannten „Wegwerfgesellschaft“ eine Alternative zu bieten. Vorweg gibt sie praktische Tipps: Bohrsäge, Bindfaden und Säge sollte man bei sich führen, wenn man – am besten nach einem Sturm – „einkaufen“ geht, weil dann viel Material von den Bäumen und Sträuchern geweht ist, das man einfach einsammeln kann, ohne den Pflanzen zu schaden.

Auch weist sie auf Zecken und giftige Pflanzen hin. Man fühlt sich als lesender Städter nun gut vorbereitet. Doch dann muss man sich erst das ganze Buch anschauen, um zu wissen, was man zu welcher Jahreszeit alles in der Natur einsammeln und nutzen kann.

Ziel: Wegwerf-Mentalität etwas entgegensetzen

Ein Kalender fehlt und sollte bei einer neuen Auflage unbedingt berücksichtigt werden. Es geht also doch noch nicht hinaus ins Freie, denn mitnehmen kann man das Buch aufgrund seiner Größe und seines Gewichtes nicht. Im ersten Teil „Sträucher und Bäume“ werden in alphabetischer Reihenfolge Pflanzen vorgestellt von Ahorn bis Weide. Im anderen Teil „Gräser und Kräuter“ kann man Nützliches über Pflanzen von Binse, Schachtelhalm bis Wiesenkerbel erfahren.

Der Aufbau der einzelnen Kapitel ist immer folgender: Erkennungsmerkmale der Pflanze und deren Nutzung: Was kann man aus welchem Pflanzenteil herstellen, wann kann man das und wie. Dank der reichen Bebilderung, rund 400 Farbfotos, findet man sich jedoch schnell zurecht. Man bleibt an dem für sich Interessanten hängen und sieht gleich, ob man sofort hinauseilen kann oder auf eine bestimmte Jahreszeit warten muss.

Viele Angebote in diesem Buch sind wirklich zeitaufwändig. Beispielsweise ein Besen aus Birkenzweigen, die man im Winter schneidet. Diese müssen erst einige Wochen trocknen, und bevor dann der Stiel hineingestoßen wird, muss das Bündel nochmals ein Vierteljahr trocknen.

Aber es gibt auch Spiele und Anleitungen, deren Produkt man gleich verwenden kann, wie das Färben von Ostereiern mit Birkenblättern oder das Schnitzen einer Flöte aus einem Holunderast. Auch findet man ein Rezept zur Herstellung von Hustensaft aus den Vitamin-C-haltigen Fichtenspitzen oder Kirschlikör sowie die Spielanleitung für einen Blick in die Zukunft – man zieht ein Breitwegerichblatt auseinander und erfährt anhand der heraushängenden Fäden, wie viele Kinder man einst haben wird.

Ein nützliches Register beendet dieses reich bebilderte Buch, das einen oft zum Schmunzeln bringt und einen motiviert, sich in der Natur aufzuhalten, umzuschauen und sie zu nutzen – auch wenn man dazu vielleicht etwas Übung braucht. Man muss es einfach ausprobieren.

Christiane Rinser-Schrut

***Doris Fischer: „Flechten, Färben, Schnitzen. Werken und Bushcraft mit Pflanzen aus Wald und Wiese“,** at Verlag, Aarau und München 2017, gebunden, 256 Seiten, 25 Euro*

Passion für eine mittlerweile untergegangene Welt: Andrzej Stasiuks Reisen

Der 1960 in Warschau geborene Schriftsteller Andrzej Stasiuk hat sich in seiner Heimat von einem enfant terrible zum „Shooting-Star“ der literarischen Szene Polens entwickelt. Musste er noch in jungen Jahren wegen Wehrdienstverweigerung ins Gefängnis, wurde er kaum 20 Jahre später zum „Dichter des Jahres“ gekürt. Die zahlreichen Preise und Ehrungen, die er in Polen, aber mehr und mehr auch in westlichen Ländern erhielt, zeugen von der großen Wertschätzung, die er mittlerweile in Europa genießt.

Seine Passion ist der Osten, sowohl im real-geografischen Sinne als auch symbolisch für ein Lebensgefühl und für eine Welt, die inzwischen untergegangen ist, deren Spuren aber bis heute Menschen, Mentalitäten und ganze Regionen prägen. Angefangen hat er damit in seiner polnischen Heimat, wobei ihm sein Zuhause in den Beskiden, eine gottverlassene Gegend im äußersten Südosten Polens, den besten Anschauungsunterricht lieferte. Und das setzte er fort mit ständigen Reisen in die Nachbarstaaten, so in die Slowakei, nach Ungarn, nach Weißrussland, in die Ukraine und bis hinunter nach Rumänien und Bulgarien.

In seinem neuesten Buch, lapidar „Der Osten“ betitelt, reist er nun wirklich ganz weit nach Osten, über Europa hinaus nach Sibirien, nach Kirgistan, an die russisch-chinesische Grenze, ins Pamirgebirge, in die Wüste Gobi und in die Mongolei.

Es sind keine Reisen mit Intourist oder anderen Reiseveranstaltern für Touristen, sondern mit ein oder zwei Begleitern (wer sie sind, erfährt man leider nicht) macht er sich mit Fahrern oder in gemieteten Autos zu abenteuerlichen Fahrten in Gebiete auf, in die kaum ein Europäer kommt und die eine Ursprünglichkeit bewahrt haben, die den Leser mitunter schaudern macht und doch zugleich fasziniert.

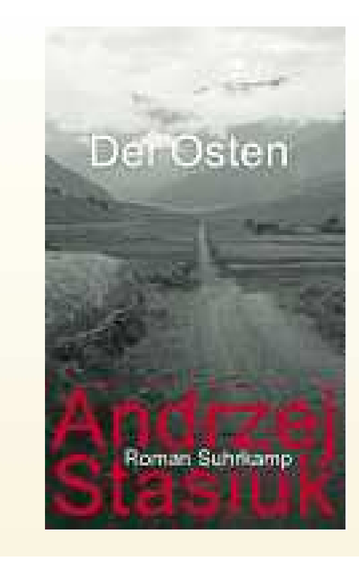
Stasiuk wechselt ständig von einer realen in eine imaginäre Welt und umgekehrt. Erlebt man ihn beispielsweise auf beklemmenden Fahrten im Pamirgebirge, wo die Luft dünn wird und wo man Herzrasen bekommt, reflektiert er im nächsten Moment über die Lebensbedingungen der Menschen, deren archaische soziale Strukturen den Ansturm des Kommunismus ausgehalten haben, ohne dass man sagen könnte, den Menschen gehe es heute wieder besser. Im Gegenteil, oft genug hört er von den Einheimischen: „Früher war es besser, aber jetzt ist es auch in Ordnung.“

Die Unterkünfte, die heruntergekommenen Hotels, die für europäische Verhältnisse katastrophalen sanitären Verhältnisse lassen Stasiuk fragen, was kann der Mensch überhaupt aushalten, was ist ihm zumutbar, was muss ihm als Lebensminimum gelassen werden. Absurde Situationen werden schon gar nicht mehr hinterfragt, etwa wenn eine endlose Ebene durch einen Stacheldraht geteilt wird oder wenn man an einem einsamen Kontrollpunkt hinter nur drei Autos fünf Stunden wartet.

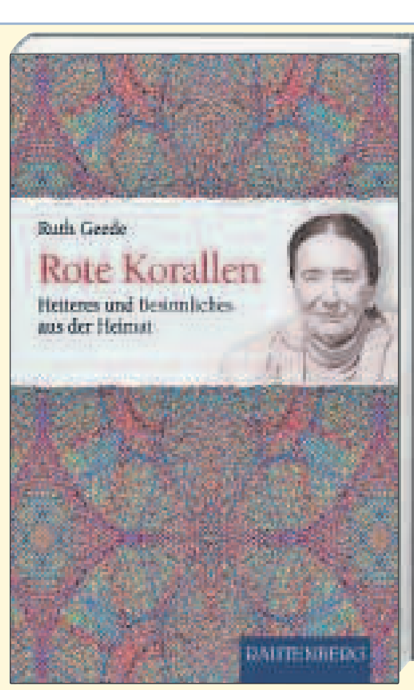
Viele Wechsel zwischen realer und imaginärer Welt

Stasiuks Texte verlangen konzentriertes Lesen, aber ihrer suggestiven Kraft kann sich der Leser nur schwer entziehen. Der Verlag hätte das Buch mit gelegentlichen kartografischen Hinweisen etwas leserfreundlicher machen können, denn Pamir, Wüste Gobi, Ulan Bator, Aralsee, all das hat man nicht unbedingt sofort parat. Gleichwohl wird man hineingezogen in ein Abenteuer: „Es wird nie Frieden geben, weil in den Adern dieser Landstriche eine Droge steckt, die den Wahnsinn anfacht, und einem schwindlig wird von den gigantischen Ausmaßen des Raums und von der Illusion, dass man ihn beherrschen und verwandeln könne. Dschingis Khan, Tamerlan, Peter der Große, Stalin, Hitler, Kapitalismus, Globalisierung ziehen heran wie meteorologische Phänomene.“

Dirk Klose



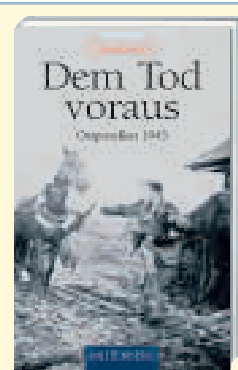
***Andrzej Stasiuk: „Der Osten“,** Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, gebunden, 298 Seiten, 22,95 Euro*



Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verloren geht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft mit ihren goldenen Weizenfeldern und den kristallschimmernden Seen. 176 Seiten.
Nr. P 533193 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

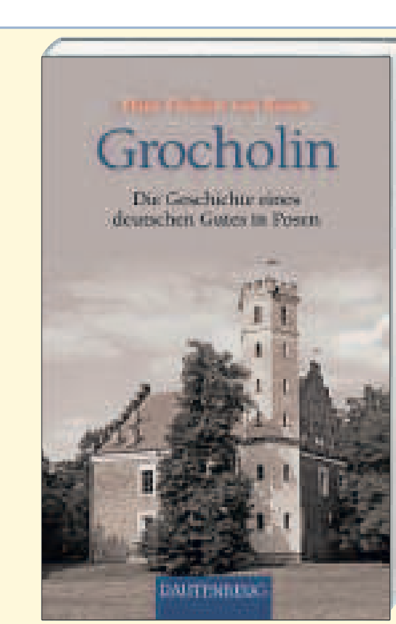


Christian Graf von Krockow
Die Stunde der Frauen
Bericht aus Pommern 1944–1947
Im Sommer 1944 und fast wie im Frieden noch einmal ein großes Fest: Hochzeit im pommerschen Gutshaus. Doch schon wachsen die Schatten, der Zusammenbruch deutscher Herrschaft zeichnet sich ab; eine dramatische Geschichte beginnt. Christian Graf von Krockow berichtet sie nach der Erzählung seiner Schwester Libussa Fritz-Krockow. Der Triumph und die Rache der Sieger, der Untergang einer alten Lebensordnung in Feuer und Blut: Von schrecklichen Dingen ist die Rede, von der Kehrseite des Menschlichen. Aber indem wir erfahren, was wir einander antun können, entdecken wir zugleich, welche Kräfte wir haben, um das Menschliche zu retten. Vor seinem düsteren Hintergrund erzählt dieses Buch vom Mitgefühl und vom Mut, von der Besonnenheit und der Energie zum Handeln. In dieser Zeit schlägt die Stunde der Frauen; sie sind es, die das Leben retten. Von dieser Erfahrung erzählt das Buch in seiner zweiten, seiner in Wahrheit zentralen Geschichte. 248 Seiten
Nr. P 533187 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil von einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Hans Freiherr von Rosen
Grocholin
Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen
Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze, einer zwischen zwei Völkern umstrittenen Landschaft, in der Polen und Deutsche lange nebeneinander lebten. Es gab dort polnische und deutsche Dörfer, polnische und deutsche Bauern und Gutsherrn, die sich mit ihren Arbeitern in der jeweils anderen Sprache verständigen mussten. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen, der Ehefrau von Hans Freiherr von Rosen geschrieben, die die Erlebnisse im Winter 1945 festgehalten hat. 320 Seiten
Nr. P 533183 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Camilla von Stackelberg
Verwehte Blätter
Erinnerungen aus dem Baltikum
Camilla von Stackelberg erzählt aus ihrem Leben und umspannt dabei die letzten vierzig Jahre deutsch-baltischer Geschichte von der Jahrhundertwende bis zu der Besetzung der eigenständigen Republiken Estland und Lettland durch die Sowjetunion Ende 1939 und der Umsiedlung der Baltendeutschen. In ihren Berichten über ihr wechselvolles Leben, das sie in Riga und Reval führte, und von den harten Zeiten der Flucht, Rückkehr und Vertreibung, entsteht das lebendige Bild einer halb fremden, halb vertrauten Welt. Die Landschaften des Baltikums waren geprägt von einer Mischung der Sphären, in der neben Deutsch auch Russisch gesprochen wurde. Man lebte in dem Gefühl, an den Grenzen des Kontinents zu stehen. Mit Skepsis blickte man auf die westliche Hemisphäre mit ihren Moden und ihrer Politik. Und doch ist fast alles europäisch an dieser Lebensweise: die Badeorte mit ihren Musikpavillons und der Rhythmus der großen und kleineren Feiern, die das gesellschaftliche Leben der Baltendeutschen prägte. „Verwehte Blätter“ ist ein spannendes Stück gelebter Geschichte – ein fesselndes gesellschaftliches Porträt Alt-Livlands, Estlands und der Deutschbalten im vergangenen Jahrhundert. 360 Seiten
Nr. P 533188 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



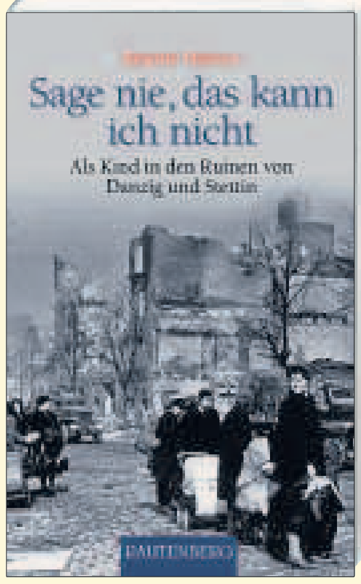
Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.

Ruth Geede
Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß“ die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen“ eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen. Mit 101 Jahren ist Ruth Geede die älteste aktive Journalistin der Welt. Sie lebt und arbeitet heute in Hamburg. 176 Seiten.
Nr. P 533191 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



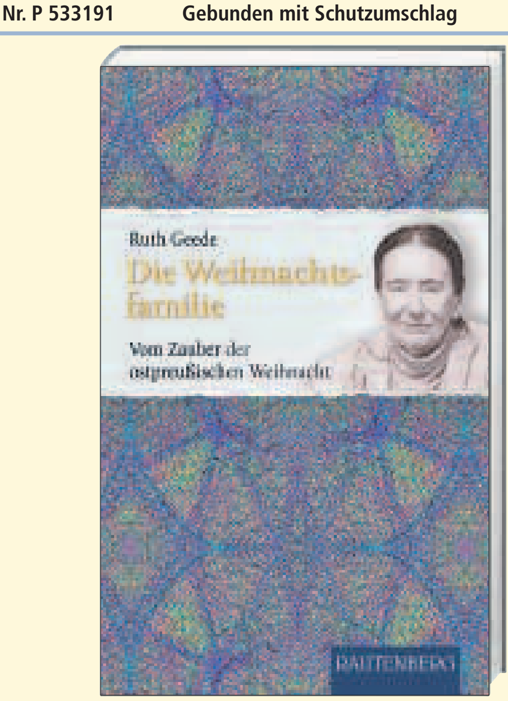

Agnes Miegel
Es war ein Land Ostpreußen
Gedichte und Geschichten
Ostpreußische Landschaften, Städte und ihre Menschen im Jahres- und Lebenslauf werden in diesem Band liebevoll porträtiert. In berührender Sprache lässt uns Agnes Miegel an dem Jahreskreis der Feste, dem Lauf der Jahreszeiten mit ihren Besonderheiten, dem Alltagsleben und den Alltagsnöten von Alt und Jung teilnehmen. Sie versteht es meisterhaft, mit ihren Erzählungen ebenso die Wärme und Geborgenheit in einer Familie, wie auch Kummer, tiefe Trauer und Heimweh oder auch liebevolle Landschafts-, Tier- und Blumenbeschreibungen zu vermitteln. Vor dem Leser steigt das lebendig gewordene, geliebte Heimatland der Dichterin in farbigen Bildern auf. Der berührende Band endet mit einer ergreifenden Totenklage über ihr geliebtes Ostpreußen, dargestellt in einigen Gedichten. Die die Erzählungen begleitenden Illustrationen in diesem Buch stammen von der bekannten masurischen Künstlerin Anneliese Plangger-Popp, die mit zahlreichen Holzstichen und Holz- und Linolschnitten die Stimmungen der ostpreußischen Landschaften beschwört. Agnes Miegel wurde 1879 in Königsberg geboren und gilt als die größte Dichterin Ostpreußens im 20. Jahrhundert. 224 Seiten
Nr. P 533194 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Brigitte Hansen
Sage nie, das kann ich nicht
Als Kind in den Ruinen von Danzig und Stettin
Brigitte Hansen, 1931 geboren, verbrachte ihre ersten Lebensjahre in Stettin. Aus beruflichen Gründen siedelte die Familie 1940 nach Danzig um. 1944 ging sie mit Mutter und Schwester zu einer Tante nach Zollbrück, das ihnen sicherer erschien. Mit Herannahen der russischen Front gelang der Schicksalsgemeinschaft, bestehend aus den Frauen mit Kindern und Enkelkindern die Flucht nach Danzig. Hier erlebten Sie nach schweren Gefechten die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Entbehrungen, Plünderungen, Krankheiten sowie die ständigen Übergriffe durch russische Soldaten mussten ertragen werden. Die Suche nach Nahrung und Trinkwasser bestimmte den Tagesablauf. Ab Mai 1945 von der russi schen Armee aus Danzig ausgewiesen, führte der Weg der Fami lie über Zollbrück und Stettin in die britische Besatzungszone, wo sie sich ab 1946 ein neues Leben aufbauten. Viele Jahre nach den schrecklichen Geschehnissen in Pommern hat Brigitte Hansen ihre Erlebnisse niedergeschrieben. Sie legt damit ein Zeugnis von zeitgeschichtlicher Bedeutung ab, das als eindrückliches Beispiel für das Schicksal der deutschen Vertriebenen aus den Ostgebieten steht. 136 Seiten
Nr. P 533185 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Dr. Horst Wolf
Als Stabsarzt in Danzig, Westpreußen und Ostpreußen 1944–1947
„Das Ende des Jahres 1944 und der Anfang des neuen Jahres brachten der Lazarettstadt Elbing die Gewissheit des baldigen Zusammenbruchs.“ So beginnt der aufwühlende Zeitzeugenbericht von Dr. Horst Wolf, der als Stabsarzt der Reserve Kriegsverletzungen der Patienten behandelte. Er erlebt die heillose Flucht des kompletten Klinikpersonals. Es gelingt ihm, die Verwundeten mit einem Lazarettzug zu evakuieren. Als Arzt im Reservelazarett Danzig-Langfuhr erlebt Dr. Wolf die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee und wird mehrfach Zeuge von brutalen Übergriffen der russischen Soldaten. Als Kriegsgefangener im Zuchthaus in Graudenz muss er mit ansehen, wie viele seiner Mitgefangenen, halb verhungert und entkräftet, von Seuchen und Krankheiten dahingerafft werden und entkommt selbst dem sicheren Tod nur durch ein Wunder. Nach Preußisch Eylau verlegt, arbeitet er als Arzt im Sanitätslager 583 und im Rajon-Krankenhaus. Der mitreißend geschriebene Bericht lässt uns teilhaben am Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den ehemaligen deutschen Provinzen unter russischer Herrschaft. 176 Seiten
Nr. P 533195 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Ruth Geede
Die Weihnachtsfamilie
Vom Zauber der ostpreußischen Weihnacht
„,O du fröhliche …‘ sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen“. So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie“ in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie“ zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren und vernimmt das Zischen der Bratäpfel in der Röhre des bullernden Kachelofens. 160 Seiten.
Nr. P 533190 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallenen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Den Helden des Romans wird kein dauerhaftes Glück zuteil. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist. Mit ihrer fesselnden Erzählweise sorgt Else Stahl für anhaltende Spannung und lässt den Leser in eine längst vergangene Welt eintauchen. 440 Seiten.
Nr. P 533186 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Prächtiges Plus mit Asylheimen

Essen – Deutschlands größter Asylheimbetreiber „European Homecare" (EHC) hat seinen Umsatz 2016 gegenüber dem Vorjahr um 56 Prozent auf 277 Millionen Euro gesteigert. Wie das „Handelsblatt" berichtet, zeigte sich selbst die Unternehmensleitung überrascht von dem blendenden Ergebnis. Der Gewinn stieg gegenüber 2015 um 27 Prozent auf 32 Millionen Euro. Hervorragend fiel auch die Eigenkapitalrendite aus. Sie lag nach unterschiedlichen Berechnungsmethoden zwischen 67 und mehr als 100 Prozent. Letzteres hieße, dass der Heimbetreiber für jeden investierten Euro mehr als einen Euro Gewinn gemacht hat. Gegenüber 2014 hat EHC seine Erlöse um mehr als 600 Prozent gesteigert, schreibt das „Handelsblatt". Die laut Bundesregierung verschärften Einreisebedingungen für Asylsucher haben damit die Geschäfte von EHC nicht im Geringsten beeinträchtigt. Das Unternehmen war in der Vergangenheit wegen Schlägereien und schlechter Hygienezustände in seinen Heimen in die Schlagzeilen geraten. *H.H.*

ZUR PERSON

Akribischer »Tscholzomat«

Der Mann ist so unscheinbar, dass manche Hamburger gar nicht mehr an die Existenz einer Finanzbehörde glaubten. Seit 2011 war **Peter Tschentscher** dort oberster Pfeffersack, doch als er im Februar für eine Milliarde Euro den Verkauf der in Schieflage geratenen HSH-Nordbank an eine US-Investorengruppe einfädelte, verknüpfte man dieses weniger mit seinem Namen als dem des damals amtierenden Bürgermeisters Olaf Scholz.

Weil Scholz als Finanzminister nach Berlin gezogen ist, trat der unauffällige Tschentscher jetzt dessen Nachfolge als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg an. Dabei war er nur dritte Wahl. Sozialsenatorin Melanie Leonhard und SPD-Fraktionschef Andreas Dressel sagten aus familiären Gründen dankend ab. Also musste Tschentscher ran, von dem viele sagen, dass er ein noch größerer


Bild: Senatskanzlei/Bina Engel

„Scholzomat" als sein Vorgänger sei. Weil auch der promovierte Molekularbiologe ein Zahlenmensch ist, der sich penibel in die Aktenberge verkriecht, taufte ihn die „Welt" kalauernd „Tscholz".

Die Hamburger schätzen solche bodenständigen Fleißarbeiter mehr, als solche, die sich als Volkstribun aufspielen. Trotzdem muss Tschentscher aus seiner ruhig-bedächtigen Haut heraus, wenn er die in zwei Jahren anstehenden Bürgerschaftswahlen gewinnen will. Derzeit liegt die Hamburger SPD im Umfragetief von 28 Prozent.

Als Wahlkämpfer ist der 1966 in Bremen geborene Tschentscher, dessen als Holzhändler tätiger Vater im Zweiten Weltkrieg aus Masuren geflüchtet ist, bislang nicht aufgefallen. Während der mit einer Polin verheiratete Vater eines Sohnes als Laborarzt im Hamburger Universitätskrankenhaus beschäftigt war, engagierte er sich in der Kommunalpolitik. Später wurde er Bürgerschaftsabgeordneter und Finanzsenator. Als Bürgermeister sollte er etwas auffälliger agieren, damit Hamburg von außen stärker wahrgenommen wird. *H. Tews*



Eröffnungspartie

Mal so, mal so

Warum Denunzieren was Gutes ist, wo wir wegsehen müssen, und warum man sich beim Melken der Deutschen ranhalten muss / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Verblüffend, wie die Sicht auf die Welt innerhalb eines einzigen Tage völlig verändert, ja auf den Kopf gestellt werden kann. Mit Datum vom 27. März lesen wir auf „Spiegel online" die herzerschütternde Geschichte eines Lehramtsanwärters, der Opfer von ganz übler Gesinnungsschnüffelei geworden ist.

Dem 34-Jährigen legt die Regierung von Oberbayern Steine in den Karriereweg. Offenbar hegt sie Zweifel an der Verfassungstreue des Mannes, weil er in seiner Studienzeit Mitglied bei der Linksjugend Solid und beim Sozialistischen Deutschen Studierendenverband (SDS) gewesen ist, zwei Gruppen vom ganz linken Rand. Beim SDS saß er sogar im Bundesvorstand.

Wegen dieser Aktivitäten hatte die Aufsichtsbehörde den Verfassungsschutz in Marsch gesetzt, um dem Lehramtsanwärter in Sachen Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf den Zahn zu fühlen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht in dieser „Gesinnungsprüfung ein Relikt aus vordemokratischen Zeiten". „Es ist verantwortungslos, was die Regierung da macht", zitiert „Spiegel online" einen wütenden GEW-Sekretär, und es ist unüberhörbar, dass die Journalisten die Empörung über diese fiese Ausschnüffelei einer politischen Meinung vollumfänglich teilen.

Nur einen Tag später aber, am 28. März, lesen wir im selben Medium das Klagelied einer Journalistin, deren Sohn in der 9. Klasse eines Gymnasiums einem Politiklehrer ausgesetzt zu sein scheint, der offenbar nicht links ist. „Merkel hat im Flüchtlingschaos versagt, die Zuwanderer liegen den Deutschen auf der Tasche, die EU macht uns arm, und wir sollten endlich mal aufhören, uns wegen Hitler immer schuldig zu fühlen", habe der Sohn daheim zusammengefasst, was er vom Unterricht dieses Politiklehrers aufgeschnappt hat.

Nachdem sie sich den Lehrer auf einem Elternabend „mal aus der Nähe" angesehen habe, suchte die „Spiegel online"-Autorin zu Hause das Internet nach Meldungen über ihn ab. Über eine AfD-Mitgliedschaft fand sie da nichts, will aber gegen diesen Verbreiter „rechten Denkens" dennoch unbedingt etwas unternehmen, und verrät auch recht konkret, was sie vorhat: „Ist nicht die Liebe des Beamten zur Jobsicherheit legendär? Wie wäre es also mit schmerzhaften Sanktionen für all jene Pädagogen, die extremistisches Gedankengut über die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen?"

Ist das nicht aufregend? Eben noch standen sie im tapferen Kampf für Gewissens- und Meinungsfreiheit eines angehenden Lehrers, und nur einen Tag später liebäugelt jemand im selben Medium offen damit, einem Pädagogen an der „Jobsicherheit" zu sägen, weil er gesinnungsmäßig als Abweichler ausgemacht wurde. Und auf der Abschussliste landen mit ihm gleich alle Pädagogen, welche die Einwanderungs- und EU-Politik der Regierung Merkel im Unterricht kritisch behandeln oder die Auffassung äußern, dass es zweifelhaft sein könnte, Neuntklässlern Schuldgefühle wegen der Hitler-Barbarei einzuträufeln. Denn sowas zu machen, zeuge von „extremistischem Gedankengut".

> Wo schlimme Antworten drohen, darf man die Frage gar nicht erst stellen

Merken die den Widerspruch gar nicht? Die geistige Welt der deutschen Linken scheint immer enger, immer kleiner zu werden. Woran liegt das bloß? Wir hatten uns ja schon neulich gefragt, wo der einst brillierende Linksintellektualismus eigentlich geblieben ist. In der „Welt" gab es eine Antwort.

Dort nimmt Hannah Lühmann den berühmten Philosophen Rüdiger Safranski auseinander, weil der von Grenzen gesprochen hat, die beim Zustrom von Einwanderern zu beachten seien – sowohl was die Masse angeht, als auch die Unterschiedlichkeit der Kulturen, weil sich eben nicht alles mit allem grenzenlos vertrage und daher die Integration zum Schaden aller scheitern kann, wenn der kulturelle Graben zwischen Deutschland und dem Einwanderer zu tief ist.

Damit habe Safranski „intellektuell kapituliert", scharfrichtert Lühmann. Denn wer aus solchem Denken „politische Konsequenzen zieht, müsste etwa Menschen ausweisen, deren Integration nicht geglückt ist – auch wenn sie schon lange hier leben". Doch in so einer Situation könne man nur noch entweder „nichts" sagen – „oder aber Schlimmes", warnt Lühmann.

Was soll das denn heißen? In etwa dies hier: Wenn der Blick auf die Wirklichkeit, beispielsweise der gescheiterten Integration, einen zwingen könnte, „Schlimmes" zuzugeben, dann lässt man den Blick eben sein. Böse ist, wer die Probleme anspricht, weil „schlimme" Antworten dabei herauskommen könnte. Einer von den Guten bleibt nur, wer sich die Augen zuhält.

Jetzt wissen wir endlich, warum alle aktuellen Probleme immer nur größer zu werden scheinen, und keines einer Lösung zugeführt wird. Das hat System!

Daher konnte ein anderes Fiasko auch so ungestört heranwachsen, das wir zwischenzeitlich fast vergessen hatten. Nach den Wahlen in Italien ist das drittgrößte Euro-Mitglied derart nah an den Rand des politischen Chaos geschlittert, dass mal wieder von der möglichen Pleite des schönen Landes geraunt wird.

Der Italiener Mario Draghi hat ja wirklich alles versucht, um als Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) die Lasten seiner Heimat in der Euro-Zone zu verteilen, vor allem in Richtung Germania. Die Möglichkeit, dass alles auseinanderfliegt, wächst und wächst dennoch.

Da wird es Zeit, das Feld für den großen, hässlichen Einsturz zu sortieren. Die entscheidende Frage ist am Ende nur noch: Wen macht man später verantwortlich für das gewaltigste Währungsdesaster der Geschichte? Das wollen natürlich nicht die Italiener sein mit ihren Pleitebanken und ihrem katastrophalen Staatshaushalt. Auch die Franzosen hegen wenig Appetit auf den Schwarzen Peter. Na, was meinen Sie, auf wen wird man sich stattdessen einigen? Habe ich mir gedacht, dass Sie ebenso wenig überrascht sind wie ich.

Der Weg wird schon bereitet: Ende Oktober 2019 endet Draghis Amtszeit. Wen handeln sie als Nachfolger? Den Chef der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, natürlich. Merkel soll ganz vernarrt sein in die Idee. Wenn es dann den Bach runtergeht mit dem Euro, können alle zufrieden und voller Abscheu ausrufen: Der Deutsche war's!

Weidmann könnte theoretisch nein sagen. Aber dann hieße es gewiss, der Bundesbankchef entziehe sich seiner „europäischen Verantwortung", und an der Stelle hat man die doofen Deutschen noch immer gepackt.

Man wird es sogar als große Ehre für die Teutonen verkaufen, dass man ihnen den EZB-Chefsessel rüberschiebt. Und dafür auch gleich noch einiges verlangen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron quillt ja schon seit seiner Wahl 2017 über vor Ideen, wie noch mehr deutsches Geld in die Kassen der Euro-Partner gespült werden kann.

Denken wir nur an die Bankenunion und den gemeinsamen Einlagensicherungsfonds. Mit dem Fonds würden deutsche Sparer für die Konten von Italienern mithaften, wenn deren rachitische, völlig überschuldete Banken den Löffel abgeben und selbst nicht mehr auszahlen können. Ist das nicht wunderbar „europäisch"?

Nun müsste man einräumen, dass die Deutschen ja auch mehr tragen können, einfach, weil sie soviel reicher sind als die meisten anderen Euro-Zonen-Völker. Müsste man, wenn es denn stimmte. Tut es aber nicht.

In Wahrheit rangieren die Deutschen beim Privatvermögen auf dem vorletzten Platz unter den westlichen Euro-Völkern, wie wir neulich erst lesen konnten. Nur die Portugiesen besitzen weniger, die Italiener fast dreimal so viel.

Dafür zahlen die Deutschen nach den Belgiern die zweithöchsten Steuern und Abgaben. Mit anderen Worten: Bei den Germanen ist gar nicht mehr sonderlich viel zu holen. Europa wird sich also ranhalten.

MEINUNGEN

Gegenüber „Focus Money" (28. März) hebt ***Thilo Sarrazin*** *einen zentralen inneren* ***Widerspruch*** *der deutschen Politik hervor:*

„Entweder man hat einen funktionierenden Sozialstaat, oder man hat offene Grenzen. Beides zusammen geht nicht. Man kann den hohen Sozialstandard ja nicht für den Rest der Welt garantieren. Deswegen sage ich: Ein funktionierender Sozialstaat braucht sichere Grenzen und eine wirksame Kontrolle, wer zu uns kommt."

Dorothea Siems *fühlt sich durch den SPD-Vorstoß für ein* ***„Solidarisches Grundeinkommen"*** *statt Hartz IV an die „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (ABM) früherer Zeiten erinnert. Sie warnt daher in der „Welt" (28. März):*

„So richtig es also ist, nach neuen Wegen aus der Hartz-IV-Misere zu suchen, so fatal wäre es, wenn dabei am Ende reguläre Beschäftigung gefährdet würde. Und genau das ließe sich bei einem massiven Ausbau des subventionierten zweiten Arbeitsmarktes gar nicht verhindern. Die ABM-Offensive der 90er Jahre hat zahllose Unternehmen im Gartenbau und in der Landschaftspflege in die Insolvenz getrieben und damit viele reguläre Jobs vernichtet."

Peter Haisenko *beklagt in der „Epoch Times" (28. März) eine fortdauernde* ***Aufhebelung des Rechtsstaats*** *an den deutschen Grenzen:*

„Wie wenig von jeglicher Rechtsstaatlichkeit übrig geblieben ist, mag man daran ermessen, dass jetzt die Meldung kam, etwa 80 000 Personen ohne Bleiberecht können wegen fehlender Papiere nicht abgeschoben werden. Ja, einreisen ohne Papiere, ohne seine Herkunft oder Identität preiszugeben, das ist kein Problem. Eine Ausweisung derselben Identitätslosen ist aber unmöglich? Kann das noch anders bezeichnet werden, als die komplette Pervertierung aller rechtsstaatlichen Prinzipien?"

Börsenexperte ***Frank Meyer*** *wundert sich in seinem Blog „rottmeyer.de" (1. April) über die* ***Arbeitsmarktstatistik****:*

„Die Statistiker konnten nur noch weniger als 2,5 Millionen Arbeitslose finden. Der Rest wurde wieder mal gut versteckt wie Ostereier. Sicher ist nur, dass hierzulande 5,95 Millionen Menschen Hartz-IV-Leistungen erhalten, obwohl die Mehrzahl der Empfänger arbeiten geht. Wichtige Meinungsexperten verweisen gerne auf die rekordhohen 44,3 Millionen Beschäftigten und unterschlagen, dass sich für immer mehr (Menschen) Arbeit nicht lohnt. Aber sagen Sie das mal einem Statistiker oder Politiker."

In der „FAZ" (28. März) zieht ***Dietmar Dath*** *ein* ***verheerendes Resümee*** *des zeitgenössischen, auf „soziale Kompetenzen" statt auf Wissensvermittlung ausgerichteten* ***Schulunterrichts****:*

„In dieser Horrorlandschaft lernen die Kinder folgerichtig, wie man beliebt und unterwürfig zugleich ist, sich so darstellt und mit dieser Darstellung eins wird, also: schleimen, petzen, Mobbing, mit den Wölfen heulen und den eigenen Namen im Stuhlkreis tanzen (statt Gleichungssysteme oder Grammatik)."